

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Entsorgung von Grünschnitt

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In meinem dringlichen Antrag sechs Wochen vor der Karwoche und den in der Vergangenheit stattgefundenen Müllverbrennungen und Grünschnittverbrennungen unter dem Titel eines Brauchtumsfeuers, die ja im heurigen Jahr verboten sind, geht es um eine Entsorgung von Grünschnitt. Dazu möchte ich einmal grundlegend sagen und grundlegend einen Dank aussprechen und zwar einen Dank an die Besitzer, Mieter und Betreuer von Gartengrundstücken, begrünten Innenhöfen, Kleingärten und dergleichen, die durch Pflege und Erhalt dieser Anlagen einen bedeutenden Beitrag für die Luft-, Lebens- und Wohnqualität der gesamten Grazer Bevölkerung leisten. Es war heute schon im Laufe der ganzen Gemeinderatssitzung eine ausführliche Diskussion zu diesem Antrag, die wir alle verfolgt haben, ich sehe diese Diskussion geht noch weiter, aber vielleicht haben Sie jetzt Zeit, auch dem zu lauschen, was eigentlich der Inhalt der Diskussion ist. Wie gesagt, der Dank an die Besitzer, Mieter und Betreuer von Gartengrundstücken, begrünten Innenhöfen, Kleingärten und dergleichen, die durch Pflege und Erhalt dieser Anlagen einen bedeutenden Beitrag für die Luftqualität, Lebensqualität und die Wohnqualität der gesamten Grazer Bevölkerung leisten.

Die Pflege dieses Grünraums führt zum Anfall großer Mengen von Grünschnitt, die in der Vergangenheit zum Teil durch Verbrennung entsorgt wurden. In Beantwortung eines dringlichen Antrags vom 16. Februar des Vorjahres wurde seitens des zuständigen Amtes angegeben, dass zum damaligen Zeitpunkt 1.300 Tonnen, 1.300.000 Kilogramm sind das, Baum-, Hecken- und Strauchschnitt zum damaligen Zeitpunkt noch legal thermisch entsorgt wurden. Diese Beseitigung durch Verbrennung erfolgte zusätzlich zu den bereits in den vergangenen Jahren angebotenen, und zum Teil von der Stadt Graz geförderten, Entsorgungsalternativen wie Kompostierung, Häckseldienst der ÖKO-SERVICE, Grünschnittsäcke und Grünschnittabholung der AEVG und Privatanlieferung bei der AEVG.

Bereits am 16. Februar des Vorjahres hat der Gemeinderat der Stadt Graz mehrheitlich festgestellt, dass ein dringlicher Handlungsbedarf bei der zusätzlichen Bereitstellung von Entsorgungsmöglichkeiten für Grünschnitt als Alternative zur Verbrennung besteht.

Da im Feinstaubsanierungsgebiet Großraum Graz ab dem heurigen Jahr das Verbrennen von Grünschnitt durch eine Landesverordnung untersagt wurde, ist von einem im Vergleich zu den Vorjahren weiter zunehmenden alternativen Entsorgungsbedarf für Grünschnitt auszugehen

Über die bereits in der Vergangenheit zur Verfügung gestellten Entsorgungsmöglichkeiten hinaus wurden allerdings seitens der dafür zuständigen Stellen bisher keine weiteren konkreten Maßnahmen gesetzt, beziehungsweise Entsorgungsalternativen angeboten.

Dem erhöhten Entsorgungsbedarf könnte, so eine Mitteilung der Wirtschaftsbetriebe in Beantwortung des dringlichen Antrags vom 16. Februar des Vorjahres, in Anlehnung an das Vorgehen einer Sperrmüllsammlung entsprochen werden, wobei die näheren Umstände dieser Art der Sammlung noch zu klären wären. Gleichzeitig erklärten die Wirtschaftsbetriebe, dass nach Klärung der Vorfragen diese Leistung binnen kurzer Zeit angeboten werden könnten. Als mögliche Finanzierungsquelle wurde der Feinstaubfonds genannt.

Darüber hinaus gibt es in verschiedenen Grazer Stadtbezirken beispielhafte Privatinitiativen für die Grünschnittentsorgung, die ebenfalls als Modell herangezogen werden können.

Aufgrund des Verbotes der Verbrennung durch die zuständigen Stellen des Landes Steiermark kommen auf die Besitzer und Betreuer von Grünanlagen, auf Bezirksinitiativen zur Entsorgung sowie auch auf die Stadt Graz, welche bestehende Entsorgungsalternativen finanziell unterstützt, erhöhte Kosten zu.

Es besteht somit sechs Wochen vor Ostern dringlicher Handlungsbedarf, um noch vor der Karwoche Art und Weise, Orte, Zeitpunkte und die Finanzierung von

Entsorgungsalternativen zu klären und der Grazer Bevölkerung bekannt machen zu können.

Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Österreichischen Volkspartei den

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Stellen des Magistrat Graz

1. so wie bereits im Vorjahr angekündigt und entsprechend dem Motivenbericht alle Vorfragen für eine effiziente Grünschnittsammlung, wie zum Beispiel angelehnt an die Modelle der Sperrmüllsammlung oder die Modelle privater Entsorgungsinitiativen, klären und für deren Verfügbarkeit vor Ostern 2007 zu sorgen - zur Bedeckung der Kosten sind Mittel aus dem Feinstaubfonds heranzuziehen;
2. an die für den Erlass der Verordnung des Verbrennungsverbotes zuständigen Stellen des Landes mit dem Ersuchen heranzutreten, die durch die Landesverordnung bedingten zusätzlichen Kosten der Grünschnittentsorgung verursachergerecht zu übernehmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Heinz! Wir haben ja über dieses Thema, über diesen Antrag hier auch schon vorhin kurz gesprochen und ich habe dir auch ganz offen gesagt, dass ich ein bisschen verschnupft bin, dass dieses Thema (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) in unserem Gemeindeumweltausschuss leider nicht zur Debatte gestellt wurde von dir, wir im Gegenteil in diesem Gemeindeumweltausschuss, der erst vor rund 14 Tagen getagt hat, die Einigung erzielt haben, dass wir uns jetzt einmal alles rund um dieses Verbot des Osterfeuers sehr, sehr genau anschauen werden, uns eine Evaluierung des Umweltamtes vorlegen lassen werden, wie beispielsweise die Entsorgung des zusätzlichen Grünschnitts funktionieren wird, wie die Einhaltung dieses Verbotes funktionieren wird und auf der Basis dieser Evaluierung weitere Maßnahmen

diskutieren und beschließen werden. Insofern, wie gesagt, bin ich ein bisschen überrascht von diesem Antrag, aber es ist natürlich jedem unbenommen, hier Initiativen zu starten. Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass mehrmals in diesem Ausschuss auch darauf hingewiesen wurde, dass wir zunächst einmal darauf vertrauen wollen, dass die verantwortlichen Stellen des Magistrates mit diesem neuen Problem richtig umgehen werden. Mit einem Problem, das sich eben auf Grund dieser Verordnung des Landes Steiermark ergeben wird. Das wird zusätzliche Finanzmittel erfordern, wir werden diese Finanzmittel selbstverständlich, davon gehe ich aus, auch vom Land Steiermark einfordern, wie erfolgreich wir da sein werden, na ja, da gibt es schon Erfahrungen, die nicht so optimistisch stimmen, aber wir werden es natürlich versuchen. Aus den genannten Gründen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lehnt meine Fraktion jedenfalls die Dringlichkeit ab und schlägt vor, den vereinbarten Weg zu gehen, nämlich sogar einstimmig vereinbarten Weg zu gehen, den wir in unserem Gemeindeumweltausschuss besprochen haben, nämlich uns alles rund um dieses Osterfeuerverbot anzusehen, eine Evaluierung uns vorlegen zu lassen vom Umweltamt und dann eben weitere Maßnahmen, so sie erforderlich sind, einzufordern beziehungsweise zu beschließen. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Lieber Kollege Hammer und werter Gemeinderat! Nicht aus dem Vorjahr, sondern schon vor zwei Jahren sind wir beide da hier gestanden, damals mit zwei getrennten Anträgen, im Vorjahr mit einem gemeinsamen, vor zwei Jahren habe ich damals schon gesagt, frei nach Ringelnatz, eines meiner Lieblingsgedichte zum Thema Ostern, der gesagt hat „Wenn der Osterhase hinten auch schon presst, dann kommt bald das Osterfest“. Seit zwei Jahren presst dieser Osterhase, seit zwei Jahren gibt es die Einigkeit hier im Gemeinderat, dass sich in Sachen Grünschnittverheizen im Graten irgendetwas tun muss, seit zwei Jahren haben wir dieser Stadtregierung einen Auftrag erteilt, in dieser Sache tätig zu werden und aus dem Grund sehe ich von uns vom Gemeinderat aus jetzt keine Dringlichkeit. Wir sehen massive Dringlichkeit seitens der Stadtregierung und ich sehe die Dringlichkeit deshalb besonders stark, weil ich dieses Theater, das sich da hier jetzt

mit Antrag und Abänderungsantrag angekündigt hat, für ziemlich lächerlich halte. Die Stadtregierung hat den Auftrag bekommen, in Sachen Grünschnittentsorgung etwas weiterzubringen und dazu gehört auch die Klärung der Kompetenzen, was die Finanzen anlangt. Und ich denke, das ist nicht unsere Aufgabe, jetzt dafür zu sorgen, dass die Herren da hier auf der Regierungsbank wissen, wer dafür zuständig ist. Das sollen sie in einer ihrer vielen Stadtregierungssitzungen machen und nicht dafür jetzt den Gemeinderat da hier befassen und quasi den Ball wieder an uns zurückschupfen, und so lange wir nicht den richtigen Zuständigen finden, glaubt man dieses Thema auf die lange Bank schieben zu können. Das ist, glaube ich, das eine Problem. Das zweite Problem ist, dass ich glaube, dass das generelle Verbot von Osterfeuern nicht ganz der richtige Weg ist, ich glaube, dass es nicht exekutierbar sein wird, lasse mich gerne eines Besseren belehren, aber ich glaube nicht, dass wir wesentliche Veränderungen gegenüber den letzten Jahren bemerken werden, weil es in der Großflächigkeit, es wird ungefähr so sein wie das Verbot der Feuerwerke zu Silvester, die ja auch im verbauten Gebiet verboten sind, und deshalb gibt es ja auch keine, wie wir alle jedes Jahr zu Silvester feststellen. Ich glaube dieses generelle Verbot greift zu kurz, dass es sinnvoll gewesen wäre, sich der Mühe zu unterziehen, Ausnahmen für zum Beispiel die Landwirte vorzusehen, Osterfeuer nach dem Veranstaltungsgesetz anmeldbar zu machen in bestimmter Zahl, da hätte man ein Regulativ in der Hand gehabt und diese Restmüllverbrennung im Garten, die zu Ostern stattfindet, tatsächlich zu bekämpfen. Ich glaube, dass das sinnvoller gewesen wäre, ich bin neugierig, ob es für heuer noch etwas wird. Danke.

GRin. Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als KPÖ-Fraktion stimmen wir der Dringlichkeit des Antrages nicht zu. Wohl wissend, dass natürlich dieses Verbot jetzt mit dem Osterfeuer das Problem nicht löst, was die Grünschnittsammlung anbelangt, aber es ist so, dass das nicht zusätzlich eingefordert werden muss, weil meines Wissens also intensive Vorbereitungen bereits laufen, was mit dieser Grünschnittsammlung passieren soll. Die A 22, AEVG, Wirtschaftsbetriebe stehen im Kontakt zueinander, um da eine Lösung auch zu finden hinsichtlich der technischen Machbarkeit. Ein wesentliches Problem ist natürlich die Finanzierung, das muss gelöst werden und aus welchem

Fonds, ich halte auch finanzielle Mittel aus dem Feinstaubfonds nach wie vor für durchaus möglich, auch wenn jetzt quasi mit dem Verbot das nicht mehr als Feinstaubmaßnahme gilt, aber es ist die gesetzliche Verordnung, was bleibt, sind die Ursachen und deshalb ist für mich auch eine Finanzierung aus dem Feinstaubfonds möglich, aber es müssen andere Finanzierungsquellen auch angedacht und möglich gemacht werden. Und noch darauf hinweisen möchte ich auch, dass es kommenden Montag auch ein Gespräch zwischen der Stadträtin Monogioudis und dem Herrn Stadtrat Ferk gibt, das auch, Entschuldigung auch Stadtrat und Vizebürgermeister Ferk, um es ganz korrekt zu machen, also auch diese beiden werden sich zu diesem Thema auseinandersetzen und werden auch darüber nachdenken, was für eine effiziente Lösung es geben kann. Ich sehe, beim vorliegenden Antrag wurde ein Punkt gestrichen, den ich ursprünglich auch als Kritik anbringen möchte, trage es trotzdem nach, in dem Sinn und zwar es ist bezirksweise drinnen gestanden, das halte ich für nicht zweckmäßig, vor allem auch in Anbetracht der Tatsache, dass das Aufkommen ja auch völlig unterschiedlich in den Bezirken ist, dass es also organisatorisch, finanziell ein hoher Aufwand ist und meines Wissens ist angedacht, auch mehrere Stellen sich zu überlegen, aber nicht bezirksweise. Also, ich finde, dass natürlich...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Bezirksweise ist schon weg.*

Mag. **Taberhofer**: Ich habe es auch gesagt, aber ich wollte es nur noch einmal deutlich machen, warum ich das auch für negativ halten würde. Wichtig ist, dass also eine Lösung gefunden wird, dass die Finanzierung abgesichert ist und für mich ist einfach dieser dringliche Antrag nicht erforderlich, weil es eben auch tatsächlich Vorbereitungen gibt und Lösungen werden noch rechtzeitig gefunden, da bin ich mir sicher. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.40 Uhr den Vorsitz.***

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir werden der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben, denn wie ernst unsere Anträge von der Stadtregierung genommen werden, sieht man ja daran, dass es zwei Jahre her ist, dass der erste diesbezügliche Antrag gestellt wurde, passiert ist nichts, also am Zuge ist eindeutig die Stadtregierung und sicher nicht der Gemeinderat und das soll die Stadtregierung dann eben auch vor der Bevölkerung verantworten, wenn hier nichts passiert. Und wir geben uns auch nicht dafür her, dieses Kinderspiel, das wir, ich weiß nicht, ich habe es aus meiner Kindheit noch, das „Schneider, Schneider, leih mir die Schere“, das hier also ständig zwischen ÖVP und SPÖ gespielt wird, das ist ja heute auch so ein Beispiel, wir zahlen es nicht, aber ihr aus eurem Ressort, also da spielen wir nicht mit, daher weder der Dringlichkeit noch dann auch dem Inhalt nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich möchte nur noch einmal klare Ressortverteilung in der Stadt Graz auf das aufmerksam machen und es gibt keine kollektive Zuständigkeit einer Stadtregierung, aber...

***Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Aber reden tut's schon miteinander? Nichts anderes wollen wir.***

Dr. **Hammer**: Also ich erkenne da und bin schon ein bisschen amüsiert, ein Prinzip, na dann schauen wir einmal, es wird schon alles nicht so schlimm werden. Setzen wir uns nach Ostern zusammen und schauen wir, was mit die 13.000 Tonnen Grünschnitt passiert ist, irgendwo werden sie schon herumliegen, irgendwer wird es

schon irgendwo hingetan haben oder auch nicht oder zufällig ist halt (*Applaus ÖVP*) halt eine Zigarettenascherl draufgefallen und dann war die Feuerwehr nicht schnell genug da, damit sie den Zunder wieder abgelöscht hat.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das wäre auch strafbar.***

Dr. **Hammer:** So schaut aber nicht verantwortungsvolle Politik aus. Verantwortungsvolle Umweltpolitik ist es, nicht sehenden Auges in etwas, was absehbar ist, hineinzulaufen. 1.300 Tonnen Schnittgut, 1.300 Tonnen sind 1.300.000 Kilogramm Baum-Heckenschnitt, müssen einmal entsorgt werden und dafür gibt es am 15. Februar 2006 von säumigen Stadtsenatsmitgliedern, die dafür Ressortverantwortung haben, ich nenne hier Umwelt- und Entsorgungsbewirtschaftungsbetriebe, kein Konzept, das für die Bürger und für die Medien, Herr Hecke, oder kennen Sie ein Konzept, das für Bürger oder Medien erkennbar ist (*Applaus ÖVP*)? Ich wiederhole, es gibt kein Konzept, das für Bürger und Medien sechs Wochen vor Ostern erkennbar ist. Es ist für mich eine Freude zu hören, dass jetzt aktuell daran gearbeitet wurde. Ich habe es aber einfach nicht gewagt, und das wäre politische Verantwortungslosigkeit gewesen, zu warten, bis Mitte März, zwei Wochen vor Ostern, die nächste Gemeinderatssitzung stattfindet, also wenn nicht jetzt, wann denn dann, zwei Wochen vor Ostern, bei der nächsten Gemeinderatssitzung, wenn bis dahin nichts passiert wäre, na so, das wäre eindeutig zu spät gewesen (*Applaus ÖVP*). Zu dir, Günter Getzinger, natürlich, wir haben im Feinstaubausschuss darüber gesprochen und ich bin sehr froh über diese im wesentlichen auch überfraktionelle Einigkeit, die wir dort immer haben, die wir uns auch schwer erarbeiten, wo auch, und da gilt der Dank an dich, auch du entsprechend dafür sorgst und immer wieder gemeinsam Experten eingeladen werden und wir das ausdiskutieren, aber ich möchte da eigentlich nur den Hermann Candussi zitieren, der ja gesagt hat, was eigentlich der Schwerpunkt im Gemeindeumweltausschuss war, dieses Abwarten nach Ostern, um jene Fragen zu evaluieren, wo es um die Frage geht, ist wirklich dieses generalisierte Verbot versus möglicherweise Erlaubnis für organisiertes Feuer, das ist sinnvoll, das war zu evaluieren, wir haben weiter die Exekutierbarkeit zur Frage gestellt und eben

mögliche Ausnahmen, so wie sie der Hermann Candussi erwähnt hat. Wir haben aber nicht von diesen Begleitmaßnahmen gesprochen, die natürlich aus dieser Landesverordnung für alle aufgebürdet worden ist. Ich hoffe trotzdem, ich rechne nicht mehr ganz damit, ich hoffe trotzdem, dass diese Dringlichkeit, die heute den ganzen Nachmittag sich gezeigt hat durch die regen Diskussionen, durch das Für und Wider, manche Fraktionen waren auch manchmal dafür, dann später wieder dagegen, um wieder dafür zu sein und dann doch dagegen zu sein, eine andere Fraktion hat, obwohl sie es nicht für dringlich erachtet, einen Abänderungsantrag entworfen, also ist es jetzt dringlich oder nicht, wenn es nicht dringlich ist, brauche ich auch nicht abändern, aber wie auch immer, warten wir einmal, was rauskommt, nach dem guten Prinzip, schauen wir einmal, was passiert (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Monogioudis**: Zur tatsächlichen Berichtigung, es wurden vom Antragsteller auch die Wirtschaftsbetriebe als zuständig genannt. Die Wirtschaftsbetriebe werden sich selbstverständlich gerne in den Dienst dieser Sache stellen und ihre Aufgaben übernehmen, aber zuständig dafür ist die A 23 und das muss schon jeder hier herinnen wissen bitte (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **2) Sportbad Eggenberg**

GRin. **Kummer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Kummer:** Wieder einmal Bad Eggenberg, wieder einmal hier ein dringlicher Antrag zu einer Schwimmbadrettung in Graz, ich werde dann beantragen, vielleicht kriege ich dann irgendwann einmal den Rettungsschwimmer verliehen oder was auch immer, nur ehrenhalber, wie auch immer. Wir wissen alle, dass das Bad Eggenberg in einem bedauernswerten Zustand ist. Was noch bedauernswerter ist, ist immer wieder darüber zu berichten und deswegen werde ich das jetzt einfach einmal nicht machen und nicht über Eggenberg jammern, sondern einfach einmal so ein bisschen schildern, was jetzt eigentlich so passiert in Eggenberg.

Zum Beispiel am 3./4. Februar haben die Steirischen Hallenmeisterschaften in Eggenberg stattgefunden, auch wenn das Ganze sehr sanierungsbedürftig ist, wenn sickert und was auch immer da alles damit passiert, aber es hat sich zu einer sehr schönen Veranstaltung entwickelt, natürlich auch in erster Linie deswegen, weil die Steirerinnen und Steirer und ganz insbesondere die Grazerinnen und Grazer (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) sehr gut abgeschnitten haben. Man muss da nur nennen den Markus Scherübel, den Mathias Schweinzer, den Stefan Köberl, die alle drei Meistertitel mindestens abgeräumt haben und dann noch ein paar Silber und ein paar Bronzene dazu, auch ganz toll ist zum Beispiel, dass Carina Absenger, die neue Hoffnungsträgerin der Grazer Schwimmerinnen ist, denn die hat in sechs Starts gleich fünf steirische Meistertitel abgeräumt und gilt damit jetzt als Nachwuchshoffnung nach Steinecker, die vor einem Jahr Graz verlassen hat und nach Linz gegangen ist, weil in Graz leider nicht die geeigneten Trainingsbedingungen bestehen, aber es gibt ja noch Hoffnung jedenfalls einmal unter den Athletinnen und Athleten. Ganz besonders toll war die Leistung von Alina Schulhofer, die ist 11 Jahre alt und hat in 50 Meter Schmetterling geschafft in nur 33 Sekunden, allen anderen davonzufattern und die Zweite war wiederum eine Grazerin und auch die Dritte war eine Grazerin, alles andere hinter ihnen waren steirische Athletinnen, die sehr gut waren, aber auch unsere Kinder sind weit, weit vorne, also alle drei Vereine waren da groß vertreten und das war ganz toll und das ist ein Zeichen, das uns Hoffnung geben kann. Die Frage ist, ob die Mädels da und die Burschen, die das ganz toll gemacht haben, tatsächlich irgendwie sich auf hoffnungsfroh gefühlt haben, wie eine Woche später oder eigentlich nur ein paar Tage später dann der Herr Bundeskanzler nach Graz gekommen ist und dem Herrn Landeshauptmann Voves erklärt hat, dass zwar alles Mögliche geht, jedenfalls die Koralmbahn geht, aber Sportbad Eggenberg können wir vergessen, dazu gibt es kein

Geld, denn das Sportbudget ist mit der Fußball-EM, die nächstes Jahr stattfinden wird, nicht in Graz, aber eben in Österreich, völlig erschöpft. Jetzt gehe ich einmal davon aus, dass so eine Fußball-EM also wahrscheinlich doch länger als zwei/drei Monate vorher bekannt ist und dass diese Budgets, also ich gehe einmal von einem Vorlauf von fünf Jahren aus, dass diese Budgets auch für die Fußball-EM durchaus bedacht waren, wie wir die Zusage des Bundes oder die in Aussichtstellung für die Mitfinanzierung des Bundes zum Bad Eggenberg bereits erteilt bekommen haben. Also eine Fußball-EM allein kann jetzt nicht wirklich der Grund sein, aber wie auch immer, wer weiß, was was bedeutet. Es war auf jeden Fall ein ziemlicher Faustschlag ins Gesicht der Grazer Sportlerinnen und Sportler und Schwimmerinnen und Schwimmer, sind aber die Betroffenen, deswegen wahrscheinlich passend von einem politischen Bauchfleck zu reden und nicht von einem Faustschlag, na ja, gruselig auf jeden Fall war es genug. Vor allem, wenn man dann eigentlich die höheren Ziele der SPÖ sich einmal vornimmt und...

### *Zwischenruf unverständlich.*

GRin. **Kummer:** Habe ich ja gemacht, ich habe das durchgelesen und kann da jetzt wirklich zitieren: „Die SPÖ nimmt den Sport und die Sportförderung sehr ernst. Von der SPÖ gibt es ein klares Bekenntnis zur Sportförderung und zum autonomen selbstverwalteten Sport.“ Aber nicht in Eggenberg. Im Sportprogramm der SPÖ ist zum Beispiel zu lesen, dass es ein Ziel der SPÖ-Sportpolitik insgesamt ist, noch viel mehr Menschen für das aktive Sporttreiben zu motivieren und sowohl diese als auch sportliche Leistungsträger mit den geeigneten Rahmenbedingungen auszustatten. Aber nicht in Eggenberg. Die SPÖ bekennt sich daher zur Ausrichtung von Großsportveranstaltungen, weil die sind die beste Werbung für Österreich und den weiter auszubauenden ganzjährigen Sporttourismus in unserem Land, aber nicht in Eggenberg. Ja und dann bekennt sich die SPÖ noch dazu, dass der Gesetzgeber die geltenden Bestimmungen und gesetzlichen Regelungen auf ihre Sportfreundlichkeit hin zu überprüfen hat und gegebenenfalls adaptieren wird, aber nicht in Eggenberg.

Schade, ja wie sollen wir jetzt damit umgehen. Hat jetzt Alfred Gusenbauer das Sportprogramm nicht gelesen oder hat er es nicht verstanden oder ist ihm einfach wurscht gewesen oder ich weiß es nicht, ich unterstelle ihm jetzt nicht, dass er uns da angelogen hat, das ist wahrscheinlich versehentlich dem Herrn Landeshauptmann in seinem Inserat da passiert, das ist von heute...

***Zwischenruf GR. Herper: Das ist eine andere Baustelle.***

GRin. **Kummer:** Das ist eine andere Baustelle, nur was daneben steht, ich weiß nicht, vielleicht solltet ihr es entweder selber einmal durchlesen oder wie auch immer. Heute, Herr Stadtrat Riedler, steht hier am 15. Februar in diesem ganzseitigen Inserat der SPÖ: Ebenfalls vereinbart Ausbau Graz Eggenberg zum multifunktionalen Sportzentrum unter Mitwirkung des Bundeskanzlers, gut dass wir uns durchgesetzt haben“ (*Applaus ÖVP*), wer lügt jetzt oder wer hat was nicht verstanden oder was ist da jetzt überhaupt noch irgendwie ernst zu nehmen, ich bin ein bisschen ratlos.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wir werden das aufklären.***

GRin. **Kummer:** Wenn das aufgeklärt wird, bin ich sehr positiv, denn das geht auch in die Richtung, die eigentlich die steirischen Schwimmer dem Ganzen geantwortet haben, die steirischen Sportler haben jetzt da gar nicht wirklich irgendwelche großen Aufmärsche oder sonst irgendwas produziert, sondern sie haben einfach ein ganz deutliches Zeichen gegeben, nämlich am nächsten Tag, da waren die österreichischen Hallenmeisterschaften und bei den österreichischen Hallenmeisterschaften ist es wiederum gelungen, dass die Steirer ganz, ganz, ganz weit vorne waren, also da war der Martin Spitzer und der Oliver Schmid, der hat 250

Meter Vorsprung gehabt vor allen anderen. Faktum ist nur auf jeden Fall, dass sie gut sind und dass sie verdient haben, dass man in sie investiert und nicht nur sie, auch ihre Kinder und alle weiteren, die vielleicht auch noch gerne in Eggenberg schwimmen gehen möchten und in diesem Sinne möchte ich doch noch irgendwann einmal zu meinem Antrag tatsächlich zurückkehren.

Also wie gesagt, ich möchte noch einmal unterstreichen, dass es für die Bevölkerung von Graz, insbesondere aber für den Schwimmsport in Graz eine Zumutung darstellt, die heiß-kalte Dusche zwischen Zusage und Hoffnung einerseits, andererseits aber die plötzliche Absage und Ausweglosigkeit als Bestandteil ihres Daseins wahrnehmen zu müssen, denn das kann es nicht sein. Die Leute wollen sich ja nicht nur an der Nase herumführen lassen. Und es kann auch nicht akzeptiert werden, dass mit sozialdemokratischer Machtübernahme im Bund bereits geleistete Übereinkommen über Bord geworfen werden und somit eine Nachhaltigkeit aller getroffenen Entscheidungen auf allen Ebenen grundsätzlich zu hinterfragen ist, weil was heißt dann überhaupt was?

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen, die Bundesregierung wird aufgefordert, Gespräche und Verhandlungen mit dem Land Steiermark und der Stadt Graz betreffend die Realisierung des Sportbades Graz Eggenberg mit dem Ziel aufzunehmen, die in Aussicht gestellte Mitfinanzierung des Projektes durch den Bund raschestmöglich sicherzustellen. Danke (*Applaus ÖVP*).

### **3) Sicherstellung der Finanzierung für die Sanierung des Eggenberger Bades – Petition an den Bund**

GR. **Schmalhardt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich fühle mich wirklich geehrt, dass ich mit der Kollegin Kummer hier als Synchronschwimmer auftreten darf und ich werde versuchen, die vorgegebenen Zeitlimits, die die Kollegin Kummer hier vorgegeben hat, einzuhalten und dass wir dann schneller zum neuen Bad in Eggenberg kommen mögen. In meinem bekannt charmanten Stil werde ich das machen. Meine Damen und Herren! Das Treffen von Landeshauptmann Voves mit Bundeskanzler Gusenbauer in Graz hat klargestellt, dass die Finanzierung des Eggenberger Bades keineswegs gesichert ist. Seit dem Teilverkauf der Energie Graz bei den Stadtwerken im Jahr 2002 wird uns der Neubau des Eggenberger Bades versprochen. Tatsache ist aber, dass auch für das Jahr 2007 in Wirklichkeit der Badehimmel in Graz noch immer sehr düster ist.

Der Grazer Gemeinderat hat in einstimmigen Beschlüssen dem längst notwendigen Neubau des Eggenberger Bades zugestimmt und Finanzstadtrat Riedler (SPÖ) damit beauftragt, einen Finanzierungsvertrag zwischen Stadt, Land und Bund auszuverhandeln. Aber weder der Wechsel in der Landesregierung noch in der Bundesregierung haben Bewegung in die Sache gebracht. Die Zusage des Bundes aus dem Juli 2006, sich mit vier Millionen Euro am Projekt Eggenberg zu beteiligen, steht, wie wir hören, in Frage. Darüber hinaus fehlen laut Medienberichten der Stadt weitere 1,6 Millionen, die man sich aus dem Unterrichtsministerium erhoffen durfte.

Seit nunmehr 18 Jahren, sage und schreibe, 18 Jahre, mich erinnert das an die Straßenbahnverlängerungen in Graz, wie gute und wichtige Projekte lange in der Projektionsphase verharren. Seit nunmehr 18 Jahren, meine Damen und Herren, wird über die notwendige Sanierung gesprochen, seit 13 Jahren wird geplant – Projekte vorgestellt – geschehen ist aber bisher – außer unumgänglichen Reparaturen – so gut wie nichts. Jetzt kündigen Bürgermeister und Vizebürgermeister den Spatenstich für die Sanierung des Eggenberger Bades für Jänner 2008, knapp vor der Gemeinderatswahl, an. Ich wünsche beiden Herren, dass es so warm ist wie heuer, weil sonst ist der Boden gefroren und sie können den Spatenstich nicht durchführen (*Applaus KPÖ*).

Ohne eine fixe Zusage des Bundes hängt das Projekt aber leider wieder in der Luft. Wir sind aber zum Handeln gezwungen, meine Damen und Herren. Nicht nur die

Badegäste leiden unter den desolaten Bedingungen, sondern auch die Sportvereine mit ihren österreichischen Spitzenschwimmern, den Wasserballern und den Turmspringern klagen über die schlechten Trainingsbedingungen. Nicht zum Schluss sind österreichische MeisterInnen deshalb von Graz weggegangen, ich erinnere an Iris Steinecker, die in Graz nicht mehr bereit war, ihre europäischen Spitzenleistungen unter diesen Trainingsbedingungen weiterhin erbringen zu wollen. Deshalb muss jetzt der gesamte Gemeinderat Druck in dieser Sache machen.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesregierung und den Nationalrat auf, im Bundesbudget für die Jahre 2007 und 2008 Vorsorge zu treffen, damit der Anteil des Bundes für das Projekt Eggenberger Bad neu sichergestellt wird (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich jetzt kurz auf die Vorrednerinnen und Vorredner eingehen möchte, kann ich das mit einem Satz zunächst einmal festhalten, ohne SPÖ geht gar nichts (*Applaus SPÖ*). Und das Zweite, was ich festhalten möchte, ist, dass ich mich fast entschuldige für die beiden Regierungsparteien hier im Hause, dass eine Regierungspartei heute einen dringlichen Antrag einbringt, wohl wissend, was bisher konsequent oder weniger konsequent geschehen ist, das ist eine neue Form, ein neuer Stil. Im Übrigen, Frau Kollegin Kummer, auch wenn Sie es relativ locker heute vorgetragen haben ihren dringlichen Antrag, ich bin etwas verwundert, dass Sie eigentlich als Partei, die nunmehr ihre Arbeitspartnerschaft, also eine Koalition im Bunde hat, eine Koalition auf Landesebene in der Stadt detto eigentlich das Wort sozialdemokratische Machtergreifung in Ihrem Antrag verwendet. Diese Form richtet sich von selber und soll so stehen bleiben.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist die Verzweiflung.***

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, ich möchte schon sehr deutlich sagen, dass bisher die ÖVP in Zusammenhang mit den Umsetzungsmaßnahmen des Bad Eggenberg sich sehr ruhig verhalten hat, denn was ist denn inzwischen bisher passiert? Natürlich hat es vor jeder Wahl, vor der Landtagswahl, aber ganz besonders vor der Nationalratswahl einen Brief vom Herrn Bundeskanzler, vom ehemaligen Bundeskanzler Schüssel gegeben, worin er in Aussicht gestellt hat, was ist das, eine Absichtserklärung, kein Vertrag, keine Vereinbarung, keine definitive Zusage, nicht einmal in den Ministerrat ein Antrag eingebracht worden von dem zuständigen Staatssekretär, der war im Übrigen eh nicht bei der SPÖ, wir waren ja noch in Opposition, also das war ein Brief, auf den wir jetzt zurückgreifen und selbstverständlich alle die Forderung ableiten und auch aufstellen, das ist ja eine Zusage gewesen, also es war ein Brief. Ich kann mich nicht erinnern, außer dass es eine Absichtserklärung vom ehemaligen Sportlandesrat...

***Zwischenruf GRin. Gesek: Du bist auch schon in den Jahren, wo man vergisst.***

Bgm.-Stv. **Ferk**: Kollegin Gesek, aufpassen als Eggenbergerin, als Schützenhöfer gegeben hat, dass nämlich hier auch nur eine Absicht erklärt worden ist, dass es schon Gespräche gesagt hat, aber in die Regierung ist eigentlich ein derartiger Antrag nicht eingebracht worden. Also ich würde als ÖVP mich sehr zurückhalten, hier irgendwo in einer netten Form einen dringlichen Antrag einzubringen, weil das, was der Auftrag für uns beide ist, das nehme ich gerne auf, der Herr Bürgermeister hat es bisher nicht geschafft, was wir auf unserer Seite geschafft haben mit unserem Finanzreferenten ist, meine Damen und Herren, zum ersten Mal haben wir im Budget ganz klar sechs Millionen als Beitrag der Stadt verankert, das ist positiv (*Applaus*)

SPÖ). Das Zweite, was wir bisher positiv verankert haben, ist ebenfalls ein definitiver Beschluss des Landes in Zusammenhang mit der Drittelfinanzierung und das Dritte, meine Damen und Herren, das ist jetzt die Erwartungshaltung und bevor sie sich aufpusten, wäre jetzt eigentlich ein gemeinsames Ärmelaufkrepeln notwendig, dass wir uns gemeinsam und nicht in einem Streit auf übergeordneter Stelle auch durchsetzen, dass das, was gemeinsam im Arbeitsübereinkommen, was gemeinsam versprochen worden ist, auch realisiert werden kann (*Applaus SPÖ*), nämlich selbstverständlich zum Wohle der Grazer Jugend, zum Wohle der älteren Generation, die davon profitieren werden, wenn Eggenberg realisiert wird und ich bin fest überzeugt, wenn die ÖVP eine Hilfestellung braucht, dann werden wir das in der Stadt, im Land und im Bund in einer sozialdemokratischen Zusammenarbeit auch gut zusammenbringen. Es wäre nur noch dienlich, wenn die ÖVP bei Molterer, bei Kollegen Lopatka genauso drängelt, wie hier große Sprüche im Gemeinderat zu klopfen (*Applaus SPÖ*). Wir werden selbstverständlich der Dringlichkeit und dem Inhalt des KPÖ Gemeinderatsantrages zustimmen, wir werden der Dringlichkeit des ÖVP-Gemeinderatsantrages zustimmen, wir werden aber einen eigenen Abänderungsantrag einbringen, weil die Form eine Unglaubliche ist und weil hier mit verdrehten Tatsachen der Motivenbericht eingebracht worden ist (*Applaus SPÖ*).

GRin. Dr. **Sickl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Man sieht, dass der Wahlkampf ausgebrochen ist, es hat sich schon heute des Öfteren in Debatten gezeigt. Ich möchte nur eine gewisse Chronologie da wiedergeben, ich habe mir das Gemeinderatsprotokoll vom 22. September 2005 geholt und habe mir gewisse Aussagen herausgesucht, die sehr spannend sind, weil damals war eine ähnlich Situation und das war bitte vor eineinhalb Jahren. Damals ist es darum gegangen, und da hat die Dani Kummer schon gesagt, in Verhandlungen mit dem Bund hat Landesrat Schützenhöfer auch eine Zusage vom Herrn Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel für einen Förderungsbeitrag erhalten. Also das steht einmal da fix drinnen, dann ist es sehr interessant, weil Herr Stadtrat Riedler und auch Herr Vizebürgermeister Ferk, Sie waren damals schon ein bisschen skeptisch, Sie haben zum Beispiel gesagt, Herr Stadtrat Riedler, dass das zwar eine mündliche Zusage ist, dass es keine schriftliche

Vereinbarung ist und dass das sicher nicht gehalten wird, höchstwahrscheinlich, aber Sie wollen die honorigen Personen da nicht diskreditieren. Unsere Maxie Uray-Frick hat damals schon auch gesagt, sie würde sich freuen, wenn es zu diesem Badbau kommt, aber sie hat es eher als Seifenblase tituliert, nach eineinhalb Jahren, glaube ich auch, dass man sagen kann, dass sie bis jetzt Recht gehabt hat und dann abschließend hat dann die Dani Kummer wieder gesagt, dass es ihr leid tut, dass das alle als Wahlkampfthema abtun und das finde ich sehr amüsant, weil im Prinzip ist nichts weitergegangen. Ich möchte heute auch sagen, Herr Vizebürgermeister Ferik, Sie haben das ja auch in der Zeitung gesagt, dass es zu einem Spatenstich kommen soll bis vor der Wahl oder bis zur Wahl. Da frage ich Sie, wie schaut es aus mit Vorlaufzeiten, es ist wahrscheinlich das Vergaberecht anzuwenden, es gibt verschiedene Leistungsverzeichnisse, die aufzustellen sind, es gibt Finanzierungspläne, die aufzustellen sind. Man braucht mindestens, wenn alle Unterlagen da sind, ein halbes Jahr, bis es zum Ende der Ausschreibung kommt, also wie soll das alles funktionieren, wenn man sagt, man möchte den Spatenstich bis, sage ich einmal, spätestens Jänner 2008 machen, das ist eine Verunsicherung und eine Polemik und das passt schon wieder zu dieser Debatte vor eineinhalb Jahren dazu, dass sicher wieder der Sport darunter leidet, dass auch diese ganzen tollen Leistungen, die die steirischen Schwimmerinnen und Schwimmer leisten, gut sind, aber nur glaube ich, das ist total unseriös, so was zu sagen und ich hoffe, dass es jetzt vielleicht in gemeinsamer Einigkeit, dass es heute vielleicht einen Schulterchluss gibt einfach zum Wohle des Bades Eggenberg, wobei ich glaube persönlich, dass das nicht zu schaffen ist. Danke, also der Dringlichkeit stimmen wir zu.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Simbürger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Auftrag und die angenehme Aufgabe den Abänderungsantrag unserer Fraktion vorzutragen. Nur vorweg zu Ihnen, Frau Gemeinderätin Kummer

einen Satz beziehungsweise ein paar Worte. Sie gehen in Ihrem Antrag von 70 Millionen Euro aus,...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich***

GR. **Simbürger**: Sie hat ihn ja nicht ganz wortwörtlich vorgetragen, lieber Herr Klubobmann, von insgesamt 70 Millionen, die Drittelregelung für die Stadt Graz wäre mehr wie 20...

***Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.***

GR. **Simbürger**: Ich habe den Antrag, Gerda, du bist Weltmeisterin immer im Zwischenreden, aber wenn es um das Eingemachte geht, dann leider Gottes dann fehlen dir die Argumente, muss ich immer sagen (*Applaus SPÖ*). Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bundesregierung wäre gut beraten, ihre Drittelbeteiligung an der Sanierung des Bades Eggenberg nicht an der Errichtung eines 70-Millionen-Euro-Sportclusters abhängig zu machen, sondern so wie dies bereits beim Land Steiermark unter Sportlandesrat Wegscheider erfolgt ist, eine klare Zusage für eine Drittelfinanzierung des Projektes Bad Eggenberg neu zu geben. Ohne die Bedingung daran zu knüpfen, dass es zu einem Elitesportzentrum kommt beziehungsweise kommen wird. Für die Grazerinnen und Grazer wäre es jedenfalls nicht einsehbar, dass zwar für Spitzensport zig-Millionen Euro vom Bund zur Verfügung stünden, aber für den Breiten- und Schulsport gerade mal bescheidene vier Millionen Euro aufgebracht werden könnten. In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den dringlichen Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, Gespräche und

Verhandlungen mit dem Land Steiermark und der Stadt Graz betreffend die Realisierung des Projektes Bad Eggenberg neu mit dem Ziel aufzunehmen, eine Drittfinanzierung dieses Projektes durch den Bund raschest sicherzustellen und zwar ohne dies mit der Bedingung zu verknüpfen, dass im Endausbau ein mehr als 70 Millionen teures Sportzentrum zu entstehen hat. Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir führen da herinnen bisweilen sehr engagierte Debatten, auch wenn es darum geht, Richtung Bund uns zu artikulieren und wenn ich an die vergangene Sitzung denke mit den Studiengebühren und heute mit dem Bad Eggenberg insbesondere jetzt vorderhand einmal, dann hat es im Wesentlichen sehr ähnliche Ursachen. Einmal bricht der Herr Bundeskanzler seine eigenen Versprechen und wir debattieren hier stundenlang, ob wir Studiengebühren brauchen oder nicht und diesmal geht es darum, dass der Herr Bundeskanzler im Rahmen eines Smalltalk am Schloßberg wichtige Grazer Projekte, die er offensichtlich nicht kennt oder nicht genau kennt, einfach absagt. Und darum müssen wir uns heute intensiv mit einem Projekt befassen, das aus meiner Sicht schon sehr, sehr weit gediehen ist und eigentlich nicht mehr viel fehlt, dass wir tatsächlich in die Umsetzungsphase kommen. Walter Ferk, wenn du sagst, ohne die SPÖ geht gar nichts, dann muss ich gerade in Anbetracht dieses Projektes sagen, offensichtlich geht mit der SPÖ gar nichts (*Applaus ÖVP*). Allerdings und das nehme ich sehr wohl aus, da meine ich nicht die Grazer SPÖ, weil gerade bei diesem Projekt, glaube ich, ziehen wir wirklich alle an einem Strang, wer da eine Ernte einfahren wird politisch, das sei dahingestellt, ich glaube, das ist auch nicht wirklich wichtig. Wichtig ist, dass wir nach über 30 Jahren, 33, 34 Jahren in Graz wieder eine Sportstätte bauen können vor allem, die desolatest ist und eigentlich nicht mehr zumutbar ist, weder für die Vereinssportler, Freizeitsportler oder Schulsportler. In Anbetracht dessen ist das, was Daniela Kummer bereits erwähnt hat, nämlich die Topleistungen, die unsere Jugend vor allem erbringt, wirklich erstaunlich, die diese auch durchaus international schon herzeigbaren Leistungen unter äußerst schlechten Bedingungen erbringen und ich denke, werden wir bessere Bedingungen haben, könnten noch bessere

Leistungen erbracht werden und der Sepp Schmalhardt hat es angesprochen, wenn die Jödis Steinecker als wirkliche Zukunftshoffnung nach Linz auswandern muss, dann spricht das Bände und wenn andere Grazer Spitzenschwimmer nach Linz trainieren fahren müssen oder nach Maribor oder Szombathely dann ist das in Wahrheit eine Schande für unsere Stadt, das müssen wir, glaube ich, alle miteinander eingestehen. Wenn der Walter Ferk den VP-Stil irgendwie anprangert, dann muss ich einfach sagen, wir müssen ja was tun, wenn der SPÖ Landeshauptmann mit dem SPÖ Bundeskanzler sich unter Ausschluss aller anderen vielleicht besser informierten Stadt- oder Landesregierungsmitglieder sich trifft und Projekte einfach handstreichartig vom Tisch wischt, dann ist es, glaube ich, notwendig, dass wir uns gemeinsam da wehren und artikulieren.

***Zwischenruf GR. Eichberger: Nicht ..., sondern in der Sache etwas tun.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Also, Herr Kollege Eichberger, da geht es jetzt nicht darum, dass wir jetzt irgendwelche Arbeiten verteilen in der Stadt, ich glaube, der Sepp Schmalhardt hat es auch erwähnt, der Gemeinderat hat den Kollegen Riedler beauftragt, das zu machen, die Finanzierungsfragen zu klären. Aber das ist immer so, dass immer gerade das ist, was einem passt, ich bin mit Überzeugung Sportstadtrat und ich putze mich da auch nicht ab, weil der Wolfgang Riedler kann es nicht alleine machen, ich denke, das wäre wichtig, dass jeder in seinem Bereich, mit seinen Möglichkeiten und mit seinen Kontakten und Netzwerken da seinen Beitrag leistet (*Applaus ÖVP*) und tun wir nicht immer irgendwem was hinstellen. Ich stelle ja für uns hier fest, dass wir alle dasselbe wollen und ich stelle nur fest, dass der Herr Bundeskanzler einfach nach Graz kommt und ein Projekt absagt. So, und jetzt kommen wir zu dem Punkt.

***Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Was habt ihr weitergebracht?***

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Lieber Herr Kollege, es steht im Raum, dass der Herr Altbundeskanzler oder der ehemalige Bundeskanzler Dr. Schüssel ein Briefe! geschrieben hätte,...

*Zwischenrufe unverständlich.*

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Höre doch zu (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), auch Walter Ferk, bitte höre zu. Dass er ein Briefe! geschickt hätte. Selbstverständlich hat es ja nicht nur dieses Briefchen gegeben mit In-Aussichtstellung, sondern es hat selbstverständlich auf Beamtenebene viele Kontakte gegeben, wo vor allem insbesondere auch der Magister Peinhaupt dabei war, aber auch die Finanzdirektion meines Wissens eingebunden war und darum hat diese Zusage von Schüssel und ist dies eine Zusage, ganz eine andere Qualität, als nur in Aussicht zu stellen. Der oberste Sportbeamte, wenn ich so sagen darf, der Ministerialrat Irschig hält schriftlich fest, das ist eine Zusage des Bundes und ich habe selbstverständlich mit dem Sportstaatssekretär Kontakt aufgenommen, weil das etwas ist, was ich beitragen kann unmittelbar. Er sagt mir, er hat natürlich seine Recherchen auch angestellt und schreibt mir dann in einem Brief, den ich nur auszugsweise wiedergeben möchte: Also zu deiner Anfrage vom 2. Februar, in Ergänzung zu unserem Gespräch, hat er seine Recherchen angestellt und möchte seine Beurteilung zu diesem Projekt eben kundtun. Da ist eingangs wiederum von der Sportsektion festgehalten, dass im Süden Österreichs eine derartige Anlage nicht vorhanden ist, dass sie seitens des Bundes unterstützungswürdig ist, dann steht drinnen, dass im Juli des Vorjahres alle ergänzenden Unterlagen vom Bürgermeister an Dr. Schüssel, ehemaligen Bundeskanzler, übermittelt wurden auf Basis dessen der Spitzensportanteil mit 11,8 Millionen ermittelt wurde. Ende Juli dieses Vorjahres hat es dann eine Antwort gegeben, es erfolgte weiters in dem Schreiben von Dr. Wolfgang Schüssel eine Förderungszusagen in Höhe des Drittels der Gesamtsumme. Somit beläuft sich der Bundeszuschuss entsprechend der Unterlage zwischen 3,9 und 4 Millionen, welche mittelfristig bis längerfristig finanziert werden

kann. Das ÖISS das Österreichische Institut für Schule und Sportstättenbau, hält das Projekt ebenfalls für wichtig, richtig und gut geplant beurteilt, die übrigen Teile und das wissen wir seit Jahren, die halt über den Spitzensport hinausgehen, sind aus der Sportsektion des Bundes nicht förderbar. Und bitte, da können wir jetzt, ich finde das äußerst korrekt die Vorgangsweise und es beweist auch, dass es keine politische Entscheidung von Dr. Schüssel ist, sondern rein eine, die in ganz Österreich zur Anwendung kommen würde, dass der Spitzensport einen gewissen Teil leisten kann aus seinen Mitteln. Und unser Ziel ist es, worum wir uns gemeinsam bemühen, dass wir den restlichen fehlenden Teil einfach aus dem Bereich des Bildungsministeriums bekommen, weil dort Schulsport, Bundesschulschwimmen und der Universitätssport dort auch seine Ausbildungsstätte hat und es ist eine relativ einfache Rechnung, in Form einer Mietvorauszahlung könnte das abgegolten werden oder alternativ, sollten wir hier nicht weiterkommen, müssten halt Bundesschulen und müssten Studenten den Vollpreis zahlen, weil das wäre der Deal, so wie auch in der Vergangenheit ausgemacht war. Der einzelne Kopf oder die Schulklasse zahlt weniger beim einzelnen Besuch, aber in Form einer Mietkostenvorauszahlung für einen Vertrag von 25 Jahren und da rechnet sich genau ein Betrag von 2,54 Millionen, exakt jener Betrag, der uns fehlt, könnten wir mit dem Bildungsministerium diesen Vertrag abschließen und wir könnten endlich starten. Und mein Appell wäre halt nur, dass wir alle, wie eingangs erwähnt, jeder in seinem Bereich mit seinen Möglichkeiten da anschiebt und kommen wir da nicht weiter, würde ich auch vorschlagen, dass wir in der Stadtregierung uns darauf einigen, uns trotzdem darüber zu wagen, weil es spricht nichts dagegen, es würde wenig charmant ausschauen, wenn wir den Bundesschulen und den Studenten den Vollpreis verrechnen, aber es könnte auch von dem Bund in Jahrestanchen vom Bildungsministerium abgegolten werden. Mein Appell ist jedenfalls, dass wir da unmittelbar beginnen und ich darf vielleicht noch hinzufügen und schließen auch mit diesem Auszug aus dem Schreiben von Herrn Sportstaatssekretär Dr. Lopatka. Und jetzt schreibt er abschließend, dass sich meines Erachtens am gegenständlichen Projekt seit 8. November des Vorjahres nichts geändert hat, werde ich die von Dr. Wolfgang Schüssel im Juli 2006 gegebene Förderungszusage bei Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer sehr gerne unterstützen“. Also es ist keine politische Entscheidung gewesen, es ist eine rein sachpolitische, wenn man so will, auf Beamtenebene vorbereitet, was den Sport anbelangt. Es fehlt uns also noch ein bisschen und da sollten wir uns gemeinsam

bemühen und wir sollten geschlossen da auftreten und es ist jetzt unabhängig, wer jetzt Bundeskanzler ist, aber auch dieser Abänderungsantrag ist ja wieder einmal und das muss ich einfach auf den Punkt bringen, ein untauglicher Versuch eines Ablenkungsmanövers, genauso wie bei den Studiengebühren, wo man draußen dafür sind, da herinnen debattieren wir stundenlang und marschieren bei Demonstrationen, das verstehe ich nicht unter Glaubwürdigkeit in der Politik und der Abänderungsantrag der ist für uns insofern überhaupt nicht mittragbar, weil da werden Projekte miteinander vermischt, wo es die einen oder die anderen gar nicht mehr gibt. Die gibt es ja gar nicht mehr, dieses Projekt des Clusters in Größenordnungen von 60 Millionen plus 19,5 wären es also 79,5, ich weiß nicht, wie man auf die 70 kommt und bekanntlich hat der Herr Landesrat Wegscheider dieses Clustervorhaben mit Volumen von rund 560 Millionen abgesagt in der Form, zurück an den Start, also gibt es das gar nicht, also brauchen wir auch keinen Antrag beschließen oder einen Abänderungsantrag, der irgendwas junktimiert, weil es den einen Teil schon gar nicht mehr gibt (*Applaus ÖVP*). Und abschließend vielleicht, und das kann ich mir auch nicht verkneifen abschließend, wenn es heißt und ich bin dankbar, dass das Land ja zumindest einmal einen Beschluss gefasst hat, das mitfinanzieren zu wollen, es ist vom Herrn Landesrat Wegscheider eine erste Tranche beschlossen im Budget, ich höre, dass von dieser ersten Tranche jetzt bereits schon wieder die Hälfte gebunden ist für das Sportprojekt in der HIP, der Kollege Buchmann hat gesagt, er weiß nicht, wo er das Geld dann hernimmt, aber ich denke, ähnlich wie es jetzt passiert ist, dass man halt, wenn es notwendig ist, weil man sich halt verkalkuliert hat, weil bei Partikelfiltern der Landesfinanzreferent dann dort auch wieder helfen wird können.

***Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Ihr seid nur enttäuscht, weil ihr nix zusammengebracht habt.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Wir nehmen unsere Verantwortung sehr ernst, lieber Walter Ferk, ich würde dringend empfehlen, nicht über die Zeitung dem Herrn

Bundeskanzler deine Wünsche auszurichten, vielleicht kannst du dich beim nächsten Gespräch, wenn uns der Herr Bundeskanzler in Graz beehrt, dort dazustoßen zum Gespräch und könntest dann dort unsere Interessen in dieser Form einbringen. Wir werden es auf unserer Seite jedenfalls auch tun (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich wollte eigentlich anders beginnen, aber jetzt um sozusagen zu einem positiven Schluss zu kommen, fange ich jetzt eher mit dem Kritischen an, Detlev. Zuerst einmal, wenn es tatsächlich so wäre, wie du gesagt hast, dann würde es mich freuen, wenn wir tatsächlich einklagbare, sichere Finanzierungszusagen hätten und dann hätte es auch im letzten Budget schon klappen können. Der Herr Bundeskanzler, seinerzeitige Bundeskanzler Schüssel, der Herr Sportstaatssekretär Schweitzer, vor allem die Frau Bundesministerin Gehrler haben jede Gelegenheit gehabt, uns hier sicherzustellen. Das ist bis zum heutigen Tag nicht geschehen, das ist die Wahrheit und daher haben wir die Unsicherheit und was noch viel schlimmer ist, dann werden diese Briefe, du hast sie richtig zitiert, geschrieben und raus kommt dann, dass man zwar die Briefe geschrieben hat, aber die Budgetvorsorge nicht getroffen hat. Es gibt eine einfache Variante, bei der ich sicher bin, dass auch der jetzige Bundeskanzler sofort seine Zustimmung geben kann, nämlich wenn der Herr Bundesminister und Vizekanzler Molterer als Finanzreferent der Bundesregierung, Finanzminister, diese Mittel aufstockt, damit man das Geld ausgeben kann, man kann nur nicht erwarten, dass man zuerst sich feiern lässt, dafür dass man die Fußball-EM da hat und die Stadien ausbaut und wieder rückbaut und dafür das Geld beim Fenster rausschmeißt, dafür die Budgetmittel reserviert und dann kommt man her und sagt, ja wir haben es zwar versprochen, aber leider haben die Mittel vergessen vorzusehen, das ist doch das Problem, um das wir kämpfen.

**Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Dafür gibt es eine Ressortzuständigkeit.**

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Und beim Land war es genau das Gleiche, beim Land hat es vom jetzigen Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer zwar eine Zusage gegeben, wir waren beide bei dem Gespräch unter der Bedingung, dass wir die große Variante in der Größenordnung von 65 bis 70 Millionen Euro mitfinanzieren als Stadt Graz, das war geradezu lachhaft, weil damals schon jeder gewusst hat, in welcher finanziellen Situation wir sind. Das war in Wirklichkeit der Versuch rauszukommen aus der Finanzierung des Bad Eggenberg. Und der, der es uns zugesagt hat und der sein Versprechen, davon gehe ich aus, und seine Zusage auch einhalten wird und da gibt es auch schon einen Beschluss in der Landesregierung dazu über einen ersten Teilbetrag, das wird der Herr Sportlandesrat Wegscheider sein, so stehen Sozialdemokraten zu diesem Thema (*Applaus SPÖ*). Und daher halte ich es für die blanke Augenauswischerei, hier so zu tun, ohne dass es einen einzigen Beleg oder Beweis dafür gibt, dass die ÖVP auch nur...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl: Ist Herr Gusenbauer kein Sozialdemokrat? Am Schloßberg hat er etwas anderes gesagt.*

StR. Dr. **Riedler**: ...jetzt sage ich ausdrücklich auf Bundesebene, auf Bundesebene ein Interesse gehabt hätte, uns hier zu helfen. Ich sehe die Hilfe leider nirgendwo, weil ich würde sie ja feststellen, ich könnte sie sogar als Einnahme verbuchen beim Budget und wenn du mir das zeigen kannst, worauf ich das gründen könnte, wenn wir es so machen können, nämlich, dass wir es einnehmen und für den Ausbau verwenden, dann wäre ich dir dankbar, Detlev. Abgesehen davon, in einer, und da möchte ich jetzt auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer und damit zum freundlicheren Teil übergehend und vor allem dem Herrn Landeshauptmann danken, als es darum gegangen ist, sehr, sehr plötzlich, Mittel zur Verfügung zu stellen für das Union-Bad hat es hier eine gemeinsame Anstrengung gegeben, warum erwähne ich den Landeshauptmann Voves besonders, er ist nicht der Gemeindereferent für die Stadt Graz, das ist er nicht. Er hat also aus seinen Bedarfszuweisungsmitteln ein Geld hergegeben für ein Projekt, für das er eigentlich

nicht zuständig ist, um uns zu helfen, da sieht man die tatkräftige Unterstützung und Hilfe für die Landeshauptstadt. Beim Kollegen Christian Buchmann kriege ich ständig eine Abfuhr, wenn ich ihn um irgendwas bitte oder wenn ich gar nicht bitte, sondern wenn ich fordere im Interesse der Grazerinnen und Grazer. Beim Herrn Landeshauptmann finde ich ein offenes Ohr und als wir das letzte Mal zusammengesessen sind, hat der Christian Buchmann und der Herr Landeshauptmannstellvertreter eigentlich kein Wort verloren über die Art und Weise, wie man Graz helfen möchte. So nehme ich es jedenfalls wahr und man kann mir da kaum widersprechen, weil wir sind ja alle da nebeneinander gesessen und haben es gemeinsam beobachtet. Also so war es, so ist es und wenn heute Eggenberg überhaupt eine Zukunft hat, dann deshalb, weil wir eine Unterstützung des Landes haben, dann deshalb, weil es hier, und da gebe ich dir völlig Recht, Detlev, übereinstimmend in der Stadtregierung und im Gemeinderat der Auffassung sind, dass wir dieses Projekt wollen und brauchen auch in dieser schwierigen Situation und ich sage jetzt Folgendes noch dazu: Ich bin der festen Überzeugung, und der Herr Bundeskanzler hat das auch angekündigt, dass er sich Eggenberg genau anschauen möchte, wenn er das nächste Mal in Graz ist, dass wir noch eine Chance haben, zu den Bundesmitteln zu kommen, dass wir auch eine Chance haben deshalb, die Versäumnisse der Frau Gehrler, die kein Wort verloren hat über ihre Unterstützung, du hast es sehr gut geschildert, wie es sein könnte, aber davon ist nichts zu sehen gewesen, dass wir auch da noch eine Chance haben zu einer Finanzierung zu kommen über die 3,9 Millionen Euro, die in Wirklichkeit der Irschig, soweit es seine Kompetenz zulässig in Aussicht gestellt hat, mehr war es ja nicht. Über das hinaus gehend zu dem Geld zu kommen, das wir brauchen, um Eggenberg zu retten. Mittlerweile geht es nicht mehr um einen Ausbau, in erster Linie geht es darum, Eggenberg als größte Freizeiteinrichtung der Landeshauptstadt Graz zu retten, meine Damen und Herren. Und jetzt zum versöhnlichen Teil, ich glaube, natürlich können wir jetzt ein bisschen Eratzwortgefechte für die Bundesregierung, eine Bundespolitik machen oder Landespolitik, Detlev, das kann jeder von uns sehr gut, du kannst es exzellent, wie wir vorhin gesehen haben. Ich kann es sicher auch nicht so schlecht, also ersparen wir uns das von jetzt an, setzen wir die ganze gemeinsame Kraft dahinter, dass wir Eggenberg zustande bringen, das ist ein großes Versprechen für diese Stadt, für die Menschen in dieser Stadt und ich bin davon

überzeugt, dass wir es gemeinsam auch auf Grundlage der dringlichen Anträge, die hier vorliegen, schaffen werden (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Nur in aller Kürze, also um dort zu beginnen, wo Wolfgang Riedler aufgehört hat, ich bin auch überzeugt davon, dass wir das mit gemeinsamen Anstrengungen schaffen werden. Ich gebe auch unumwunden zu, dass es nicht gelungen ist, in der letzten Periode des Nationalrates mit der Konstellation, die du angesprochen hast, das alles unter Dach und Fach zu bringen aus vielfältigen Gründen. Faktum ist, wir haben es nicht zusammengebracht. Aber Faktum ist für mich auch, und da habe ich vom Staatssekretär die Information, dass für das Jahr 2007 und für das Jahr 2008 im Bundeshaushalt eine Budgetpost für das Sportbad Eggenberg enthalten ist. Trotzdem kommt der Bundeskanzler her und sagt, das Projekt gibt es nicht.

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Dann gehen wir das jetzt gemeinsam an, dann schaffen wir es auch.*

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Das gehen wir an und ein, zwei Sätze zum Union-Bad noch einmal. Auch ich habe dem Herrn Landeshauptmann Voves und dem Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer sehr gedankt für ihre Initiative und Unterstützung, je 500.000 Euro für dieses Bad, für die Renovierung dieses Bades herzugeben, 1,5 hätten wir uns gewünscht und ich bin dem Herrn Landeshauptmann in besonderem Maße deshalb dankbar, weil er offensichtlich einspringt für einen Landessportplatz, den der Sport in der Stadt Graz nicht interessiert, das haben wir ausführlich diskutiert. Schau, Klaus Eichberg, du kannst dich immer wieder winden da drinnen, das ändert nichts daran. Der Landessportplatz hat kein Interesse für Sportprojekte in Graz.

***Zwischenruf GR. Herper und GRin. Edlinger: Das merkt man vor allem am Buchmann.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sieben Vereine mit 1.300 Mitgliedern, im Leistungssport überwiegend tätig, eindeutig Aufgabe des Landesrates, der sagt, es interessiert mich nicht, das ist Faktum. Aber wir werden auch das zusammenbringen und vielleicht kriegen wir auch beim Union-Bad den einen oder anderen Euro noch von anderer Seite, damit wir in Graz wieder zwei Bäder haben, für die wir uns nicht genieren müssen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Kolar:** Man erlebt ja einiges in dem Haus, die Profilierungsebene auf der ÖVP-Regierungsbank ist ja ganz interessant mitzuerleben da herinnen.

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Mitstimmen würde helfen.***

GR. **Kolar:** Ich weiß auch nicht, was da los ist, aber den Detlev haben wir bis jetzt immer etwas anders wahrgenommen,...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist gute Sachpolitik.***

GR. **Kolar**: ...aber es wird da vielleicht auch einiges dahinterstecken. Politisches Taktieren, Herumspielen, Theater machen steckt eigentlich dahinter, hinter dieser ganzen Aktion.

*Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.*

GR. **Kolar**: Gerda, du kommst dann heraus und wirst dich dann letztendlich zu Wort melden, ich fordere dich ja herzlich dazu auf (*Applaus SPÖ*). Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was mit einem großen gemeinsamen Ziel in dem Haus aufgeführt wird, ist, glaube ich, schändlich und glaube dieses Hauses ist nicht würdig, weil wenn das unsere Bürgerinnen und Bürger so alles mitkriegen würden, dann wäre das eine tolle Sache, das muss ich euch ganz ehrlich sagen.

*Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Die gehen nie mehr wählen, die schämen sich.*

GR. **Kolar**: Wenn man versucht, das Bad Eggenberg, und jetzt müssen wir einmal ganz kurz zurückkommen zu den Fakten. Es waren ja diese Pläne alle vor sechs Jahren am Tisch mit der kleine Ausbauvariante, ich sage jetzt mit der kleinen, nicht mit dem großen Sportcluster, dann hat es nämlich den zweiten Akt gegeben, wie man dann gesagt habt, ok, wir wollen die ganze Finanzierung so nicht auf die Füße stellen, hat man halt einen neuen Ansatz gefunden, einen neuen Zugang gefunden, der hat dann heißen großer Sportcluster, jetzt bauen wir das. Und was wir da zusammengebracht haben, haben wir auch gesehen, da ist nicht viel passiert. Der Bundeskanzler, weil das ja auch das eine oder andere Mal angesprochen wurde, ich finde es persönlich sehr, sehr seriös zu sagen, Freunde, ich kann euch da keine

Zusage machen, ich kann nicht sagen ok, dass ich das sofort finanziere, sondern ich komme hin und schaue es mir an. Wir haben andere Regierungsmitglieder in der alten Bundesregierung, wir haben andere Verantwortlichkeiten gehabt, die haben gesagt, ok, das machen wir schon alles und gekriegt haben wir bis heute, wie wir gesehen haben, nichts in der Form.

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Aber reine Fachbeamte wissen es besser.***

GR. **Kolar:** Gestattet mir auch einen leichten Angriff nur auf die ÖVP. Wir haben im Grazer Westen dementsprechend versucht, die SPÖ hat vor vielen Jahren mit Lebensqualität, mit Ausbau Plabutsch, was ja die Gerda Gesek so freut, dass man dort im Naherholungsbereich gemeinschaftlich Initiativen gesetzt haben und, und, und, also diesen Natur- und Erlebnispark dort installiert haben, wir haben viel im Bereich der EU gemacht, der EU-Projekte und wenn ich jetzt die Zeitung lese, nehme ich an, da steht ja auch viel Wahres drinnen, lese ich, dass unser Herr Finanzlandesrat Buchmann die Gelder für den Grazer Westen nicht mehr bereitstellt, sondern die sechs Millionen in die Umlandgemeinden gibt, Freunde, so macht die ÖVP Politik im Grazer Westen. Also ich wollte das auch nur einmal kurz hiermit anführen in der ganzen Geschichte. Und zum Schluss auch eines, ich will da keine Appelle richten, aber glaubt mir eines, liebe Freunde von der ÖVP, den politischen Erfolg, den ihr euch mit solchen Anträgen erwartet, der wird nicht stattfinden. Wir stehen als die Grazer Sozialdemokraten dafür und unser Vizebürgermeister hat es klar und deutlich formuliert, wir wollen nicht nur Spitzensport, der ist auch wichtig, wir wollen letztendlich ein Bad für die Jugend, für die Schulen und letztendlich auch für die älteren Menschen und ich kann nur alle da hier ersuchen als Eggenberger, dass wir dementsprechend nach diesen politischen und polemischen Auseinandersetzungen das wieder in den Mittelpunkt rücken, wofür wir da sind in der Form...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.***

GR. **Kolar:** Das war gar nichts, die sechs Millionen? Dann erklärt ihr das einmal den EU-Projekten bitte im Grazer Westen, dass man das Geld jetzt nicht mehr umsetzen können und andere Dinge mehr, ok. Liebe Freunde, das müsst euch dann hat einmal draußen anhorchen, wenn das gar nichts war.

GRin. **Binder:** Liebe sozialdemokratische Genossinnen und Genossen, wenn ihr schon die ÖVP dran nehmt, nehmt euch selber auch an der Nase. Im Grund genommen ist diese Debatte jetzt, ich weiß nicht, ich glaube fast eine Stunde. Dabei habt ihr das in eurem Arbeitsprogramm drinnen, ÖVP und SPÖ, und begonnen hat das Ganze sowieso mit einem gewaltigen Bruch eines Versprechens und zwar beider Seiten. Denn der ehemalige Bürgermeister Stingl hat ganz klar, und das steht auch zum Teil im Antrag von der KPÖ drinnen, versprochen, das ein Teil des Geldes beim Verkauf des Energiesektors, dass ein Teil des Geldes für die Sanierung des Eggenberger Bades verwendet wird, versprochen, gebrochen. Nicht nur Eurofighter und Studiengebühren auch hier haben wir ein gewaltiges gebrochenes Versprechen, ich kann es euch nicht ersparen, weil mich diese Diskussion unsäglich stört jetzt. Also da gibt es noch einen dritten Antrag, nämlich den Antrag der KPÖ, der ziemlich sachlich gehalten ist, der Antragtext, der ist jedem klar, er ist ja auch vorgebracht worden und wenn euch der ÖVP und der SPÖ daran liegt, dass das Bad Eggenberg, weil ihr habt nichts zusammengebracht in dieser Periode, gar nichts, weder die SPÖ, und das Eggenberger Bad war ein Wahlprojekt bei der vorigen Gemeinderatswahl von Vizebürgermeister Ferk. Aber es ist nichts weitergegangen und ich...

***Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.***

GRin. **Binder**: Und, Frau Gesek, Ihre Zustimmung brauche ich nicht, denn auch Sie haben mit Ihrer Fraktion aber gar nichts in diese Richtung bewegt. Also auf Ihren Beifall kann ich in dieser Frage aber herzlich verzichten. Wir werden weder dem ÖVP-Antrag noch dem SPÖ-Antrag zustimmen und werden unsere Unterstützung dem KPÖ-Antrag geben und hört bitte auf mit diesem Wahlkampfplänkel.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Eine Bemerkung zum (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Gemeinderat Kolar. Ich denke, dass es gut ist, dass wir die Auseinandersetzung bei Eggenberg belassen und nicht auf andere Personen und auch andere Projekte ausweiten. Die Mitteilung, die du gemacht hast, war nämlich nicht richtig. Es läuft ein Projekt Urban Graz-West, dieses Projekt ist in der Abschlussphase und von diesem Projekt wird kein einziger Euro abgezogen. Es wird ein neues Projekt gestartet (*Applaus ÖVP*), ich freue mich besonders über die Zustimmung der Eggenberger, weil denn da ist wirklich sehr viel passiert. Es gibt ein neues Projekt, das ist Urban Plus und Urban Plus hat als Projektgebiet den Grazer Süden und die Grazer Umlandgemeinden. Ohne diesen Schulterschluss mit den Umlandgemeinden hätten wir das Projekt überhaupt nicht bekommen, das war Voraussetzung. Also da ist nichts verschoben worden, sondern wir haben jetzt, nachdem im Westen sehr viel passiert ist, die Chance für den Süden und das gleichzeitig auch über die Gemeindengrenzen hinaus in einer neuen Zusammenarbeit mit dem Umlandgemeinden und ich denke, dass das ein sehr gutes Projekt ist (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Natürlich, Frau Kollegin Binder, zunächst kann man das ja nicht alles stehen lassen, die Wortmeldung von dir war mindestens genauso wie alle anderen in einer von Emotion von einem gewissen Blick auf Wählerinnen und Wähler ausgerichtet, wenn man das so feststellen darf. Aber unabhängig möchte ich schon sagen, also Wahlversprechen, und das weise ich zurück, auch für das Protokoll ist es mir jetzt wichtig, damit ihr nicht irgendwo herumlaufen könnt und solche Geschichten erzählen, Wahlversprechen haben wir keines gebrochen oder Versprechen, weil es

ist unser sozialdemokratischer Finanzreferent gewesen, der entsprechend das Budget vorgelegt hat und in unserem Budget für dieses Jahr sind eindeutig die Mittel vorhanden. Und jetzt auch etwas, meine Damen und Herren, zur Güte, weil ich auch glaube, dass man schön langsam Schluss machen sollte mit der Diskussion, einfach deswegen, weil ich eigentlich die Kolleginnen und Kollegen zuerst der ÖVP einladen möchte an der Spitze den Bürgermeister, dass es viel vernünftiger ist insofern, wie ich früher gesagt habe, die Ärmel aufzukrempeln, das ihr euch, Teddy, dort anstellt, wo ihr den Zugang habt, aber bitte jetzt hören wir auf mit Brieferschriften, die kann ich dir auch vorweisen, sondern, dass wir dann einmal nach Wien fahren, dass wir zustande kriegen, dass der Herr Finanzminister dabei ist, dass selbstverständlich der Sportstaatssekretär dabei ist, die entsprechenden Beamten, die du zitiert hast, wir werden selbstverständlich schauen...

***Zwischenrufe unverständlich.***

Bgm.-Stv. **Ferk**: Na eh klar, der ist ja eh dabei, der macht das gerne, der Herr Bundeskanzler dabei ist und selbstverständlich auf unserer Seite auch der Infrastrukturminister, wenn uns das gelingt, dann haben wir überhaupt eine Chance, vor Ort einmal als Grazer gemeinsam aufzutreten und unsere Vorstellungen vorzutragen. Dann wird es an uns liegen, ob wir uns durchsetzen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ein paar Worte möchte ich zum Bad Eggenberg verlieren. Es hat in der Stadt Graz, was Bäder anbelangt, einen enormen Aufholbedarf gegeben. Neun Jahre bin ich in der Stadtpolitik, erinnere mich, ein Bad ist gerade restauriert worden, wie ich gekommen bin, bei ein paar Bädern durfte ich auch selbst die Gemeinderatsstücke vorbereiten und wir haben bei den Bädern viel hinbekommen. Es hat einen für mich damals wirklichen Rückschlag mit dem

Pammer-Bad gegeben, dass die private Betreiberin damals kurzerhand gesagt hat, dieses Bad steht nicht mehr zur Verfügung. Wir haben einen eklatanten Mangel bei Hallenbädern, ich freue mich, dass es uns gelungen ist auch jetzt bei der Union-Halle und mit dem ATG-Angebot noch für die Schulen und für den Schwimmsport was anbieten zu können, aber wir haben es auch nicht gelöst, was das Wasserspringen anbelangt, erinnere nur an die vielen Schreiben, die der GAK an uns schon geschickt hat mit dem Herrn Schuster usw., mit der Bitte, was tun wir mit den Turmspringen und, und, und... Wir haben in dieser Stadt Graz immer einen besonderen großen Schwerpunkt im Kulturbereich gehabt und der Sportbereich ist hinten nachgehängt. Ich habe, und das habe ich mittlerweile aus Erfahrung, weil wir werden heute noch über andere Infrastrukturprojekte auch noch debattieren, auf Grund der dringlichen Anträge, die da kommen, ich habe es eigentlich als Bürgermeister schon fast satt, immer als Bittsteller mit großen Projekten an andere Gebietskörperschaften zu gehen, weil wir zum Spielball geworden sind. Einmal verspricht der was und sagt, was tut dann der, ich habe einige Minister erlebt, wenn ich allein an den Südgürtel denke, das wird heute noch eine Debatte sein, ich glaube, ich habe drei Bundesminister und Bundesministerinnen erlebt, wie alle dann zugesagt gehabt haben, ist es einfach übertragen worden ans Land und jetzt haben wir von vorne wieder angefangen und die Mittel sind wieder nicht da. Es ist fürchterlich, dass es uns, obwohl wir uns das vorgenommen haben, noch nicht gelungen ist, dass dieses Bad Eggenberg den Spatenstich schon erlebt hat und ich möchte ernsthaft, ich werde das in der Regierung noch einmal zum Thema machen, auch mit dem Finanzreferenten noch einmal reden, ich habe irgendwo das Gefühl, irgendwo fehlt immer ein Baustein und wegen dem Baustein geht es nicht los. Wir sind schon sehr weit, wenn diese Zusagen jetzt stimmen, dass wir die vier Millionen für den Sportbereich haben, wenn wir die sechs Millionen des Landes haben, also die vier aus dem Bund und uns nur die 2,6 Millionen von Bundesseite aus dem Bildungsbereich fehlen, es war ja nur ein Versuch, wie kann man da noch einmal aufholen, damit wir zur Drittelfinanzierung kommen, dann bin ich bald so weit, dass ich sage, wegen zwei Millionen Euro sollte man nicht noch zwei Jahre warten, sondern dann fangen wir an und machen wir das, was der Vizebürgermeister gerade gesagt hat, fahren wir noch einmal gemeinsam hinaus oder nutzen jeden Besuch von allen Bundesvertretern, dass wir einfach sagen, legen wir bitte los mit Bad Eggenberg. Wir sind schon so unglaublich und zwar nicht nur als Stadtpolitiker,

sondern hinauf bis zur Bundespolitik, was Eggenberg anbelangt. Und ich möchte auch sagen, und das ist mir heute auch wichtig, undankbar dürfen wir aber auch wieder nicht sein, es ist in der letzten Periode, weil ich mir schon gedacht habe, es wird heute losgehen, was kriegst und was kriegst nicht, die Landeshauptstadt Graz hat in vielen Bereichen Unterstützung bekommen, ich möchte es da einmal wirklich tun und Ihnen sagen, ich habe das ausheben lassen, was haben wir in den letzten fünf Jahren von Bundesseite in dieser Stadt, in den letzten neun Jahren in etwa bekommen. Dass ich das einmal da auch im Gemeinderat zitieren darf und auch dankeschön sagen darf, dass das möglich war, dass wir eine generelle Benachteiligung des Südens in Österreich erleben und dass die Achse Oberösterreich, Niederösterreich und Wien zusammenhält, ist eine Belastungsprobe für jeden Landespolitiker, für jeden Stadtpolitiker außerhalb dieses Bereiches. Wenn man bei den FAG-Verhandlungen sitzt, wenn du in Wien draußen bist, weil da gibt es einfach vieles, was es bei uns nicht gibt und wir sollten Geschlossenheit zeigen, wir sollten mit den Projekten fertig sein, weil der Bund sagt auch immer, na wenn ihr noch nicht einmal mit dem Bau beginnt, wir haben zwar Zusagen gemacht, aber da brauchen wir auch noch keinen Beschluss, es geht immer hin und her. Irgendeine Ausrede gibt es immer und die möchte ich weghaben, gemeinsam mit dem Vizebürgermeister, gemeinsam mit dem Sportstadtrat und auch dem Finanzreferenten, wahrscheinlich der ganzen Regierung. Wir haben für das Kunsthaus einen Bundesbeitrag von 14,5 Millionen gekriegt, wir haben einen Kulturhauptstadtbeitrag von 14,6 Millionen gekriegt, wir haben die Plabutschunnelweströhre mit 144,5 Millionen Euro bekommen, wir haben die Sanierung der Plabutschunneloströhre mit 16 Millionen bekommen, wir haben die A2 Generalsanierung Graz Webling, Knoten Graz West mit 19 Millionen bekommen, wir haben von der ÖBB 150 Millionen bereits investiert in den HL-AG-Koralmbahn-Nahverkehrsknoten Don Bosco und Puntigam bekommen, da sind noch 40 Millionen offen, sind im Laufen, wir haben 12 Millionen für den Leitungskollektorengang unterm Grazer Hauptbahnhof bekommen, wir haben das elektronische Stellwerk mit 53 Millionen Euro von Bundesseite nach Graz bekommen. Der Umbau des Hauptbahnhofes einschließlich des Südkopfes war eine geplante Gesamtsumme 75 Millionen Euro, es gibt die anderen Projekte zwischen 300 und 450 Millionen, das sind die ganzen Projekte, die erspare ich mir jetzt, aber es geht weiter. Wir haben bei den Forschungsförderungen der Stadt Graz, und da bin ich dem Dr. Buchmann

dankbar, der hat es jetzt geschafft, die Kompetenzförderungen, die wir nicht mehr weiterführen konnten als Stadt Graz, von Landesseite zu übernehmen, aber der Bund hat in die Kompetenzzentren bitte seit dem Jahr 2000 61 Millionen und das Land 27 Millionen investiert, wir 5,5 Millionen. Sie kennen das alles, Biokatalyse, Science-Weltraumforschung usw. Und dann habe ich mir gedacht, ich frage jetzt noch einmal ab, was von Bundesseite nach Graz geflossen ist von Seiten der Bundesimmobiliengesellschaft. Investiert bis 2010 werden mehr als 260 Millionen Euro und ich sage es da auch noch einmal, weil man das auch mit hinausnehmen sollten, wenn wir Damen und Herren des Bundes vor allem treffen, dass wir da auch wissen, dass wir nicht immer nur mit dem Forderungspaket kommen, sondern auch danke schön sagen, weil der Neubau der Chemie 52 Millionen, Zentrum für Molekulare Biowissenschaften, Mozartgasse 41 Millionen, Zentrum für theoretische klinische Medizin 36 Millionen, weitere Großprojekte TU Graz 30 Millionen, Frank-Stronach-Institut 8,2 Millionen, das Mutmut 17,5 Millionen, die jährlichen Instandhaltungen betragen allein für diesen Bereich 4,6 Millionen. Wir haben für den ganzen medizinischen Uni-Bereich jetzt schon viel im Laufen, wir haben die Generalsanierung des Hasnerplatzes mit 12 Millionen, das Wirtschaftskundliche Realgymnasium Sandgasse, die Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik Grottenhofstraße mit 3,2 Millionen, die HIB-Liebenau mit 2,8, Pestalozzi-BG 4,3, Neubau Bezirksgericht West 12,2, Sicherheitstechnik Justizanstalt Karlau 1,3 und Erweiterung der Justizanstalt Graz und der Werkstättentrakt 5,8 Millionen. Es ist wunderbar, wie viel Geld, ich sage es noch einmal, an Investitionen in dieser Stadt getätigt worden sind und das müssen wir auch sehen und ich werde wirklich vorschlagen mit dem Finanzreferenten, dass wir bei Bad Eggenberg jetzt einmal einen Kraftakt machen, sagen wir, fangen wir an damit, dass uns die Leute wieder das Vertrauen schenken und dass auch der Bezirk Eggenberg das Gefühl hat, nebst den Universitätsfachhochschulbauten etc. dass wir uns aber auch um diesen Freizeitbereich kümmern. Belastung genug ist es, weil wir reden da jetzt von knapp 19 Millionen Euro, die wir Stadt, Land und Bund beitragen müssen, aber es weiß auch jeder, dass zusätzlich noch die Stadtwerke und im Freizeitbereich viel Geld in die Hand nehmen müssen, dass dieser Wellnessbereich neben dem Sportbereich auch noch Platz findet. Also es ist eine enorme Summe, da geht es ja nicht um irgendein kleines Bad und es wird genug Probleme machen, weil wenn Eggenberg einmal zugesperrt ist für die Bauphase, dann werden wir in Graz alle Bäder

brauchen, damit wir nur annähernd den Schwimmsport aufrecht halten können. In diesem Sinne bitte ich, dass wir jetzt auch zu dem dringlichen Antrag kommen. Ich wollte es nur da einmal sagen, weil wir viel kriegen und da sollten wir wirklich gemeinsam jetzt noch einmal vorgehen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Kummer**: Also kurz gefasst, und das ist sehr schön, eigentlich grundsätzlich die breite Zustimmung zu dem Projekt zu sehen, weil das ist das einzig Wichtige an der Sache und deswegen möchte ich jetzt auch jegliches Wort mit Wahlkampf oder politischer Profilierung zu tun haben, völlig hier jetzt wirklich streichen, dem entgegentreten. Es ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, ja wir haben nächstes Jahr Gemeinderatswahlen, das ist ein Ding, aber was kann bitte ich dafür, wenn vor einer Woche der Herr Gusenbauer herkommt und zu dem Projekt, das am 22...

*Zwischenrufe unverständlich.*

GRin. **Kummer**: Das ist so. ...September hergekommen ist und dieses Projekt schon gelaufen ist und ich schon dafür gekämpft habe und dann kommt vor einer Woche der Herr Bundeskanzler Gusenbauer und sagt, ist nicht, können wir nicht machen, ok, seid mir nicht böse, das regt mich auf und wenn ich mich aufregen muss und wenn ich für dieses Projekt kämpfen muss, dann tue ich das und da dürft ihr nicht böse sein, das hilft überhaupt nicht.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Ihr wolltet nicht, dass wir gemeinsam aufbrechen.*

GRin. **Kummer:** Herr Vizebürgermeister, Sie haben gerade vorher sehr emotional mich da jetzt ein bisschen angegriffen, indem Sie mich falsch zitiert haben, denn Sie haben gesagt, ich habe von einer sozialdemokratischen Machtergreifung gesprochen. Das klingt nach Putsch, das würde ich niemals sagen, das traue ich Ihnen nicht zu, ganz und gar nicht, sondern es geht um ganz simple, und das steht hier und es ist sogar schriftlich, dass sozialdemokratische Machtübernahme nach der Wahl passiert ist, ganz, ganz klar. Es tut mir leid, wenn euch das jetzt aufregt, aber es hilft da überhaupt nichts. Nämlich zum Herrn Kollegen Simbürger bezüglich hier jetzt dem Motivenbericht, den Sie zitiert haben, ich bin überhaupt nicht davon ausgegangen, dass es hier jetzt darum geht, dass man den Cluster mit diesem dringlichen Antrag hier vorantreibt und das steht auch drinnen, das ist ein Motivenbericht, ja habt ihr das gelesen auch, ich lese es langsam und deutlich noch einmal vor. Die Errichtung, jetzt müsst ihr schon zuhören, also, die Errichtung eines multifunktionalen Sportzentrums Graz, dem sogenannten Sportimpulscluster Steiermark unter Miteinbeziehung des Sportbades Eggenberg als Modul 1 wurde mit einer Gesamtinvestition von 78,4 Millionen veranschlagt, wobei eine Drittelfinanzierung durch Stadt, Land und Bund angestrebt wurde. Auf Grund der dringenden Sanierung beziehungsweise des dringenden Sanierungsbedarfes des Bades Eggenberg sowie der drohenden Schließung entschied man, dieses Modul als erstes umzusetzen und genau von dieser Umsetzung des ersten Moduls rede ich hier und nicht von einem Sportcluster. Und deswegen ist auch der Zusatzantrag eigentlich nicht notwendig, weil der überhaupt nicht Thema ist. Es geht nur um eines, es tut mir leid, wenn ich eure Gefühle, liebe sozialdemokratischen Kollegen, verletzt haben sollte, aber mir geht es eigentlich ausschließlich darum, dass wir in Eggenberg wieder schwimmen können und wir werden das schaffen. Danke (*Applaus ÖVP*)

GR. **Schmalhardt:** Lieber Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es nicht sehr erfreulich, was seit einer Stunde hier abläuft. Wir...

*Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Du warst eh sehr seriös.*

GR. **Schmalhardt**: Wir sind uns eigentlich, wie ich glaube, in der Sache einig, nur die Ausdruckweise und der Umgang gegenseitig lässt wirklich zu wünschen übrig. Das Eggenberger Bad sollte eigentlich schon der Baubeginn hinter uns liegen. Am 22.9.2005 haben wir hier eine ähnliche Situation gehabt in der Diskussion mit Schuldzuweisungen, einmal ist der rote Bundeskanzler schuld, früher war es der schwarze Bundeskanzler, also ich habe es jetzt wirklich satt, wenn hier gesprochen wird, wir ziehen an einem Strang. Wir ziehen an einem Strang, aber in die entgegengesetzte Richtung, meine Herrschaften, und das ist der springende Punkt, darum kommen wir in der Sache nicht weiter (*Applaus KPÖ*). Es gibt eine eindeutige Situation seit 22. 9. 2005, der Gemeinderat hat die Stadtregierung beauftragt, mit Bund und Land, wenn es möglich ist, einen Finanzierungsvertrag abzuschließen. Dieser Auftrag wurde von der Stadtregierung oder auch von den zuständigen Stadtregierungsmitgliedern, sage ich korrekt, nicht umgesetzt und das ist der springende Punkt und das hat mich veranlasst, einen neuerlichen gleich lautenden dringlichen Antrag einzubringen. Was passiert dann? Sofort gibt es einen zweiten gleich lautenden Antrag von einer Regierungspartei einer großen und weil das ja nicht sein kann, was nicht sein darf, gibt es einen gleich lautenden Abänderungsantrag von der sozialdemokratischen Fraktion. Meine Damen und Herren, das ist ja wirklich eine Farce, was hier aufgeführt wird (*Applaus KPÖ*). Also ich hätte mir gewünscht, meine Damen und Herren von ÖVP und SPÖ, wenn Sie das Eggenberger Bad wirklich zu Ihrer Sache gemacht hätten und gesagt hätten, Seppl Schmalhardt, wir gehen auf den Antrag hinauf und wir hätten uns die Stunde Diskussion erspart und wir hätten einen neuerlichen Auftrag gehabt an unsere Stadtregierungsmitglieder. Nichts anderes wollte ich erreichen, ich glaube, ich habe bewiesen, mein Antrag war seriös vorgebracht und wenn wir so weiter diskutieren, werden wir das Eggenberger Bad wieder nicht beschließen können. Ich danke (*Applaus KPÖ*).

***Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Antrag von GRin. Kummer wurde mit Mehrheit angenommen.***

*Der Antrag von GR. Schmalhardt wurde einstimmig angenommen.*

#### **4) Verkehrsinfrastrukturausbaumaßnahmen für den Großraum Graz**

GR. **Mayr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einiger Zeit zeichnet sich die Verkehrspolitik in Graz, also in der Stadt und im Land Steiermark durch einen weitgehend politischen Konsens aus. Wir haben das auch schon in der letzten Gemeinderatssitzung diskutiert und das besonders erwähnt. Insbesondere bezüglich der notwendigen Infrastrukturausbaumaßnahmen im Bereich der Bahn, seien es die großen Bahnprojekte im Land Steiermark als auch die wichtigen ÖPNV-Projekte im Großraum Graz. Die Steiermärkische Landesregierung hat die wesentlichen Projekte wie S-Bahn auch in ihrem Regierungsprogramm jetzt festgehalten. So war es nur selbstverständlich und konsequent, dass die in Stadt und Land außer Streit gestellten Infrastrukturprojekte der neuen Bundesregierung gegenüber eingefordert wurden und werden.

Bedauerlicherweise fanden die Wünsche aus der Steiermark zunächst nur sehr wenig Aufnahme in das Regierungsprogramm, ja sogar ein Hinterfragen bereits fixierter Projekte setzte ein.

Als Ergebnis des dann verstärkten politischen Drucks aus der Steiermark kam es am 9.2.2007 zum sogenannten Gipfelgespräch zwischen Landeshauptmann Voves, Bundeskanzler Gusenbauer und Bundesminister Faymann. Im Vorfeld dieses Termins wurden die Forderungen mehrfach deutlich artikuliert, unter anderem auch von Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk. Er meinte, lange genug hat der Bund die Landeshauptstadt Graz und ihre Bedürfnisse links liegen gelassen. Man muss auf der einen Seite relativieren mit den langen Listen der Bundesinvestitionen, die der Bürgermeister vorgebracht hat, aber die notwendigen neuen Investitionen sind noch zahlreich. Vizebürgermeister Ferk meinte, das muss schleunigst geändert werden – deshalb fordere er vor den morgigen Gesprächen von Bundeskanzler Alfred

Gusenbauer und Infrastrukturminister Werner Faymann in Graz Zusagen zur Verwirklichung wichtiger Projekte für die Grazer Bevölkerung. Er meinte da vor allem die S-Bahn im Großraum Graz, den Bau des Südgürtels, die Erweiterung des Grazer Straßenbahnnetzes usw. Dass Koralm- und Semmeringtunnel für Graz eine unverzichtbare Notwendigkeit sind, das sei ohnehin schon geklärt. Also die Erwartungshaltung vor diesem Gipfel war sehr groß, genauso wie beim Bad Eggenberg, um so enttäuschender war dann leider das Ergebnis dieses Gipfelgesprächs. Die längst vertraglich fixierten Projekte Koralmtunnel und Semmeringtunnel wurden zwar im Großen und Ganzen bestätigt, alle anderen wesentlichen Infrastrukturprojekte für den Großraum Graz blieben allerdings außen vor. Landeshauptmann Voves sagte sogar, und das hat mich sehr gewundert, bereits zum jahrelang in Projektplanung befindlichen S-Bahn-Projekt, das läuft schon seit einigen Jahren, schon unter Landesrat Schöggel und früher: Dies sei ein noch sehr junges Projekt, meinte der Landeshauptmann, für das es noch keine Detailpläne gäbe. Gestern im Planungsausschuss wurden wir von den Kolleginnen und Kollegen der Landesbeamtenschaft eines anderen belehrt, wir haben das ausführliche Projekt präsentiert bekommen.

***Zwischenruf GRin. Edlinger: Das sind aber keine Detailpläne.***

GR. **Mayr:** Wesentliche Projektkonzeptionen sind da schon drinnen. Also, dass es ein junges Projekt ist, wo es noch keine Details gibt, darüber kann man nicht sprechen. Besonders bezüglich der Grazer Projekte Südgürtel und S-Bahn herrscht wirklich dringlicher Handlungsbedarf:

Sollte die Umweltverträglichkeitsprüfung zum Südgürtel und das sollte im Mai 2007 fertig erstellt sein, positiv ausfallen – was wir alle hoffen – müsste sofort mit der Feinplanung und den Grundstückseinlösungen begonnen werden, damit der zugesagte Baubeginn 2008/2009 im Interesse der Bevölkerung aufrecht zu erhalten ist.

Ebenso sind beim Autobahn-Projekt Knoten Ost übrigens alle Verfahren abgeschlossen und auch hier muss man auf eine rasche Umsetzung drängen, schließlich wird die Umfahrung Hausmannstätten demnächst in Angriff genommen und früher fertiggestellt, um hier nicht negativen Verkehrseinfluss auf das Grazer Stadtgebiet zu bekommen, es ist auch der Knoten Ost sehr wichtig.

Darüber hinaus geht es dann um die wichtigen ÖPNV-Projekte im Bereich der Schiene, das S-Bahn-Projekt, es geht um eine rasche Entscheidung, haben wir auch gestern gehört, damit die entsprechenden Planungs- und Verfahrensschritte weitergeführt werden können. Gestern wurde das eben noch einmal von den Beamten des Landes bestätigt.

Natürlich sind alle diskutierten Bahnprojekte in der Steiermark auch für den Großraum Graz, immerhin der zweitgrößte Ballungsraum in Österreich mit mehr als einer halben Million Bürgerinnen und Bürgern, von essentieller Bedeutung sowohl in Hinsicht der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt in einem internationalen Verkehrsnetzwerk wie auch auf Grund der großen umweltrelevanten Bedeutung des schienengebundenen ÖPNV, Stichwort Feinstaub.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bundesregierung und die Steiermärkische Landesregierung, insbesondere deren Spitzenvertreter, Bundeskanzler und Landeshauptmann werden aufgefordert, die folgenden wichtigen Infrastrukturprojekte zur Umsetzung zu führen und eine Finanzierung sicherzustellen:

- S-Bahn im Großraum Graz
- Umsetzung des Südgürtels in Graz
- Knoten Graz-Ost
- Ausbau der Südbahn mit Koralm- und Semmeringtunnel
- Ausbau der Pyhrn- und Ostbahn, wie schon im wesentlichen vereinbart.

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.55 Uhr den Vorsitz.*

## **5) S-Bahn für Graz**

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: In Fortsetzung von Peter Mayr. Der Großraum Graz – mit seinem unmittelbaren Einzugsgebiet von 400.000 Menschen und einem erweiterten von 700.000 Menschen ist, wie schon vorhin erwähnt, von zentraler Bedeutung für die Steiermark. Die Fragen sind ja schon angesprochen worden von der Wirtschaftskraft über die Aus- und Weiterbildung und natürlich auch Kernraum zehntausender Steirerinnen und Steirer. Also eine nicht zu vergessende Funktion von Graz als Landeshauptstadt.

Ungeachtet dessen ist aber die verkehrstechnische Erschließung dieses Zentralraumes äußerst mangelhaft: Die Errichtung eines leistungsfähigen, modern strukturierten öffentlichen Personennahverkehrs scheiterte bislang nicht nur am Fehlen eines interkommunalen Finanzausgleichs, der zu einem gerechten Lastenausgleich in Bezug auf Finanzierung überregionaler Aufgabenstellungen beitragen könnte, sondern vor allem auch an der mangelnden Bereitschaft der übergeordneten Gebietskörperschaften Land und Bund, kennen wir schon seit Jahrzehnten, für einen großräumigen Lösungsansatz die Initiative zu ergreifen und die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Eine der Folgen dieses mangelnden Engagements für überregionale, großräumige Verkehrslösungen ist nachweislich die Umweltbelastung – Stichwort Feinstaub – unter der nicht nur die Stadt Graz, sondern die gesamte Region leidet. Gerade im Wissen, dass die Verkehrsbelastung nicht unwesentlich zur Feinstaubproblematik beiträgt und damit der Wohn- und Lebensqualität mehr als abträglich ist, wäre der Aufbau eines leistungsfähigen City-S-Bahnnetzes zwischen Graz und den Großräumen Voitsberg-Deutschlandsberg, Hartberg-Feldbach, Bruck-Leoben-Kapfenberg und Leibnitz ein Gebot der Stunde. Sowohl, was die Umweltentlastung

für diese Regionen anbelangt, als auch in Bezug auf deren Stärkung als Wirtschaftsstandorte.

Entsprechende Überlegungen für einen Erfolg versprechenden und vor allem raschen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs für den gesamten Großraum gibt es ja bereits. Auch von verschiedensten Stellen, auch der Verkehrslandesrätin. Beispielsweise könnte ein S-Bahn-System mit den Korridoren mit der Koralmbahn, mit der Verbindung Graz-Bruck, mit Süd Graz-Spielfeld, mit Ost Graz Fehring, mit West Graz-Köflach in entsprechenden Takten verbunden werden mit dem Großraum etwa in Verbindung mit dem sogenannten Steirertakt sowie dem Ausbau der Park-&-Ride-Möglichkeiten wäre dies eine wesentliche Verbesserung.

Faktum jedenfalls ist: Ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist – nicht zuletzt auch angesichts der gravierenden Umweltbelastungen durch den Individualverkehr – dringend erforderlich und bedarf einer konzertierten Kraftanstrengung aller Gebietskörperschaften: Sowohl in Hinblick auf Finanzierung als auch Realisierung.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Sinne des vorliegenden Motivenberichts

1. in einer Resolution an die zuständigen Stellen des Bundes und des Landes die Errichtung eines funktionstüchtigen öffentlichen Personennahverkehrs für den Großraum Graz unter Bedachtnahme der verkehrstechnischen Versorgung der hier vorhin erwähnten angesprochenen Steirischen Regionen als vorrangig einfordern, wobei nach dem derzeitigen Stand ein S-Bahn-System angepeilt werden sollte;
2. das Land Steiermark auffordern, dieses Projekt im Rahmen von „regionext“, ich habe gestern die Gelegenheit gehabt mit dem ÖVP-Klubobmann an dieser Präsentation im Nova-Park durch Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter teilzunehmen, dies also wie gesagt, im Rahmen

von regionext als prioritär einzustufen – mit dem Ziel, eine „Typenentscheidung“ samt Trassenvorschlägen inklusive Finanzierungskosten noch in diesem Jahr zur Vorlage zu bringen und die entsprechenden Finanzierungs- und Realisierungsverhandlungen mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung umgehend aufzunehmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Slamanig** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren, ich könnte es mir einfach machen, in Erkenntnis der vorhergehenden Diskussion zu sagen, also uns liegt seit gestern also von der FA 18 ein schlüssiger Antrag zur S-Bahn-Konzeption vor. Dieses 2,8-Milliarden-Euro-Projekt wird also nicht von heute auf morgen umzusetzen sein und setzt allerdings voraus, dass sich der Gemeinderat und die Stadtregierung nicht darüber unterhält, sondern auch schließlich hinter dieser Nahverkehrsmaßnahme, ohne die es in unserem Großraum keine Verkehrslösung geben wird, stellt. Nun, nachdem die SPÖ und die ÖVP jetzt einen dringlichen Antrag, der also gleichlautend in die selbe Richtung geht, kann ich sagen für meine Fraktion, dass wir den Anträgen die Dringlichkeit geben werden, allerdings würde es besser sein, wenn man sich also auf dieser Vorlage, die gestern im Bau- und Raumordnungsausschuss und heute dem Gemeinderat vorgelegt wurde, einigt und dann würden wir uns die Diskussion über die Dringlichkeit und diese Anträge ersparen. Eine Zusatzbemerkung für meinen Klub möchte ich zum Antrag vom Kollegen Mayr, der den ÖVP-Antrag eingebracht hat, sagen, also wir stimmen dem bis auf den Untertitel Südgürtel zu, der Dringlichkeit und dem Antrag (*Applaus KPÖ*).

GR. **Perissutti**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich zur Dringlichkeit vom vorliegenden dringlichen Antrag des Kollegen Mayr zu Wort. Beim Durchlesen des vorliegenden dringlichen Antrages versuchte ich draufzukommen, um was es der ÖVP in der derzeitigen politischen Situation eigentlich wirklich geht und es passt auch ganz gut zum vorhergehenden Thema, es geht aus meiner Sicht Ihnen darum, durch populistische Aussagen von den eigentlichen jüngsten Erfolgen abzulenken und so zu tun, als ob es Schuld der SPÖ

war, das bisher in der Verkehrsinfrastrukturfrage nichts weitergegangen ist. Ich will jetzt kein Nachlese der ÖVP-Wahlschlappe und deren Gründe machen, aber ich glaube, dass durchaus die schlechte Verkehrsinfrastrukturpolitik der letzten Jahre dazu beigetragen hat. Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Kollege, du unterliegst einem Trugschluss, wenn du meinst, es geht nichts weiter in der Frage S-Bahn, denn das Gegenteil ist der Fall. Erst durch die meiner Ansicht nach taktisch kluge Thematisierung, kurz vor dem roten Gipfelgespräch zwischen Land und Bund konkret Infrastrukturprojekte für die Stadt Graz einzufordern, ist es Walter Ferk gelungen, in der Verwirklichung der S-Bahn-Lösung für Graz einen entscheidenden Schritt weiterzukommen. Denn Faktum ist, für den 5.3.2007 ist bereits ein neuer Termin in Sachen S-Bahn mit Infrastrukturminister Faymann in Graz geplant und da kommt es, und da nehme ich euch auch ein bisschen in die Pflicht, auf die ÖVP an, es kommt nämlich auch eine große Aufgabe auf euch zu, denn bis dorthin muss Frau Landesrätin Edlinger-Ploder in der Detailplanung Gas geben, sonst bleibt das S-Bahn-Projekt ein, wie von dir absolut richtig zitiert, aber in einem anderen Zusammenhang, ein sehr junges Projekt, für das es noch keine Detailpläne gibt. Denn diese vorzulegen, ist Aufgabe von eurer Landesrätin Edlinger-Ploder, denn außer einer lapidaren Projektvorstellung und Kostenaufstellung von mehreren Milliarden, ich empfehle Ihnen diesbezüglich die Tischunterlage, war diesbezüglich noch nicht viel zu hören. Aus diesem Grund ersuche ich im Interesse der Grazerinnen und Grazer sowie der Pendlerinnen und Pendler, und meine Damen und Herren, ich spreche hier von 38.000 betroffenen Personen pro Tag, ich fordere Sie auf, Kollege Mayr, in den eigenen Reihen Gas zu geben, damit das Projekt S-Bahn endlich in Bewegung kommt und nicht den Fehler immer bei den anderen zu suchen, zumal seit es einen roten Landeshauptmann gibt, einen roten Infrastrukturminister gibt, plötzlich etwas weitergeht, denn in all den Jahren schwarzer Verantwortung in Land und Bund ist bei weitem nicht so viel auf Schiene gebracht worden wie in jüngster Zeit (*Applaus SPÖ*).

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Du hast nicht aufgepasst.***

GR. **Perissutti**: Es wurde versagt, verschleppt und verschlafen. Ich bin aber zuversichtlich, denn erst wenn einmal, und da sind wir jetzt eh beim Bürgermeister, ich bin zuversichtlich, wenn erst einmal in Graz Walter Ferk Bürgermeister ist, dass auch in Graz was weitergehen wird. In der Zwischenzeit bleibt mir nur übrig, an Sie, werte Kollegen der ÖVP, bleibt ruhig, entspannt euch und schaut gelassen in die Zukunft.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: War das eine Pflichtwortmeldung?.*

GR. **Perissutti**. In der Zwischenzeit bleibt mir nur übrig, an Sie, werte Kollegen der ÖVP, zu appellieren, gemeinsam für Graz Probleme zu lösen, statt in jeder Sitzung den gleichen Antrag zu stellen, aber da nicht nur Papier, sondern auch die SPÖ in Graz geduldig mit Ihnen ist, stimmen wir der Dringlichkeit des vorliegenden Antrages zu. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Also, irgendwie muss man sich fast überlegen, ob man nicht für solche Formen der Sitzung und Diskussion ein Schmerzensgeld kriegt. Das wäre vielleicht wirklich überlegenswert.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das beruht aber schon auf Gegenseitigkeit.*

GRin. **Binder**: Wir haben keinen Antrag gestellt, weder zur S-Bahn, bei uns wäre es aber berechtigt gewesen...

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Die Wortmeldung.***

GRin. **Binder:** ...und da komme ich jetzt gleich zum Kollegen Mayr, der einen Gefälligkeitsantrag stellt für seinen Stadtrat. Also da gibt es einen Stadtrat, Herrn Rüschi, der hat das größte Ressort zu verwalten, Planung und Verkehr und Grünraum, und ich kann mich erinnern, jedes Mal, wenn er angesprochen wurde auch von unserer Seite oder von meiner Seite, hat es immer geheißen, wird schon gemacht, es ist alles in Arbeit und so diese Ungeduld von meiner Seite ist auch immer negativ aufgefasst worden und der Herr Stadtrat Rüschi, lieber Gerhard, du hast mir immer vermittelt, dass du unheimlich drauf bist auf diesen Sachen, daher verstehe ich jetzt zum Beispiel überhaupt nicht, warum es eines Gefälligkeitsantrages des Herrn Kollegen Mayr, lieber Peter, bedarf. Ich denke, es ist doch die Aufgabe, die ihr euch gestellt habt, politische Aufgabe, verkehrspolitische Aufgabe zu Beginn eurer Regierungszeit und jeder normale Bürger, jede normale Bürgerin geht davon aus, dass ihr diese Aufgaben erledigt (*Applaus GRin. Rücker*). Ein anderer Aspekt zu euren dringlichen Anträgen. Seit geraumer Zeit wird hier im Haus diskutiert, das nicht nur der Gemeinderat verkleinert werden soll oder die Stadtregierung verkleinert werden soll, sondern es wird auch diskutiert darüber, dass wir bitteschön weniger Anträge stellen sollen, weniger Anträge, weniger dringliche Anträge, bitte überprüft heute, wie viele Anträge gerade eure Fraktion stellt.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Nur wichtige.***

GRin. **Binder:** Na komm, sei nicht so unwitzig. Wichtige. Gut, also ok. Es ist wie eine Faschingssitzung, also unangenehm zum Teil. Jetzt im Ernst. Es ist nicht lustig, wenn man Demokratie, Rederecht, Antragsrecht beschränken möchte, vor allem für Parteien, die in der Opposition sind und die ihr das betreibt, nutzt schamlos das aus. Ich möchte zur ÖVP nur Folgendes sagen, lieber Peter, du schreibst auf der ersten

Seite, wie enttäuschend das Gipfelgespräch, das Ergebnis des Gipfelgesprächs war und die längst vertraglich fixierten Projekte Koralmtunnel und Semmeringtunnel wurden im Großen und Ganzen bestätigt. Mensch, ich kann mich erinnern, wie die damalige Landeshauptfrau Klasnic sich als heilige Barbara feiern hat lassen, wie beim Semmeringtunnel da ein bisschen etwas weitergegangen ist und dann hat es geheißen...

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Waltraud-Stollen.***

GRin. **Binder:** Genau, der Waltraud-Stollen und ihr wart am Ruder, ihr hättet die Möglichkeit gehabt, der SPÖ zu zeigen, wie ihr es drauf habt mit dem öffentlichen Verkehr und nichts ist weitergegangen, gar nichts und jetzt macht euch wieder so gegenseitig die Vorwürfe. Also, kurz und gut, wir stimmen zwar der Dringlichkeit zu, weil wir Grüne seit 20 Jahren bitte einfordern, dass der Großraum Graz mit einer Stadt-Regional-Bahn dringlich zu versehen ist. Aus der Stadt-Regional-Bahn ist jetzt die S-Bahn geworden, der Dringlichkeit stimmen wir zu, über den Inhalt werden wir noch diskutieren und ganz und gar nicht stimmen wir dem Südgürtel zu.

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Erfolge am 9.2., also es kann sich weder in den Medien noch sonst im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern kann sich irgendjemand erinnern, dass da irgendein Erfolg eingefahren worden wäre, ich bin sehr gespannt, wenn es doch noch zu Erfolgen kommen sollte zum Unterschied von anderen Infrastrukturprojekten, die man heute diskutiert haben, war es am 9.2. beim Verkehrsgipfelgespräch so, dass man dort zurückgerudert ist. Wir hatten nämlich, liebe Kollegin Binder, beim Thema Koralm und Semmeringtunnel waren wir in der letzten Periode schon eine Spur weiter, dann am Anfang dieser Regierungsperiode gab es dann einen kleinen Rückschlag und den hat man versucht...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Der Semmering war tot.*

GR. **Mayr:** ...bei dem Gipfelgespräch gerade noch aufzuholen, aber von allen anderen Dingen war hier überhaupt keine Rede. Zurück noch einmal kurz zur Staatspolitik. Also ich glaube, der Vorwurf ist wirklich nicht gerechtfertigt; in welcher Gemeinderatsperiode der letzten 100 Jahre sind drei Straßenbahnverlängerungen, die namhaft sind, in Angriff genommen worden?

*Zwischenruf GRin. Binder: Die waren ein Geschenk für euch.*

GR. **Mayr:** Also das muss ich schon noch einmal sagen. Die sind uns nicht in den Schoß gefallen, die sind in dieser Periode verwirklicht worden, muss man allen danken, die daran beteiligt waren, aber so ist es einmal. Zur Dringlichkeit vom Gemeinderatskollegen Klubobmann Herper, natürlich stimmen wir der Dringlichkeit zu. Es wird dann von unserer Seite noch eine Anmerkung zu dem Thema regionext geben, da sind wir nicht einer Meinung, aber das ist dann in der Diskussion um den Inhalt der Anträge. Danke (*Applaus ÖVP*).

*Die Dringlichkeit des ÖVP-Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages wurde einstimmig angenommen.*

GR. **Trummer:** Geschätzte Damen und Herren! Es ist auch hier bei diesem Stück sehr bedauerlich, dass zwei meiner Vorredner, der Kollege Perissutti, die Kollegin

Binder so wichtige Projekte sozusagen schon vom Beginn an wieder anfangen sie zu zerreden und eben in die politische Richtung zu bringen, nur als Einleitung. Aber gestatten Sie mir, dass ich von den angeführten Punkten im dringlichen Antrag des Kollegen Mayr, die natürlich allesamt sehr wichtig sind und auch der dringliche Antrag des Kollegen Karl-Heinz Herper, dass ich aber zwei Punkten, dem Bau des Südgürtels und dem Bau des Ostknotens besondere Bedeutung schenken möchte und daher auch vom Zeitfaktor sozusagen ein bisschen zurückgreifen muss, damit man sich auch wiederum der zeitlichen Dimension, aber vor allem der Dringlichkeit dieser Projekte bewusst wird. Meine Damen und Herren, mit Beschluss vom 4.7.1997 hat sich der Stadtsenat, basierend auf der von der Bundesstraßenverwaltung vorgelegten Variantenuntersuchung im Bereich des äußeren Südgürtels ohne Gegenstimme für eine Realisierung der Variante C 3, das ist noch einmal die Verbindungsstraße von der Puntigamer Brücke zum bestehenden 3. Südgürtel in Unterflurbauweise ausgesprochen und ausgehend vom Vorprojekt 1998 wurde durch Gemeinderatsbeschluss vom 12.11.1998 der Auftrag zu konkreten Einlöseverhandlungen mit dem Eigentümer der Grundstücke im Anschluss an die Puntigamer Brücke erteilt und damit unterstreicht die Stadt Graz gegenüber dem zuständigen Bundesministerium ihre ernsthaften Bemühungen für eine Realisierung. So, meine Damen und Herren, in kurzen Worten zusammengefasst habe ich einen Teil meiner Wortmeldung am 3.12.1998 bei der Gemeinderatssitzung hier im Gemeinderatssitzungssaal begonnen. Und da der letzte Beschluss zum Weiterbau dieses Gürtels wiederum 1991 gefasst wurde, lassen Sie mich kurz zurückblicken, geschätzte Damen und Herren hier im Sitzungssaal. Dem vorangegangen, aus dem Jahre 1991 ist eine 20jährige Diskussion bezüglich der Trassenführung, der Finanzierung, und das ist heute schon angesprochen worden, ein viermaliger MinisterInnenwechsel, jeweils eine Zusage und letztlich hat auch das, gemäß dem Steiermärkischen Bundesstraßenübernahmegesetz von 2002, den Ausbau wiederum verzögert und den Baubeginn wieder um weitere zwei Jahre nach hinten verschoben. Und dieses Verzögerung, wie ich meine, diese Hinhaltenaktik wurde, und darüber bin ich heute sehr erfreut, in diesem Rahmen schaut es eigentlich nicht mehr so aus, das wurde damals beinahe von der gesamten Stadtregierung und vom gesamten Gemeinderat nicht zur Kenntnis genommen diese Frotzerei und daher wurde auch der dringliche Antrag, den ich am 24.10.1996 eingebracht habe bezüglich den Bau des Südgürtels mehrheitlich angenommen. Und am 29.11.1996 haben wir in

Liebenau mit Freunden und Mitbürgern die Puntigamer Brücke für zwei Stunden blockiert und wir haben, meine Damen und Herren, blockiert, damit etwas weitergeht und es ist etwas weitergegangen, weil wir gemeinsam aufgetreten sind. Zumindest, was dann die Trassenführung und die Bauweise betrifft, denn was vorher, und das vergessen wir immer, als offene Bauweise geplant war, ist es uns doch gemeinsam gelungen in diesem Hause und auch mit den Bezirksrat, aber auch mit Vertretern des Landes und des Bundes, die ja uns allen bekannte Trasse C 3, diese Verbindung eben von der Puntigamer Brücke bis zum Liebenauer Gürtel als abgedeckte Trogvariante zu bekommen, zu sichern, beziehungsweise durchzusetzen. Und wie ich das schon einige Male formuliert habe und das geht auch an die Adresse der Grünen und der KPÖ, anstatt einer Autobahn erstreckt sich im Bezirk ein Grüngürtel und es ist eben auch daher am 3.12.1998 zum Beschluss von Bausperreverordnung durch den Gemeinderat für die C3-Variante gekommen. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, und der in weiterer Folge versprochene Baubeginn des Südgürtels, wissen wir dann, von 2003 wurde auf 2006 bis 2007 verschoben und daher haben wir wieder gemeinsam mit Freunden die Puntigamer Brücke blockiert und verlangt, dass der Bau des Südgürtels vordringlich eingestuft wird. Tatsache, meine Damen und Herren, Fakt ist aber, Kollegin Binder und lieber Freund von der KPÖ, Fakt ist, dass sich nach wie vor 35.000 Kraftfahrzeuge täglich von einer vierspurig ausgebauten Autobahn, wenn Sie so wollen, oder einem ausgebauten Teil bis zur Puntigamer Brücke müssen sich dann 35.000 Kfz durch eine zweispurige kurvenreiche Straße quälen und bis 2012 sollen es bis zu 40.000 sein. Das wäre gar nicht noch so schlimm, aber es müssen, und das ist der Wahnsinn an der Geschichte, zirka 10.000 Kfz, und bis 2012 werden es 15.000 Kfz sein, weil diese auf dieser zweispurigen Puntigamer Brücke oder beziehungsweise Puntigamer Straße nicht mehr aufgenommen werden können, müssen auf Schleichwegen durch reines Siedlungsgebiet in Richtung Liebenauer Hauptstraße und weiter dann nach Hausmannstätten oder eben noch weiter in den Süden kommen.

Geschätzte Damen und Herren, das ist unzumutbar, helfen Sie uns, helfen Sie den Liebenauerinnen und Liebenauern, dass dieses Katz-und-Maus-Spiel ein Ende hat und der weitere Fahrplan zum Bau des Südgürtels eingehalten wird, nämlich Baubeginn 2009, der Ausbau des Ostknotens, das ist die zweite Auffahrt beim Magnawerk und insofern sehr wichtig, ist uns auch hundertprozentig zugesagt worden und zwar für das Jahr 2004, bevor die Produktion des BMW X 3 in

Produktion geht, wird es gebaut, es sind 100 Millionen Schilling bereitgelegt gewesen, wie wir wissen, ist nicht gebaut worden. X3 ist produziert worden, es ist auch in diesem Bereich unzumutbar, wir sind froh, dass wir in dem Unternehmen fast 10.000 Leute beschäftigt haben, aber man muss dort auch das Umfeld betrachten, die Anlieferung der Lkw das schafft einfach die eine Auffahrt nicht mehr und zweitens wäre der Ostknoten insofern wichtig, weil der ganze Schwerverkehr, der ganze Hofer-Verkehr, der von Hausmannstätten raufkommt, auch die Liebenauer Hauptstraße und die gesamte Stadt letztlich entlasten würde, weil sie eben schon am Ostknoten auffahren. Um diese Unterstützung bitte ich Sie und ich bitte auch noch einmal zu überdenken bei der KPÖ, bei den Grünen ist es mir eher verständlich, Straßenbauen ist nicht eure Sache, obwohl es für 10.000 Menschen wichtig ist, aber ich bitte doch um die Annahme dieses dringlichen Antrages (*Applaus ÖVP*).

***Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Aber wenn ich so lange fahre, wie du gesprochen hast...***

GRin. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Ich versuche, es kürzer zu machen und mehr auf die kommunalen Aspekte zu konzentrieren, zu lange und zu viel sollte man eigentlich in der Oberliga nicht spielen, wenn man hier im Gemeinderat ist, das ist immer wieder so ein Problem, dass man natürlich die Neigung hat und die Leidenschaft, dort mitzuspielen, aber man tut es nicht und dabei sollten die Hausaufgaben nicht zu kurz kommen. Ob nämlich dieses Gipfelgespräch am 9. Februar 2007 zwischen Bundeskanzler Gusenbauer und Landeshauptmann Voves von historischer Bedeutung war, werden wir erst in ein paar Jahren beurteilen können. Bei allem Respekt vor den Kurzfristbeurteilungen, die aus parteipolitischen Gründen immer irgendwie notwendig sind, wirklich beurteilen, ob die beiden einen guten und haltbaren Pakt geschlossen haben im Sinne des bisher benachteiligten Südens von Österreich, nämlich der Steiermark und Kärnten, werden wir erst in ein paar Jahren sehen, dann nämlich, ob wirklich Koralmtunnel und auch Semmeringbasistunnel realisiert sind oder eben auch nicht oder ob sie eben wieder, der Herr

Landeshauptmann Pröll, der das partout nicht will aus sehr eigennützigen Gründen, nachvollziehbar, aber es ist eine Schweinerei, man muss es auch immer wieder sagen, was er da macht, ist eine Schweinerei, das werden wir dann sehen. Ich möchte das Augenmerk des Gemeinderates auf einen zentralen Aspekt dieses Projektes S-Bahn Graz, Graz-Umgebung lenken und auch auf einen zentralen Aspekt hinsichtlich dieser beiden Großinvestitionen Koralmtunnel und Semmeringtunnel. Es ist nämlich nichts anderes, ganz schlicht und einfach, der Grazer Hauptbahnhof, auf den wir unser Augenmerk jetzt vermehrt in den nächsten Wochen und Monaten richten sollten. Aus einem ganz einfachen Grund, weil der Grazer Hauptbahnhof nun mal der Nabel all dieser Projekte ist. Die S-Bahn wird in die vier Windrichtungen gehen, Norden, Süden, Osten, Westen und der Grazer Hauptbahnhof wird im Zentrum stehen auch von Koralmtunnel und Semmeringbasistunnel. Es gilt also das zu machen, was uns der Herr Bürgermeister auch bei Bad Eggenberg empfohlen hat, nämlich den ersten Schritt zu gehen und der erste Schritt heißt, und so weit sind wir leider noch nicht, Kollege Mayr, soweit sind wir leider tatsächlich noch nicht, es geht darum in die Detailplanung zu kommen. Wirklich zu wissen in der Stadt Graz, was wir mit diesem Hauptbahnhof Graz wollen. Wir wollen, steht in unserem Papier, eine Nahverkehrsdrehscheibe. Das ist ein sehr hoher Anspruch, mit der Realisierung dieser Nahverkehrsdrehscheibe ist eine Größenordnung bis zu 100 Millionen Euro verbunden. Das werden wir uns nicht leisten, schon gar nicht alleine. Trotzdem muss der Anspruch Nahverkehrsdrehscheibe erhalten bleiben aus einfachen Gründen. Wenn das, was gestern Kollege Tropper, Dipl.-Ing. Tropper, der Chef der Verkehrsplanungsabteilung des Landes Steiermark, im Verkehrsausschuss berichtet hat, Wirklichkeit wird, und es schaut sehr danach aus, dass die maßgeblichen Kräfte im Land Steiermark die S-Bahn Wirklichkeit werden lassen in Graz, in der Steiermark, dann werden im Jahr 2016 rund 27.000 mehr Fahrgäste mit der ÖBB und der GKB fahren. Nur zum Vergleich, derzeit fahren rund 35.000 Fahrgäste damit täglich, also eine gewaltige Steigerung. Diese Fahrgäste müssen nicht nur vom Hauptbahnhof Graz wegtransportiert werden, vornehmlich mit der Straßenbahn, sondern natürlich auch von den anderen Nahverkehrsknoten Gösting, Webling, Puntigam, aber der allergrößte Teil wird am Hauptbahnhof stehen und das stellt den Grazer Nahverkehr, den innerstädtischen Verkehr vor völlig neue Herausforderungen. Denen sollten wir gewachsen sein, denn sonst sind wir in der peinlichen Situation, dass die Fahrgäste

zwar mit der ÖBB und der GKB ankommen, aber nicht vom Hauptbahnhof wegtransportiert werden können. Gott sei Dank ist, wie gesagt, sowohl der Hauptbahnhof als auch der Straßenbahnausbau Teil des Projektes S-Bahn. Es hat sich vielleicht auch noch nicht herumgesprochen, also es geht nicht nur um diese Äste rund um Graz, sondern es geht auch um den innerstädtischen Verkehr, auch das Land Steiermark anerkennt selbstverständlich, dass es auch um die Straßenbahnen und den Straßenbahnausbau in Graz gehen muss, sonst funktioniert nämlich dieses System S-Bahn ganz einfach nicht und trotzdem hat die Stadt Graz die verdammte Pflicht, sich über den Hauptbahnhof städtebaulich und verkehrsplanerisch Gedanken zu machen. Nicht nur aus diesem Grund, schauen wir uns doch den Eggenberger Gürtel an und den Bahnhofgürtel, dort werden bald 50.000 Fahrzeuge täglich verkehren. Im Moment sind es 43.000/44.000, bald haben wir 50.000, das ist mit dem Glacis die hauptfrequentierteste Straße in Graz. Der Verkehr droht dort zusammenzubrechen. Insbesondere in der Mischung zwischen öffentlichem Verkehr und Individualverkehr. Wir können da die Augen nicht zumachen, wir müssen zu einer Entscheidung kommen, wir müssen in die Detailplanung kommen, um in Vorlage zu gehen, um das Land Steiermark auch ein Stück weit, soweit es uns halt geziemt, unter Druck zu setzen, was die weiteren Planungsschritte der S-Bahn betrifft, die hoffentlich im Doppelbudget 2007/2008 auch mit jeweils einer Million Euro berücksichtigt sind. Warum noch? Wir wissen, dass der Hauptbahnhof genau durch diese Frequenzen zu einem spannenden Standort für den Einzelhandel wird, mit einer konkreten Planung haben wir es unmittelbar zu tun, es werden weitere folgen. Es werden weitere Verkehrserreger im Umfeld des Hauptbahnhofes Graz entstehen, auch deshalb müssen wir uns zu einer verkehrlichen Neuregelung, zu einer baulichen Neuregelung am Hauptbahnhof durchringen und entscheiden. Ich glaube eben nicht, dass dieses jetzt anstehende Einkaufszentrumsprojekt und seine verkehrliche Bewältigung zu trennen ist vom S-Bahn-Projekt. Wir würden uns schlicht und einfach blamieren, wenn wir jetzt eine Investition tätigen, die dann in fünf Jahren wieder nicht aktuell ist und neuerlich investiert werden muss. Genau das ist es, was die Grazerinnen und Grazer zur Recht provoziert und zu Recht kritisieren, nämlich dass es Baustellen in Serie gibt. Wenn man schon einmal aufreißt und es wird wahrscheinlich eine Unterführung sein müssen, nämlich des Eggenberger Gürtels beziehungsweise des Bahnhofgürtels, dann soll man es wenigstens nur einmal machen und dann gescheit und zwar unter

städtischer Federführung und nicht unter Federführung des Landes Steiermark, das eigene Aspekte hat. Das ist ein wesentlicher Teil des Herzens der Stadt Graz, dort dürfen wir uns die Planungshoheit nicht nehmen lassen. Ein letzter Aspekt, auch durch den Ausbau im Fernverkehr, wiederum initiiert durch den Semmeringbasistunnel und durch den Koralmtunnel, wird es zu einer erhöhten Frequenz am Hauptbahnhof kommen, auch deshalb ist es notwendig, dass wir hier mit den Planungen, nämlich mit den Detailplanungen spätestens jetzt beginnen und bald zu einem Beschluss kommen, zu einer Einigung kommen, mit der wir dann in konkrete Verhandlungen, was diesen Nabel des S-Bahn-Projektes betrifft, gelangen können, sodass dieser Nabel nicht zum Nadelöhr wird. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

GR. **Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Herren Antragsteller, geschätzte Damen und Herren! Ich bin, glaube ich, heute nicht der einzige, der bemerkt, auch hier öffentlich bemerkt, dass mal wieder zwei sehr ähnlich lautende Anträge von den zwei größten Fraktionen hier vorliegen und ich möchte auch ganz kurz eingehen, so im Hinwegstreuen meine Verwunderung darüber zum Ausdruck zu bringen. Es kommt mir schon ein bisschen komisch vor. Inhaltlich anschließen möchte ich an diese sehr seriöse Stellungnahme von Herrn Dr. Getzinger, der sich mit einem Detail beschäftigt, ich möchte mich auch mit einem Detail beschäftigen und organisatorisch werde ich vielleicht eher mich argumentativ anlehnen am Antrag von Herrn Klubobmann Herper, da mir dieser ein bisschen logischer aufgebaut erscheint, das mag vielleicht auch daran liegen, als zwischen diesem Südgürtel und einer S-Bahn für mich doch ein gewisser Unterschied besteht. Der Herr Klubobmann Herper schreibt, beziehungsweise spricht daher von einem unmittelbaren Einzugsgebiet und einem erweiterten Einzugsgebiet, das jeweils eine gewisse relativ große Anzahl von Menschen betrifft. Jetzt muss ich sagen, beide Anträge beschäftigen sich mit einem großen Ding und beide Anträge beschäftigen sich auch mit etwas, das gebaut werden sollte. Ich möchte zu einem eher kleineren Ding hingehen, das nicht unbedingt gebaut werden muss. Und da komme ich jetzt wieder auf dieses unmittelbare Einzugsgebiet und auf dieses erweiterte Einzugsgebiet zurück und möchte Folgendes ausführen: Wenn Sie sich vorstellen

eine Luftbildaufnahme unserer Stadt Graz, so werden Sie bemerken, dass, wenn Sie die Stadtgrenzen einzeichnen, sich dieses Luftbild geographisch nicht mehr mit dem Ende des Ballungsraumes decken. Diese Zone, die so im Schnitt an die, je nach Stadt, aber überall feststellbar, zwischen 10, 20, 30 Kilometer breit sein kann, nennt man, oder ich nenne es so, Agglomerationsraum, es gibt auch andere, die das so nennen, um mit diesem Detail möchte ich mich jetzt ganz kurz beschäftigen. Es ist so, dass das ein international wahrnehmbares Phänomen ist bei allen Städten und überall auch ähnliche Probleme verursacht, weil Menschen dort wohnen und in die Kernstadt hineinpilgern um zu arbeiten, einzukaufen und Kernstadtfunktionen einfach zu nutzen. Mit diesen großen Ideen, die wir hier in diesen beiden Anträgen, denke ich, auch zu Recht verfolgen, laufen wir aber Gefahr, dieses kleine Detailproblem zu übersehen, das in Graz tatsächlich massiv besteht. Wenn ich in diesem Agglomerationsraum draußen wohne und in die Stadt hinein will, dann fährt mein letzter Bus um 20.00 Uhr, meine Damen und Herren. Und mit diesem Detail sollten wir uns wirklich in Zukunft näher auseinandersetzen und auch im Zusammenhang mit einem Wort, das auf der Seite 1 des Antrages des Herrn Klubobmanns steht, nämlich interkommunaler Finanzausgleich (*Applaus SPÖ*).

***StRin. Kahr übernimmt um 17.40 Uhr den Vorsitz.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne zwei Dinge nennen und zwar hat mich ein bisschen die Wortmeldung von der Kollegin Sigi Binder durchaus etwas beschäftigt, nämlich der Hinweis, das Ganze ist ein Gefälligkeitsantrag für mich. Ich möchte gerne dazu sagen, wie immer auch die Stimmung ist und wie immer auch das hier ein verschiedenes Geplänkel sein soll über Zuständigkeiten auf der Bundesebene. Ich denke für die Stadt Graz sind die Anträge wirklich essentiell und ich möchte das an ganz wenigen Bemerkungen einfach erläutern. Zunächst einmal gibt es meines Wissens von der Stadt Graz bisher keine Äußerung zur Bedeutung der Koralmbahn für die Stadt. Nachdem die Koralmbahn für die Stadt Graz aber sehr, sehr wichtig ist und darüber entscheidet, ob dann gemeinsam mit der

Semmeringbahn Graz weiter an dieser wichtigen transeuropäischen Linie liegt oder nicht, ist es, denke ich, durchaus Zeit, dass sich auch der Gemeinderat der Stadt Graz positiv und produktiv zu dieser Bahn auswirkt, und wie gesagt, es ist das erste Mal; aus diesem Grund denke ich, ist der Antrag sehr, sehr wichtig. Es gibt einen zweiten Grund, und das ist die S-Bahn. Auch hier, ohne irgendwelche Ereignisse in der Vergangenheit zu kritisieren oder zu belächeln, wie auch immer, Tatsache ist jedenfalls, dass in mehreren Schritten von der Steiermärkischen Landesregierung Zeichen gesetzt worden sind, die es bisher nicht gegeben hat. Ich darf mit der Kollegin Christina Edlinger-Ploder beginnen, sie hat ihre Abteilung beauftragt, erstmals ein schlüssiges Konzept und Vorprojekt zur S-Bahn vorzulegen. Das ist geschehen, nicht nur durch die Abteilung 18a, sondern auch in gemeinsamer Arbeit mit unserer Verkehrsabteilung. Das schöne Ergebnis dabei ist, dass es sich nicht um einen Ausbau der S-Bahn handelt, sondern dass wichtige, Günter Getzinger hat es schon gesagt, wichtige städtische Projekte dabei sind, da ist der Ausbau des Nahverkehrsknotens Hauptbahnhof dabei, es ist die Süd-West-Linie dabei, die so dringend benötigt wird, nach Straßgang. Es ist die Nordwest-Linie nach Gösting dabei gemeinsam mit dem Nahverkehrsknoten in Gösting und es ist auch die Innenstadtentflechtung dabei. Diese Projekte sind Teil des S-Bahn-Projektes gemeinsam zwischen beiden Verwaltungsabteilungen erarbeitet und gestern im Ausschuss bei uns vorgestellt. Weiters sind wir gestern informiert worden und das ist der Dank an die gesamte Steiermärkische Landesregierung, dass es einen Grundsatzbeschluss gegeben hat im Jänner dieses Jahres, dass dieses Projekt mit großer Priorität voranzutreiben ist und die Steiermärkische Landesregierung hat insgesamt für das Verkehrsressort zwei Millionen Euro vorgesehen, eine Million für heuer, eine Millionen für nächstes Jahr, um dieses Projekt weiter zu planen. Ich denke, hier gilt dasselbe wie für den Südgürtel, für den sich die Vertreter und Vertreterin von Liebenau selbstverständlich besonders einsetzen. Wir waren noch nie so weit bei diesen Projekten. Ich möchte auch ganz kurz erläutern, wie wichtig die S-Bahn für die Stadt Graz ist. Wir haben im Raumordnungsausschuss inzwischen schon vier Bebauungspläne, vier Bebauungspläne, die wir nicht beschlossen haben und zwar deshalb, weil wir davon ausgehen, dass die Bebauung von diesen Gebieten in der Umgebung zu nicht lösbaren Verkehrsproblemen führt. Wir haben jeden Tag zwischen 100.000 und 120.000 Pkw, die über die Stadtgrenze nach Graz kommen. Wenn wir diese S-Bahn nicht bauen, dann wird die Stadt Graz in der

Stadtentwicklung an nicht überschreitbare Grenzen stoßen. Wir werden kein einziges Bauprojekt am Stadtrand freigeben können. Die S-Bahn ist aus meiner Sicht für die weitere Entwicklung der Stadt Graz lebenswichtig (*Applaus ÖVP und SPÖ*). Aus diesem Grund bin ich ebenfalls sehr froh, wenn hier dieser Antrag gestellt wird und hoffentlich auch durchgeht. Zum Abschluss noch zum Nahverkehrsknoten. Ich habe schon erwähnt, dass dieser Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof mit in dem S-Bahn-Projekt enthalten ist, ich denke, wir sind hier wirklich an einem Punkt angelangt, wenn wir da einen Schulterschluss über alle Parteien machen und gemeinsam beim Land und auch beim Bund auftreten, dann haben wir wahrscheinlich noch nie so gute Chance wie jetzt gehabt, bei diesen Projekten weiterzukommen und sie tatsächlich einer Realisierung zuzuführen.

*StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.*

GRin. **Binder**: Lieber Herr Stadtrat Rüscher, das war eine sehr gelungene und sehr motivierende Redeübung, denn wen willst du den jetzt noch zusätzlich überzeugen, dass die S-Bahn wichtig ist für Graz? Ich glaube, keiner, niemand da herinnen wird das in Zweifel stellen. Ganz im Gegenteil, ich kann mich gut erinnern, dass ich eingestiegen bin in diese Gemeinderatsarbeit genau mit diesem Thema und ich weiß, wie schwierig es ist für eine Frau, die mit Verkehrsplanung bis zu diesem Zeitpunkt nicht viel zu tun gehabt hat, auch Gehör zu finden. Aber es war so. Ja, es gibt ja schon die Beschlüsse, Prioritätenliste, was den öffentlichen Verkehr betrifft und wir brauchen nicht fünf, sechs, sieben Beschlüsse fassen. Es gibt den Beschluss die Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof, die ist in der Prioritätenreihe ganz vorne. Es gibt den Beschluss der Entlastungsstrecke Herrengasse, wir wissen nur noch immer nicht und das seit vier Jahren, wo denn jetzt die Entlastungsstrecke gehen soll, das ist überhaupt nicht klar. Wir kennen die sehr profunde Arbeit des Herrn Hüssler diesbezüglich, was den öffentlichen Verkehr, den Ausbau des Beschleunigungsprogramms, Busspuren usw. betrifft, das kennen wir. Ich bin immer davon ausgegangen, dass das der Grundkonsens in unserer Stadt ist und es ist uns

bewusst, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die S-Bahn hinzukriegen. Dass es jetzt unbedingt dieser Anträge bedarf von Kollegen Mayr und dann natürlich von der SPÖ folgend, das wird mir die beste Redeübung nicht heute einreden können. Ich habe hier eine Meldung von der Kleinen Zeitung 13. 9.2005, da zitiere ich dich, Herr Stadtrat Rüschi, wo du schon 2005 sagst, wie ernsthaft du das mit der Straßenbahn auf Bahnschiene jetzt angehen wirst, also ich bin immer davon ausgegangen, wenn du gesagt hast, mach ich schon und machen wir schon, bin ich davon ausgegangen, dass du es tust. Also noch einmal, wozu dann diese Anträge?

GR. **Mayr:** Vielleicht noch einmal, natürlich, und ich habe das am Beginn meines Antrages auch erwähnt, wir sind jetzt wirklich in einer Phase in der Verkehrspolitik, wo wir in der Stadt Graz, aber auch auf der Ebene des Landes einen absolut weitgehend breiten Konsens über die Projekte, die zu realisieren sind, haben. Woran es vielleicht noch etwas hapert, ist die Umsetzung und da tun wir auf der Seite der Stadt sehr viel, aber alles liegt nicht nur an der Stadt und an den Finanzen der Stadt, ganz im Gegenteil, wir sind darauf angewiesen, auf die Mithilfe, auf die Mitfinanzierung, auf die Mitplanung auf Landesseite und schlussendlich natürlich auch der Bundesseite und das ist das Ziel der Anträge heute, das kann man und muss man in der Phase auch oft genug sagen. Ich glaube abschließend, dass wir uns alle einig sind, dass wir keine neuen Showgipfel zu diesen Themen brauchen, auch keine Gipfel, wo die wahren Erfolge der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben werden, sondern dass wir jetzt endlich wirklich die Umsetzungsschritte brauchen. Ich bin überzeugt davon, dass wir mit dem S-Bahn-Projekt und mit den Arbeiten, die hier schon im Vorfeld passiert sind, natürlich schon mitten in der Konzeptphase sind und im Konzept natürlich schon gewisse Detailprojekte zu erkennen sind und dass bis zu den nächsten Gesprächen, Stadt-Land-Gesprächen, hier die entsprechenden Detailpläne auch vorliegen werden. Also, abschließend noch einmal, mein Dank für die Zustimmung, ich hoffe, auch für den Südgürtel, der ein wirklich wichtiges Projekt in der Straßeninfrastruktur darstellt, aber darüber hinaus hoffe ich auch, dass wir eben keine Showgipfel, sondern wirklich Gipfel erleben werden in naher Zukunft, die uns bei der Finanzierung Schritte weiterbringen. Danke (*Applaus ÖVP*)

GR. **Herper**: Lieber Gerhard Rüschi, Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und bündig. Alle sachlichen und wesentlichen Argumente hat Gerhard Rüschi geliefert, warum S-Bahn, warum sie dringend notwendig ist, warum sie gebaut werden muss. Ich erwarte mir mit dem Kommen des Infrastrukturministers Werner Faymann Mitte März genau dieselbe Deutlichkeit und Klarheit in der Endkonsequenz wie für Koralm- und Semmeringtunnel vor wenigen Tagen für Graz und für die Grazer Bevölkerung. Was die Infrastrukturmaßnahmen für die Großregion Graz betrifft und ich hoffe auch, dass alle wesentlichen Verantwortungsträger von Stadt, Land und Bund gemeinsam diese Entscheidungen für Graz fällen, und deswegen war dieser Dringliche notwendig. Danke (Applaus SPÖ).

*Der Dringlichkeitsantrag von GR. Mayr wurde mit Mehrheit angenommen.*

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Wir wünschen getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 des SPÖ-Antrages.

*Der Punkt 1) des Dringlichkeitsantrages von GR. Herper wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Der Punkt 2) des Dringlichkeitsantrages von GR. Herper wurde mit Mehrheit angenommen (25 : 20).*

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.*

## 5) Roma/Initiative auf EU-Ebene

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen heute zum zweiten Teil des Roma/Sinti-Antrages. Seit vielen Jahren sind bettelnde Roma in Graz eines der bestimmenden Themen – wobei die Stadt Graz in dieser Hinsicht kein Einzelfall ist, im Gegenteil. Der viel zitierte „starke Wirtschaftsraum“ EU wird in zunehmendem Maß mit einer immer stärker in Erscheinung tretenden Armut konfrontiert. Was seinen Ausdruck darin findet, dass in Staaten und Städten im EU-Raum sehr viele Menschen ihren Lebensunterhalt einzig und allein durch Betteln bestreiten können – vor allem Minderheiten wie Roma und Sinti sind davon betroffen.

Selbstverständlich wurden seitens der Stadt Graz bereits eine Reihe von Aktivitäten und Initiativen gesetzt, um den Roma Alternativen zum Betteln zu eröffnen. Faktum ist aber: Die Stadt Graz wird niemals in der Lage sein, eine solche Problemstellung auch nur ansatzweise zu lösen. Weder singuläre Beschäftigungsprogramme für bettelnde Roma durch die Stadt Graz, noch Hilfsaktivitäten durch die Stadt Graz in der Slowakei werden dazu geeignet sein, diese Gesamtproblematik – auch im Sinne vieler tausend Roma, die in extremer Armut leben – zu lösen.

Den auf Gehsteigen kauern den bettelnden Menschen zu begegnen, ist kein Graz-Spezifikum. Zumal auch die Stadt Graz nicht die einzige österreichische beziehungsweise europäische Kommune ist, die sich mit dieser Situation konfrontiert sieht, wäre es umso wichtiger, die Situation der Roma zum Thema von Städtebund, des Rats der Regionen und der EU insgesamt zu machen. Denn die Aufgabe eines vereinten Europa darf sich nicht darauf beschränken, den gemeinsamen Wirtschaftsraum zu stärken – vielmehr müssten auch sozialpolitische Fragestellungen, der soziale Frieden in den Mittelpunkt des Handelns eines vereinten Europa gerückt werden. So wie dies in begrüßenswerter Weise auch ein nicht zuletzt auf Initiative der SPÖ entstandenes überparteiliches Personenkomitee prominenter Grazerinnen und Grazer einfordert. Dieses Personenkomitee - ihm gehören unter anderem Bischof Egon Kapellari, Superintendent Ernst-Christian

Gerhold, Emil Breisach, Altlandeshauptmann Josef Krainer, Altbürgermeister Alfred Stingl, Präsident Franz Küberl, Pfarrer Wolfgang Pucher, Dr. Werner Tessmar-Pfohl, die ehemaligen Chefredakteure Fritz Csoklich, Josef Riedler und Kurt Wimmer an – bringt richtigerweise und sehr klar zum Ausdruck, dass diese Angelegenheit nur auf europäischer Ebene und in Zusammenwirken mit dem Staat Slowakei als EU-Mitglied gelöst werden kann.

Dieses Personenkomitee spricht das Grundproblem offen an und ich zitiere: „Bettelnde Menschen, die auf der Straße vor uns knien, werden von manchen als Ärgernis empfunden. Sie wecken auch Schamgefühl. Das Ärgernis wird aber nicht beseitigt, indem man die Bettelnden per Verbot aus dem Straßenbild entfernt. Beseitigt gehören die Ursachen der beschämenden Tatsache, dass die große Europäische Union bisher nicht in der Lage war, ihre größte Minderheit, nämlich die Roma und Sinti, rechtlich und sozial an den Grundwerten und Grundrechten dieser Gemeinschaft teilnehmen zu lassen.

Solidarität ist ein solcher Grundwert unserer europäischen politischen Kultur. Er muss auch für Minderheiten gelten, die in Staaten der EU unter unzumutbaren sozialen Bedingungen in extremer Armut leben.

Weil im ständig wachsenden neuen Europa nicht nur der Warenverkehr grenzüberschreitend sein soll, sondern auch die soziale Verantwortung, hat sich in Graz ein unabhängiges Personenkomitee mit einem besonderen Ziel konstituiert: Von der Menschenrechtsstadt Graz soll der Anstoß für eine österreichweite und gesamteuropäische Initiative ausgehen, durch konkrete Projekte die Lage von Minderheiten, die in Armut leben, zu verbessern“, so das Zitat.

Und in diesem Zusammenhang schlägt dieses Personenkomitee auch eine Reihe von Maßnahmen vor, damit auf der Basis der allgemeinen Menschenrechte Zeichen für eine internationale gesamteuropäische Solidarität gesetzt werden, die längerfristig auch dem „Armutstourismus“ ein Ende machen. Dazu gehören unter anderem:

- Die „Grazer Initiative“ ersucht die Europäische Union dringend, zielführende Maßnahmen zu setzen, um die Lebensbedingungen der Roma und Sinti entscheidend zu verbessern.
- Die „Grazer Initiative“ plant zur Bewusstseinsbildung einen international besetzten Kongress, der die Situation der Roma und Sinti als größte Minderheit in Europa beleuchtet und Wege für Projekte weisen soll, ihre gesellschaftliche Integration in Zukunft zu gewährleisten.
- Verbesserungen der sozialen Situation, vor allem der Roma und Sinti, in ihren Heimatländern mit konkreten Zeit- und Umsetzungsplänen. Dazu gehört vor allem, dass den Angehörigen dieser Minderheit der Arbeitsmarkt in den Ländern ihres Wohnsitzes besser zugänglich gemacht wird.
- Gewährleistung des Rechtes auf Bildung und Fortbildung für Angehörige aller Minderheiten.
- Vermeidung jeder Diskriminierung von Hilfe suchenden Menschen in Österreich. Dazu gehört auch, aus menschenrechtlichen und sozialen Gründen, der Verzicht auf ein generelles Verbot für Menschen, in öffentlichen Räumen Gaben zu erbitten.

Soweit das von diesem Personenkomitee vorgeschlagene Forderungs- und Maßnahmenpaket.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KollegInnen, der Gemeinderat der Stadt Graz wäre gut beraten, diese Positionierung zu unterstützen. Denn Betteln darf nicht, wie auch Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk und Finanzstadtrat Wolfgang Riedler gegenüber diesem Personenkomitee klar dargelegt haben, in einer Europäischen Union des 21. Jahrhunderts Lösung sein, um Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten zu lassen. Allerdings würde ein bloßes Bettelverbot ohne strukturelle Maßnahmen die Armut nicht bekämpfen, sondern nur verlagern, wie auch dieses Personenkomitee klar zum Ausdruck gebracht hat. Daher müssen auf zweierlei Ebenen Initiativen gesetzt werden: Über die Europäische Union muss - und Walter

Ferk hat das in seinem Schreiben an das Personenkomitee deutlich zum Ausdruck gebracht - muss die Slowakische Republik, aus der die meisten der in Graz bettelnden Roma stammen, aber auch jeder andere jetzige und künftige Mitgliedsstaat verpflichtet werden, rassistische Zugangssperren zum Arbeits- und Bildungsmarkt abzubauen und jeder Minderheit die gleichen Rechte einzuräumen wie dem Rest der Bevölkerung. Und bis diese Regelungen zu greifen beginnen, sollten reichere Länder – wie auch Österreich zum Glück eines ist – mit konkreten Projekten in deren Heimatländern den bisher noch Chancenlosen helfen, Erwerbs- und Ausbildungsquellen zu erschließen und damit das Betteln in Graz überflüssig zu machen.

Eine solche Positionierung bedarf natürlich einer breiten Basis, um auf EU-Ebene entsprechend Gehör zu finden und vor allem, damit auf EU-Ebene dann auch die entsprechenden Schritte gesetzt werden.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

In dem Sinn, dass Europa gefordert ist, alles daranzusetzen, dass niemand dazu gezwungen ist, für seine Existenzsicherung betteln zu müssen, werden Städtebund und Gemeindebund vom Grazer Gemeinderat aufgefordert, gemäß Motivenbericht die schwierige Situation der Roma im Speziellen und von Minderheiten in EU-Mitgliedsstaaten insgesamt als ein vordringliches Thema aufzugreifen mit dem Ziel, die EU-Kommission (vor allem die Generaldirektionen für Soziales und Außenbeziehungen), die Fraktionen des Europäischen Parlaments, die Fraktionen des Ausschusses der Regionen und die österreichischen EU-ParlamentarierInnen für eine gesamteuropäische Lösung in Anlehnung an das Maßnahmen- und Forderungspaket des Personenkomitees und im Sinne der betroffenen Menschen zu gewinnen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick** zur Dringlichkeit (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Für uns ist dieser Antrag obsolet, wir haben heute, also vorher schon lange drüber diskutiert,

es gibt diesen Brief des Bürgermeisters, er ist für uns ausreichend, daher werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen.

GRin. Mag. **Fluch**: Auch von meiner Seite sehr kurz und vor allem auch unaufgeregt, vor allem, weil der Herr Vizebürgermeister heute ja auch schon gemeint hat, man solle nicht unbedingt politisch wieder aufwärmen etwas, das bereits erledigt ist. Der Herr Bürgermeister hat sich am Anfang dieser Sitzung schon sehr eindeutig geäußert, er hat auch seine sehr persönliche und sehr engagierte Haltung zum Ausdruck gebracht. Klar ist, wir haben, wenn wir jetzt über die Petition auch dieses Personenkreises sprechen, über weite Teile ein gemeinsames Anliegen. Es gibt eben einen Punkt, an dem wir klar anderer Meinung sind, wir lassen uns, was den Umgang mit dem Betteln anlangt, ganz sicher nicht in ein Eck stellen dafür, es geht darum, Menschen, denen es schlecht geht, ihre Würde zu geben, sie auch aufzurichten, aber eben auch ihnen zu helfen. Das sagen wir hier nicht zum ersten Mal und wir werden es auch nicht zum letzten Mal sagen. Das heißt, aus diesem Grund lehnen wir die Dringlichkeit des Antrages ab, sagen aber dazu, wenn der Antrag eine Mehrheit finden würde, dann nehmen wir das natürlich zur Kenntnis. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages natürlich zu. Ich möchte jetzt nur die Gelegenheit noch einmal ergreifen, die ÖVP ganz eindringlich dazu aufzufordern, von weiteren Vorstößen in Richtung Bettelverbot Abstand zu nehmen, insbesondere, wenn ein Wahlkampf vor der Tür steht. Denn das Bettelverbot ist kein sehr sachlicher Zugang zu einer enorm emotional besetzten Geschichte, die gerade in einem Wahlkampf eine Stimmung schafft in dieser Stadt, die sich wieder gegen die Menschen richtet und wenn man heute hört, wie der Brief des Bürgermeisters gelaftet hat, dann könnte doch sehr wohl dieser Zugang der richtige sein und der Zugang, den wir alle mittragen können und deswegen würde ich die ÖVP darum bitten, sich zu überlegen, ob ein Bettelverbot in dieser Debatte noch etwas zu suchen hat. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich sage jetzt nur einen Satz dazu, weil es mir wirklich ein Anliegen ist und wichtig ist. Ich hätte das heute da hier nicht noch einmal aufgewärmt diese Debatte, ich sage es ganz bewusst dazu und ich habe in meinem Brief einen Text und eine Vorgangsweise gewählt, mit der man, sage ich auch, leben hätte können. Wenn jetzt dieser Antrag so lautet, muss man den Brief noch einmal schreiben und noch einmal nach hinaus schicken, es ist mir auch ein wichtiges Signal, dass der Gemeinderat auch sagt, ich möchte es Richtung Brüssel transportieren, aber ein bisschen ist heute herausgekommen, was ich nicht ganz verstehen habe können. Nachdem es die Pressekonferenz dieses Aktionskomitees gegeben hat, war es für mich klar, es muss auch eine Handlung gesetzt werden. Deswegen habe ich die Handlung aufgenommen, bevor ich dazu aufgefordert werde, um klar ein Zeichen zu setzen, dass es mir nicht nur darum geht, jemanden zu vertreiben, sondern zu sagen, es gehört geholfen und ich kann nur darum bitten, mir das abzunehmen, dass war mein Wunsch, nachdem es dann zum dringlichen Antrag und zur Debatte gekommen ist, haben wir die heute herinnen gehabt, sonst wäre diese Debatte oder hätte diese Debatte über Bettelverbot über Graz gar nicht stattgefunden. Jetzt hatten wir sie erneut. Bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass unsere Fraktion sich diese Meinung gebildet hat, dass es besser ist, ein Bettelverbot auch auszusprechen, aber es gibt auch keinerlei Anträge jetzt im Gemeinderat von uns mehr, weil wir auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Mehrheitsverhältnisse so sind, wie sie sind.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GRin. Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich sage jetzt nicht lieber Herr Bürgermeister. Ich muss schon sagen, Sie haben zwar heute anscheinend eine Aktivität gesetzt, den tatsächlichen Inhalt der Aktivität kenne ich aber nicht. Es hätte sicherlich ein runderes Bild ergeben und es hätte es Sie auch nicht viel gekostet, wenn sie unserer Initiative, der Initiative der SPÖ, heute zugestimmt hätten. Danke (Applaus SPÖ).

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

## **7) Korruptionsprävention im Magistrat Graz**

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Themawechsel. Wir hatten in den letzten Wochen eine Diskussion in Graz, die an ein Tabu gerührt hat, das leider kein Tabu sein sollte. Unser Antrag geht nicht in die Richtung, über Einzelfälle und die Verfolgung von einzelnen Menschen hier herinnen zu Gericht zu sitzen, sondern es geht uns darum, wie die Lehren aus den aktuellen Debatten am besten gezogen werden können und was in dieser Stadt offensichtlich eines dringenden Ansatzes bedarf, nämlich ein Thema ernst zu nehmen, das durchaus auch hier in Graz und in Österreich ein Thema zu sein scheint und nicht nur irgendwo in der Welt. Zuerst einmal, um Missverständnisse auszuräumen, Korruption steht für Bestechung, für Bestechlichkeit, für moralischen Verfall. Der Begriff kommt vom Lateinischen, wir hatten heute schon einmal Lateinunterricht, *corrumpere*: verderben, verschlechtern, verführen, verleiten. Wenn wir also von Korruption sprechen, sprechen wir nicht nur davon, was strafrechtliche Tatbestände sind sondern es geht uns vor allem auch um eine moralische Komponente ungesunder Naheverhältnisse im öffentlichen Dienst. Ein objektives und ein unparteiisches Verwaltungshandeln ist auch fernab der strafrechtlichen Normen eine ganz notwendige Voraussetzung jeder öffentlichen Institution, um das Vertrauen in staatliches Handeln wahren und aufrecht erhalten zu können.

Dass Korruption folglich schon dort beginnen kann, wo Unrechtsbewusstsein und Sensibilisierung, vor allem auch in Führungsebenen, fehlen, ist hier im Haus leider zu wenigen bewusst. Diese Erkenntnis ziehen wir aus der Art und Weise, wie in den vergangenen Wochen in den führenden politischen und beamteten Ebenen mit der Häufung der Verdachtsmomente umgegangen wurde. Es ist zwar nachvollziehbar, dass die zuständigen Stellen jetzt versuchen, das Thema möglichst schnell wieder vom Tisch zu bringen, weil es mehr als unangenehm ist, eben, es rührt an ein Tabu, aber es ist nicht der richtige Weg. Dass sämtlichen Hinweisen und Verdächtigungen

penibelst genau nachgegangen werden muss, ist einmal klar, nicht zuletzt auch zum Schutz der Menschen, und das sind nicht wenige, die hier im Haus seriös und engagiert arbeiten. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Jagd nach einzelnen sogenannten „schwarzen Schafen“ ersetzt aber eben nicht die Verpflichtung, eine positive Organisationskultur zu schaffen, innerhalb derer korrektes Verhalten zur einer Selbstverständlichkeit, gleichsam verinnerlicht, wird. Das ist ein klarer Auftrag an den Herrn Bürgermeister, den Magistratsdirektor und die Amts- und ReferatsleiterInnen.

Wie wichtig es ist, dem Thema Korruption mit solch einer offensiven Strategie zu begegnen, haben andere Städte, zum Beispiel Wien, schon länger erkannt. In Wien wurde schon Ende der 90er Jahre festgestellt, dass Korruption nicht nur das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung, sondern auch das Ansehen der Wirtschaft schädigt. Um das Thema in der Wiener Verwaltung zu enttabuisieren, wurde dort eine interdisziplinäre Gruppe beauftragt, den Themenkomplex in all seinen Facetten zu bearbeiten. Das Ergebnis ist ein Handbuch, das in sehr praxisnaher Form ganz konkrete Maßnahmen präsentiert, ich zitiere dazu auch den Magistratsdirektor in Wien: Korruption ist ein gesellschaftliches Phänomen, das es gibt. Allein diese simple Feststellung bricht bereits ein Tabu, denn über Korruption spricht man nicht gern. Korruption findet aber statt. In unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Ausprägung, aber grundsätzlich ist kein Staat, keine Verwaltung, kein Unternehmen davor gefeit. Dies gilt auch für Österreich und eben für Wien und die Wiener Stadtverwaltung, war seine Aussage, und wir teilen das, dass es ein Thema ist, das ernst genommen werden muss, auch in Graz.

Auch im österreichische Städtebund hat es im Jahr 2003 einen Fachausschuss gegeben, der Kontrollämter und der Rechnungshöfe, die das Thema Korruption bearbeitet haben und die haben festgehalten: „Bereits aus der Verantwortung für das verwaltete Gemeindevermögen resultiert die Pflicht, nicht nur auftretenden Fällen wirkungsvoll nachzugehen, sondern auch vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen.“ Wir werden jetzt hören, dass es in Graz eigentlich auch schon geplant war, in Richtung Prävention Schritte zu unternehmen, die Ironie des Schicksals will es anscheinend, dass das Thema vorher öffentlich aufgebrochen ist, was uns dann deswegen besonders verwundert, ist, dass dann der Umgang damit so war, ganz

schnell zu sagen, ist nicht so viel dahinter, ist nichts dahinter und möglichst aus der öffentlichen Debatte wieder herauszugehen. Es ist ein öffentliches Interesse und ein Interesse der Bevölkerung, sich darauf verlassen zu können, dass hier im Haus entsprechende Maßnahmen gesetzt werden und in diese Richtung geht unser Antrag.

Der

### **d r i n g l i c h e   A n t r a g**

lautet folglich, der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt zu prüfen, wie, analog zum Projekt „Antikorruption“ der Stadt Wien, Maßnahmen zur Korruptionsprävention im Magistrat Graz implementiert und finanziert werden können,
2. die Ergebnisse der Prüfung und ein entsprechendes Durchführungskonzept werden den vorberatenden Ausschüssen des Gemeinderates bis zu seiner Sitzung am 24. Mai 2007 zur Diskussion vorgelegt.

Ich ersuche um Annahme.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin. Ich möchte jetzt den Herrn Magistratsdirektor zur sachlichen Aufklärung bitten um seine Ausführungen.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein ungewöhnlicher Schritt auch für mich, das erste Mal hier zur sachlichen Aufklärung sprechen zu können. Bitte zur Aufklärung, nicht zur Berichtigung, ist eine Vorgehensweise, wie sie § 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat vorsieht und ich möchte dem Wunsch insofern nachkommen, als ich die Ereignisse der vergangenen Wochen etwas beleuchte, da ich denke, dass vielleicht da und dort

Missverständnisse entstanden sind. Ich darf zunächst auch sagen, wovon ich beabsichtigte zu sprechen, nämlich auch von Korruption im Sinne des Wiener Korruptionsberichtes. Korruption wird dort bezeichnet als ein moralisch abzulehnendes vielfach auf persönlichen Vorteil gerichtetes Verhalten zum Schaden von Personen oder der Allgemeinheit. Kennzeichnend ist der Missbrauch einer öffentlichen oder vergleichbaren wirtschaftlichen Funktion der Gesetze oder anderer Verhaltensnormen. Also eine Verletzung dieser Normen. Und unter diesem Gesichtspunkt ist aus meiner Sicht und aus heutiger Sicht, die Untersuchungen durch die Innenrevision und auch unter Begleitung des Stadtrechnungshofes laufen ja noch, aber aus heutiger Sicht ein Korruptionsverdacht nach wie vor aufrecht und zwar in jenem Fall, der in den Medien unter dem Titel „Gefälligkeitsgutachten“ kommentiert wurde, hier hat sehr wohl die Magistratsdirektion und die Abteilungsleitung durch interne Untersuchungen und Tage, bevor die Medien überhaupt davon Kenntnis erlangt haben, die Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Hat also sehr wohl durch interne Untersuchungen und ohne sich jetzt dagegen zu wehren, dass da was schiefgelaufen sein könnte, hier die Anzeige eingebracht. Man muss hier natürlich auch von Verdacht sprechen und die Untersuchungen laufen ja noch. Bei der Frage, ich darf jetzt immer so die Medientitel kurz nennen, „Segelsponsoring“ ist festzuhalten, dass bis heute Unregelmäßigkeiten in der Erfüllung der Amtspflichten, also Bescheiderstellung und dergleichen nicht festgestellt werden konnten, im Bereich der Nebenbeschäftigung ist auch festzuhalten, dass also weitere Unregelmäßigkeiten nicht festgestellt werden konnten, natürlich ist eine Ausübung einer Nebenbeschäftigung, die nicht angemeldet wurde, mit Konsequenzen verbunden, es hat ja hier auch eine Trennung von diesem Mitarbeiter im einvernehmlichen Wege gegeben. Bezüglich des Vorwurfs des Grundstücksdeals wurde auch mit dem Stadtrechnungshof geklärt, dass hier kein Deal im negativen Sinn abgelaufen ist, sondern die Vorgänge korrekt und nachvollziehbar sind und hinsichtlich des Vorwurfs der angeblich überkauften Pkw von Mitarbeitern wurde auch festgestellt, dass also, Stichwort Porsche, die Besitzverhältnisse nachvollziehbar und keine besonderen Vermögenssituationen hier zu beobachten waren, sondern sich wie ein normaler Pkw in der Preislage gehalten hat. Insofern freue ich mich, aus heutiger Sicht feststellen zu können, dass wir es mit einem Korruptionsverdacht zu tun haben, was nicht heißen soll, dass wir nicht sehr wohl allen anderen Verdachtsmomenten nach wie vor nachgehen, auch bisher

nachgegangen sind und auch zukünftig absolut nichts unter den Tisch kehren wollen. Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung ist ein wichtiges Thema und ist natürlich gerade im Bereich des Gesetzesvollzugs ein ganz wichtiges Thema. Die Frau Gemeinderätin hat es auch schon angesprochen, die Ironie des Schicksals war die, dass der Plan, schon in der Balanced Scorecard der Magistratsdirektion festgehalten, dieses Jahr zum Thema auch der Korruptionsprävention zu machen, etwas durch die Medienberichterstattung überholt wurde sozusagen, nichtsdestotrotz war es schon ein Anliegen auch auf Grund des Wiener Berichts, der ja ein außerordentlicher ist und deswegen auch einen Preis erhalten hat, hier diesem Bericht zu folgen und uns hier auch Anleihen zu nehmen. Man soll ja von Gutem lernen, ich denke, da gibt es einiges zu lernen. Ich möchte allerdings auch hier festhalten, dass, egal wie viele Bemühungen man setzt in diese Richtung, Fehlverhalten nie ganz zu vermeiden sein wird, das zeigt auch die offizielle Korruptionsstatistik der Stadt Wien. Auch die Stadt Wien hat natürlich trotz dieses Berichts und trotz dieser Bemühungen weiterhin jedes Jahr eine Reihe von Disziplinarverfahren und festgestelltem Fehlverhalten. Persönlich möchte ich vielleicht noch, wenn Sie mir das erlauben, das ist jetzt nicht nur Sachverhaltsfeststellung, anfügen, dass es schmerzen würde, wenn durch diese Medienberichterstattung, durch diese Vorfälle nun das Vertrauen in die, glaube ich, tausendfach bewiesene gute und korrekte Verfahrensabwicklung der Magistratsmitarbeiter und Magistratsmitarbeiterinnen hier leiden würde. Wir wollen auf jeden Fall hier weiterhin auch tätig sein, dass aber Fehlverhalten nicht vorkommt. Am 7.3., also übernächste Woche, wird auch der Herr Dr. Jauernegg, der Leiter der Abteilung der internen Revision im Magistrat Wien zu uns nach Graz eingeladen werden, um einmal einen Vortrag dazu halten. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Mag. Wunderl vom Präsidialamt ist auch bereits eingesetzt, um an diversen Maßnahmen im Sinne des Korruptionsberichtes der Stadt Wien zu arbeiten. Es ist an weitere Maßnahmen gedacht, die jetzt noch im Raum stehen, also der vielfach diskutierte und auch geschmähte Ehrenkodex, der als ein Verhaltenskodex gedacht war, zählt da dazu, da gehört sicher auch eine eingehende Diskussion dazu oder ein Handbuch und praktische Ratschläge für die MitarbeiterInnen oder etwa Feststellung von besonderen Gefährdungsbereichen. Dies alles ist in Ausarbeitung und ich bitte das von meiner Seite so freundlich zur Kenntnis zu nehmen. Danke (*allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, Herr Magistratsdirektor, für die sachliche Aufklärung und auch die viele Arbeit, die in den letzten Tagen und zwei Wochen auch damit verbunden waren, das war zum Teil Tag- und Nachteinsatz, nicht nur vom Herrn Magistratsdirektor, sondern auch von vielen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Uns als sozialdemokratische Fraktion in dem Haus ist es auch besonders wichtig und damit möchte ich beginnen, dass von fast 4.400 Beschäftigten hier im Hause im Bereich der Verwaltung die Verwaltungsaufgaben gesetzeskonform in der Rechtsstaatlichkeit perfekt abgehalten werden und geleistet werden und letztendlich auch die Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz absolut perfekt dargelegt werden. Und mir persönlich ist es auch ein Anliegen, hier den Verantwortlichen der Stadtregierung zu danken, ob das vom Herrn Bürgermeister über den Herrn Vizebürgermeister bis hin zum Herrn Magistratsdirektor, die das auch hoffentlich so dargestellt haben und erklärt haben. Ich denke mir, das ist eine gute Kultur, die sich hier im Hause ergibt. Der Magistratsdirektor hat ja gesagt, es ist schon einiges auf Schiene und es ist auch einiges vorbereitet. Wir in der sozialdemokratischen Fraktion haben zur Verwaltung eine positive Einstellung, dass wir sie transparent und offensiv gestalten wollen, das haben wir auch in den letzten Maßnahmen, die hier im Hause beschlossen wurden im Verwaltungsreformbereich, ja auch hinlänglich dargestellt. Die Schutzmaßnahmen für die Dienstnehmerschaft, die der Herr Magistratsdirektor angesprochen hat, sind natürlich ein wesentlicher Faktor. Wir haben dienstrechtliche Bestimmungen, das muss man sagen, die ja vorrangig auf die beamteten Bediensteten anzuwenden sind. Aus meiner Sicht und aus unserer Sicht ist es auch zu überlegen, wie weit man im Bereich der Vertragsbediensteten hier weitere Überlegungen mitanstellt, weil wir wissen ja auch, durch Beschlusslage dieses Hauses haben ja die Pragmatisierung letztendlich im Magistrat ja fast aufgehoben und wir haben gesagt, vielleicht ist das Wiener Beispiel auch für uns eines, mit dem wir das eine oder andere Mal auch Anteil haben können. Zum Stück und zur Dringlichkeit. Der Motivenbericht geschätzte Damen und Herren und geschätzte Frau Kollegin Rücker ist natürlich ein bisschen polemisch und ich

kann mich und wir können uns damit in vielen Bereichen nicht identifizieren, weil wenn da steht, dass Korruptionsfolgen schon dort beginnen, wo Unrechtsbewusstsein und Sensibilisierung vor allem auch in Führungsebenen fehlen, ist hier im Haus leider nur wenigen bewusst und das möchte ich wirklich auch zurückweisen, weil das ist eine Pauschalverurteilung, die glaube ich, eigentlich nicht zulässig ist (*Applaus SPÖ*). Wir können uns mit dem Antragstext inhaltlich identifizieren und werden logischerweise in dem Sinne auch der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages die Zustimmung erteilen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen und liebe Lisa Rücker! Ich hätte mich gefreut, wenn in diesem Antrag oder in diesem Motivenbericht auch wenigstens ein positiver Satz gegenüber den Bediensteten ausgedrückt worden wäre. Wir haben über 4000 Bedienstete, die also wirklich im Dienste der Bürger korrekt und gewissenhaft und mit viel Engagement ihre Arbeit erledigen. Ich bin jetzt 31 Jahre im Dienste der Stadt und immer wieder gibt es Fälle, die in der Öffentlichkeit als Korruptionsfälle diskutiert werden. Meistens, oder bei den meisten war es so, dass wenn man hinterfragt hat, dass nicht wirklich etwas übrig geblieben ist und ich darf jetzt nur ein kleines Beispiel, ich war ja auch jahrelang Ausbildungsleiterin und ich habe den Kolleginnen und Kollegen im Kurs immer gesagt, wenn eine Wohnbaugenossenschaft ein Haus baut, daneben sind lauter kleine Einfamilienhäuser, die sind alle dagegen, dass dort gebaut wird und dann lädt die Genossenschaft die Verhandlungsteilnehmer, nicht die Anrainer natürlich, sondern also die Sachverständigen und vom Baurechtsamt und wer halt da aller dabei ist, zu einem Gulasch ein. Sofort entsteht bei den Anrainern der Eindruck einer Päckelei, einer Bestechung, ja welcher Trottel lasst sich wegen einer Gulaschsuppe bestechen, ich meine, das wäre ja absurd und trotzdem ist natürlich dieser Eindruck bei den anderen, ja ist ja klar, die packeln und da wird alles Mögliche gemauschelt und so kommen auch viele, viele Gerüchte zustande, die absolut jeglichen Hintergrundes entbehren. Ich denke mir, es ist immer wieder und auch mit Wien möchte ich mich nicht vergleichen, weil dort waren wirklich Skandale, von denen wir Gott sei Dank also seit jeher unberührt geblieben sind, aber man kann jede Schraube

noch so fest drehen, es wird immer wieder irgendwo etwas passieren, wo jemand seine Stellung ausnützt, wo jemand einfach nicht diesen moralischen und korrekten Zugang hat, den man von ihm erwartet. Wir werden der Dringlichkeit, aus diesem Grunde nicht zustimmen, weil wir meinen, es besteht keine Dringlichkeit hier irgendein Gremium einzusetzen. Wir haben die Instrumente, die an sich greifen und man schaut sich das ja immer wieder von Zeit zu Zeit an. Aus diesem Grund werden wir der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben und auch nicht dem Inhalt.

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist bei diesem Antrag die Dringlichkeit sehr wohl gegeben und auch sein Inhalt entspricht unseren Vorstellungen. Die Vorkommnisse und Meldungen der letzten Wochen waren bei Gott nicht erfreulich und haben vor allem das Bauamt betroffen. Aber es geht hier in Wirklichkeit um ein grundsätzliches Thema, das der Korruption. Die Verquickung von Politik, Amt und Geschäft sowie der Einfluss auf Amtshandlungen sind Erscheinungen, auf die man jederzeit gefasst sein sollte. Wir sind alle aufgefordert, sie gemeinsam zurückzudrängen, weil wir ja schließlich ein funktionierendes Gemeinwesen wollen. Wir haben es sehr begrüßt, dass in den aktuellen Fällen Maßnahmen gesetzt wurden und dass man den Stadtrechnungshof und die Innenrevision sofort eingeschaltet hat. Hier ist der Dank an den Bürgermeister, Magistratsdirektion und die jeweiligen Verantwortlichen auszusprechen. Das ist natürlich sehr wichtig und liegt nicht zuletzt im Interesse der vielen MitarbeiterInnen, die, wie wir alle wissen, eine hervorragende Arbeit im Interesse der Grazer Bevölkerung abliefern. Einige schwarze Schafe dürfen und sollen nicht eine funktionierende Organisation, wie es der Magistrat Graz ist, in Frage stellen dürfen. Hier ist natürlich auch die Frage erlaubt, wird an der nötigen Einhaltung des zu erwartenden Standards gearbeitet und die Verantwortlichen sind gefordert an dieser Einhaltung der notwendigen Normen ständig zu arbeiten und ihr besonderes Augenmerk zu legen. Du, Herr Bürgermeister, bist natürlich auch gefordert, die nötigen Maßnahmen der Prävention in die Wege zu leiten und hier bin ich zuversichtlich, dass die angekündigten Maßnahmen des Herrn Magistratsdirektors den gewünschten Erfolg bringen. Wir wünschen uns, glaube ich, das alle (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Eigentlich wollte ich die Lisa Rücker, die weiß, dass ich sie schätze, persönlich ansprechen, jetzt muss ich den Sepp Schmalhardt auch mithineinnehmen. Ich denke, es zeichnet sich ja ab beim Inhalt des Antrages, wenn wir davon reden, dass wir sagen, Korruption ist ein wichtiges Thema, Korruption muss auf allen Ebenen zurückgedrängt werden, wir wollen ein funktionierendes Gemeinwesen, da haben wir alle Übereinstimmung. Und ich denke, das ist auch wichtig und richtig so. Mich stört nur der Zeitpunkt, zu dem dieser dringliche Antrag eingebracht wird massiv und deswegen werden wir der Dringlichkeit des Antrages nicht zustimmen, wiewohl wir sehr wohl finden, dass der Inhalt wichtig ist, aber auch dargestellt gefunden haben vom Herrn Magistratsdirektor, dass hier ja ohnehin sehr viel passiert. Gerade die Grünen und manchmal auch die KPÖ kommen so gerne auf der moralischen Ebene daher und genau da sind wir momentan wirklich auf einem sehr dünnen Grad mit diesem dringlichen Antrag. Denn klar ist, jeder einzelne Fall, der auftaucht, der muss einfach vorbehaltlos untersucht werden und es muss ganz klar sein, dass auch nicht der kleinste Verdacht bestehen bleiben darf und dass wirklich sanktioniert werden muss, was nicht in Ordnung ist. Wir müssen uns auf unsere Bediensteten im Magistrat verlassen können, das steht völlig außer Zweifel. Wir wissen aber auch, dass Korruptionsvorwürfe gegen den öffentlichen Dienst ein sehr dankbares Thema in der Öffentlichkeit sind, das weckt ja sofort Bilder, wir selbst gehen ein bisschen so mit gedämpfter Stimme mit diesem Thema um, es haben die Beamten und die öffentlich Bediensteten ein Image, das um einiges besser ist als das Image der Politiker und Politikerinnen, aber wie gesagt, solche Fälle, die dann auftauchen und die wichtigerweise untersucht und vorbehaltlos aufgeklärt werden müssen, die wecken sofort diese Bilder in den Köpfen der Menschen. Was mich wirklich stört, ist der Zeitpunkt dieses Antrages, weil es ein bisschen den Eindruck erweckt, als müssten die vielen Bediensteten der Stadt Graz dann denn doch ein bisschen mit geknicktem Rücken und ein bisschen mit gesenktem Kopf durch die Gegend schleichen, weil ja vielleicht etwas dran sein könnte. Und das ist das, was ich absolut vermeiden möchte, ich möchte betonen, dass wir in der Stadt Graz eben sehr wohl eine Kultur haben im Verwaltungshandeln, die klar macht, dass wir uns auf dem Boden der Gesetze bewegen. Dass ganz klar ist, dass die Bürger und ihre Anliegen im Vordergrund stehen und dass bei uns alles in Ordnung ist und gerade das ist auch der Hintergrund, dass wir sagen, es muss alles getan werden, um auch

Korruptionsprävention voranzutreiben. Aber ich denke, das hat der Herr Magistratsdirektor in seinen Äußerungen sehr klar gemacht. Seitens unserer Fraktion daher noch einmal, selbstverständlich ist Korruption ein ganz wichtiges Thema, muss auf allen Ebenen zurückgedrängt werden, selbstverständlich sind wir mit allem, was der eigentliche Inhalt des Antrages ist, einverstanden. Die Dringlichkeit lehnen wir ab, weil wir wirklich denken, dass ist ein Stück Populismus und Fälle, gegen die bereits in aller Härte vorgegangen worden ist, sozusagen in der Öffentlichkeit heranzuziehen und so zu tun, als sei da irgendetwas versäumt worden, als sei zu wenig geschehen oder sollte in Zukunft zu wenig geschehen und das ist einfach nicht so, sondern ich denke, wir können ein Stückchen stolz sein auf die vielen Beamten und Bediensteten der Stadt Graz, die einfach exzellente Arbeit leisten, das ist mir wichtig zu betonen (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

Bgm.-Stv. **Ferk** zum Antrag: Meine Damen und Herren! Auf Grund der fortgeschrittenen Stunde werde ich nicht wiederholen, was jetzt schon in den Wortmeldungen gekommen ist. Ich brauche wohl nicht erwähnen, dass es, glaube ich, schon der richtige Zeitpunkt ist, dass wir darüber diskutieren. Es ist schön, dass wir uns hinter unsere Bediensteten stellen, gar keine Frage, wir wissen ganz genau, wie die Kollegin Uray-Frick gesagt hat, dass es leider manches Mal Fälle gibt, aber dass wir davon ausgehen dürfen, dass 99,9 % unserer Magistratsbediensteten nicht nur eine hervorragende Arbeit leisten, wie wir alle betonen selbstverständlich, sondern dass sie diese Arbeit korrekt im Dienste der Bürger leisten. Deswegen sage ich noch einen Satz, der Motivenbericht in manchen Positionen, was Gemeinderat Kolar gesagt hat, ist relativ hart, das ist nicht das, was wir uns vorstellen, aber es ist gut und richtig, dass mit dieser Debatte und auf Grund natürlich auch der Vorkommnisse, das dürfen wir wohl feststellen, es ist ja nicht so, dass irgendjemand etwas erfunden hat, sondern auf Grund der Vorkommnisse der letzten Wochen es gut ist, darüber zu diskutieren und gute Vorschläge einzubringen. Und weil wir heute schon, vor allem der Gemeinderat Kolar, für die sozialdemokratische Fraktion auch

eine Anfrage an den Bürgermeister gerichtet hat, ich bedaure es, dass es uns untersagt worden ist, diesen Antrag, nämlich die Errichtung einer Ombudsstelle, nicht dringlich zu sehen, das ist eigenartig, wir werden das jetzt zur Kenntnis nehmen, aber wir werden das also auch bei Gelegenheit von der Oberbehörde überprüfen lassen, das ist das eine. Das Zweite, was ich sagen möchte, ich glaube, dass für die Bürgerinnen und Bürger, die ja in Wirklichkeit nicht die Informationen haben, die der Gemeinderat hat, die wir haben, die die Abteilungsvorstände haben, der innere Dienst hat, die der Herr Bürgermeister hat, wichtig ist, nach derartigen Diskussionen und Berichterstattungen in der Öffentlichkeit, natürlich negativen Berichterstattungen, dass die Bürger ein Recht haben auf Transparenz. Transparenz ist immer wichtig, zu jedem Zeitpunkt und nicht nur ganz besonders und daher ist mein Vorschlag, auch in der Öffentlichkeit kundgetan, gewesen, es wäre an der Zeit, eine Ombudsstelle für Bürgerinnen und Bürger im Magistrat einzurichten, die gleichzeitig von kompetenten Personen geführt wird, die Auskunft geben können, die Hilfestellungen geben können. Ich habe ganz konkret daran gedacht zum Beispiel, das doch in der Zwischenzeit relativ bescheidene BürgerInnenbüro, nicht BürgerInnenamt, BürgerInnenbüro, eventuell als eine solche Anlaufstelle ergänzt durch Persönlichkeiten, die auch in der Lage sind, die gesamte Magistratsverwaltung zu kennen, einzurichten, das ist das Erste, um in Wirklichkeit als moderne Magistratsverwaltung sehr nahe beim Bürger zu sein. Ich bin der Überzeugung, dass wir zwar alle Instrumente haben, ich bin nicht der Meinung, das Dienstrecht ist ganz klar aufgestellt und es regelt, was ein Beamter darf und was er in Wirklichkeit nicht darf, deswegen gehe ich davon aus, dass es nicht unbedingt notwendig ist. Wenn es dazu dienlich ist, soll es mir recht sein, aber es ist nicht unbedingt notwendig, schon von einem Ehrenkodex zu sprechen, wenn dieser Ehrenkodex innerhalb unseres Dienstrechts ja zu finden ist. Was ich aber glaube, was zu verstärken ist und das ist eine Hol- und eine Bringgeschichte, ist, dass sowohl die Abteilungsvorstände als auch die Bediensteten jährlich abgefragt werden ganz eindeutig, damit es ja niemand vergisst, auch zum Beispiel, weil ja auch das diskutiert worden ist, Nebenbeschäftigungen nachgehen, das ist das eine und das Zweite zu diesem Punkt ist zu überlegen, ob es möglich wird, wir werden es alleine nicht können, ob es nicht zu einer Verschärfung von Nebenbeschäftigungen insgesamt kommen kann, weil wir auch wissen, dass manches Mal diese Nebenbeschäftigungen, wo Beamte in verschiedenen Abteilungen als Sachverständige tätig sind, Planungsbüros haben

und andere Dinge, manches Mal in den Verdacht kommen, dass sie hier nicht mehr ganz frei als Beamte ihren Dienst versehen, das ist das Dritte. Das Vierte, meine Damen und Herren, ich glaube auch, dass wir durchaus überlegen sollten, ob das Einstimmigkeitsprinzip in der jetzigen Form der Disziplinarkommissionen grundsätzlich auch für die Zukunft aufrecht erhalten werden muss, also ich meine, dass man von diesem Einstimmigkeitsprinzip sowohl in der ersten Instanz als auch in der zweiten abgehen könnte, um tatsächlich dann, wenn es notwendig ist, auch zu Entscheidungen zu gelangen, die auch beispielgebend sind, wenn ein totales Fehlverhalten vorhanden ist und das Letzte, meine Damen und Herren, das ich sagen möchte, wir haben, wenn wir schon von einem Ehrenkodex sprechen, dann wohl einen gemeinsamen Politik und Verwaltung in dem Sinne, dass die Politik zu jedem Zeitpunkt sehr deutlich auch nicht nur die Transparenz der Verwaltung, sondern auch klarmacht, dass wir hervorragende Frauen und Männer haben, 4.200, wir haben es gehört, die für die Bürgerinnen und Bürger ihre Dienstleistung verrichten (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Um der Gefahr zu entgehen, dass Sie behaupten, ich würde die positiven Leistungen des Magistrates nicht auch schätzen, möchte ich schon ausdrücklich erwähnen, dass wir wissen, dass das Gros der Verfahren korrekt abgewickelt wird, dass die Leute wesentlich besser ausgebildet sind und besser arbeiten als dies der öffentlichen Meinung von Beamten entspricht, dass ist auch im Motivenbericht vorgekommen, aber...

**Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Unrechtsbewusstsein und Sensibilisierung, da steht es.**

Mag. **Candussi**: Eva, und genau auf diesen Punkt möchte ich zurückkommen. Ich nehme an, dass ich nicht der einzige bin, der so in der Raumordnung beschäftigt ist

hier im Haus und dem nicht, ich würde einmal sagen, in den letzten Jahren, relativ oft, und ich sage jetzt nicht, dass das so wäre, sondern dem relativ oft erzählt wurde von Bürgerinnen und Bürgern, dass sie um Unregelmäßigkeiten im Magistrat Bescheid wüssten. Ich bleibe jetzt ganz bewusst im Konjunktiv. Und immer wieder, und ich erinnere mich an die Antrittspressekonferenz, Wahlkampföffnungspresskonferenz des Bürgermeisters, der in dieser Pressekonferenz genau den gleichen Sachverhalt angesprochen hat damals, wo immer wieder darauf hingewiesen wurde, da gäbe es dies und jenes. Und jedes Mal, wenn man die Leute...

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch unverständlich.*

Mag. **Candussi**: Eva, bevor du dich aufregst, bitte höre mir zu. Und jedes Mal, wenn wir die Leute gebeten haben, uns Namen und Fakten zu nennen, Belege zu nennen, damit man dem nachgehen kann, hat man dann gehört, nein, man befürchtet dies und jenes und deshalb tut man das nicht und damit waren uns, und da sind auch mir immer wieder die Hände gebunden worden, diesen Fällen konkret nachzugehen. Das war das eine Problem. Und möglicherweise haben sie auch nicht gestimmt, vor diesem Problem standen wir und da ist bei mir zumindest immer noch...

*Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das war doch klar, dass solche Sachen nicht stimmen. Was soll das?*

Mag. **Candussi**: Mein Gott, Kollege Frölich, ich habe einen Vorschlag, kommen Sie nach mir raus und machen Sie die Replik da, dann hören wir Sie besser und alle anderen auch und Sie können mir jetzt noch zuhören, während Sie reden. Ich stand

sehr wohl immer vor dem Problem, dass uns die Fakten nicht gegeben wurden, um die Fälle zu überprüfen, ich habe nicht gesagt, dass sie nicht stimmen. Dieses Unrechtbewusstsein ist allerdings in den letzten Wochen zu einem ganz konkreten Zeitpunkt bei mir noch wesentlich größer geworden, nämlich da, als ich das Interview in der Zeitung gelesen habe vom Wirtschaftskammervertreter der Investoren, der Bauträger, der einfach aus der Schule geplaudert hat und der gesagt hat, er wäre sowieso für die Einführung einer Höchstgrenze für Geschenke und die läge bei 1000 Euro. Da ist bei mir das Unbehagen wirklich groß geworden und wie er gesagt hat, na ja, er hat es vielleicht ein wenig hoch angetragen,...

*Zwischenruf GR. Kolar: Dann hat er es widerrufen.*

Mag. **Candussi**: Wenn es damit für dich bereinigt war, dann gibst du dich sehr leicht zufrieden. Das ist mir völlig klar, da habe ich auch nicht der Denunziation das Wort geredet, ich habe nur gesagt, dass es ein Unbehagen gibt und ich weiß, dass dieses Unbehagen mehrere Leute hier im Raum genauso haben wie ich, seit vielen Jahren. Und dass dieses Unbehagen angesichts solcher Interviews nicht kleiner wird, weil man weiß, dass dieser Bauträger ja kein Niemand ist in der Stadt und keiner, der keine Projekte mit der Stadt oder mit Repräsentanten der Stadt abgeschlossen hat, das macht das ganze Problem nicht kleiner und das wollte ich hier heute noch sagen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, vielleicht nur noch einmal, es ist mir schon wichtig und das möchte ich da betonen, Magistrat Graz hat sehr, sehr viele Kontrolleinrichtungen, Firewalls, wie heute da auch modern immer wieder dazu gesagt wird, um solche Dinge bestmöglich auszuschließen. Die Gerüchteküche wird immer brodeln, bei einem Unternehmen, das 4.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat und die täglich Bescheide erstellen...

***Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Die Behördenfunktion haben.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Und die Behördenfunktion haben. Ich sage noch einmal, auch bei dieser Hotline sind viele Dinge hereingekommen, denen wir sofort nachgegangen sind und wo wir aufklären konnten, wo die Gerüchteküche damit zumindest einmal ein Ende gehabt hat. Ich hoffe, es auch haben wird, weil wir in diesen Fällen auch den Damen und Herren, die sich bitte immer namentlich auch gemeldet haben, auch die Rückantwort gegeben haben und gesagt haben, das konnten wir aufklären, das schaut so und so aus, von Porsche bis sonst wohin. Die Schwierigkeit liegt eben darin, dass, wenn Menschen so etwas uns erzählen, in die Welt setzen, dass du auch einen Beweis dafür brauchst. Ich sage jetzt noch einmal dazu, und das ist mir auch wichtig, wir haben sehr, sehr viele Instrumente schon entwickelt, der Magistratsdirektor hat mir in der Balanced Scorecard auch schon vorbereitet einen Schwerpunkt im heurigen Jahr. Ich sage auch dazu, dass Organisationsänderungen, wie wir sie durchgeführt haben, einfach einen neuen Schwerpunkt ergeben, weil wir haben also der Präventionsgeschichte nicht den gleichen Stellenwert oder einen so großen Stellenwert eingeräumt, wie wir das jetzt in Zukunft tun werden, weil wir zum Beispiel jetzt auch im Baubereich ein neues System einführen. Das hat immer Vor- und Nachteile, sobald du in der Organisation was veränderst, einen neuen Schwerpunkt setzt, wird sich das auch wieder auswirken. Vielleicht jetzt auf die Servicedimension des Magistrates, weil wenn wir bis jetzt einen Verantwortlichen in einem Bezirk hatten, dann war der wirklich fach- und sachkundig, weil er vom Hochwasserprogramm über Kanalsysteme über Straßen und Verkehrssachen einfach sehr viel gewusst hat und das auch bei den jeweiligen Verhandlungen gut einbringen konnte. Wenn wir jetzt sagen, wir gehen zu einem Rochadesystem, was wir jetzt tun, dann wird natürlich auch diese Sach- und Fachkenntnis vor Ort nicht immer so gegeben sein. Wir haben allerdings auch eine Innenrevision, wir haben auch einen Stadtrechnungshof, wir haben diese Stadtrechnungshofverantwortungsbereiche auch so gehandhabt, wie auch immer in den letzten Jahren, dass auch die Oppositionsfraktionen den Vorsitz führen, wir haben damit Instrumentarien, die es in anderen Städten, von denen wir uns auch noch das eine oder andere Know-how noch holen wollen, nicht einmal gibt.

Deswegen glaube ich, sind wir gut unterwegs und deswegen sollten wir uns eigentlich auch da glücklich schätzen, dass wir schon soweit sind. Meine Fraktion hat mit dem dringlichen Antrag ein ziemliches Problem gehabt, weil wir gesagt haben gut, es ist jetzt halt wieder einmal so, es sind viele Dinge schon auf Schiene und das was da jetzt von der Kollegin Rücker in Form des dringlichen Antrages eingefordert wird, ist eine Nona-Geschichte, weil es ist bereits klar, dass der Herr Magistratsdirektor bereits die Anweisung gegeben hat, dass das alles so passiert und selbstverständlich werden wir auch gerne dem Gemeinderat berichten, das heißt, der Antrag ist aus unserer Sicht damit in Ordnung, die Dringlichkeit, die sehen wir deswegen nicht, weil es, wie gesagt, schon im Laufen ist. Das heißt, wir wiederholen uns eigentlich immer wieder ständig und ich glaube, dass es auch keine politische Geschichte ist, sondern dass der Magistratsdirektor von Haus aus diese Dinge schon geplant hat und das Wort Ehrenkodex bitte auch nicht zu verwechseln, da geht es jetzt nicht um Ehrenerklärungen oder sonst was, sondern es ist der Fachterminus, das ist ein Gesamtprojekt, wo es sehr, sehr viele Punkte gibt, die wir speziell auch mit den Mitarbeitern entwickeln wollen. Es hilft auch nichts, dass du was drüberstülpst, ich glaube, es gibt in jedem Amt, in jedem Bereich, wo gearbeitet wird, unterschiedliche Dinge, die da zu beachten sind. Bei der Feuerwehr wahrscheinlich sind es andere Dinge als im Bauamt und wieder andere in anderen Bereichen und das muss auch mit der Mannschaft entwickelt werden, es muss jeder auch wissen, dass das nicht nur ein besonders sensibler Bereich ist, sondern dass jede kleinste Handlungsgeschichte, und das sage ich da herinnen immer bei den Neuaufnahmen, ihr werdet dafür nicht immer Lob bekommen, für das was in Ordnung geht, aber ihr könnt euch sicher sein, wenn Sie zu uns kommen gemeinsam mit unseren Personalvertretern, könnt euch sicher sein, wenn was danebengeht, dann wird das ähnlich wie in der Politik sofort mit großen Lettern überall draufstehen. Ich freue mich auch, dass es durch dieses Management, das wir da gemacht haben, auch gelungen ist, dass wir jetzt wieder in einer sachlichen Diskussion sind, weil eines hat mir nicht gefallen, wenn persönliche Besitzverhältnisse wegen irgendwelchen Automarken oder sonst was schon als Unterstellung in den Medien transportiert werden, dann habe ich auch ein bisschen ein Problem damit. Das kann es nämlich auch wieder nicht sein, weil in dem einen Fall hat sich herausgestellt, dass der Porsche billigst gekauft worden ist und er sich sehr viele Jahre persönlich damit beschäftigt hat und ihn wieder zusammengebastelt hat. Also das sind alles Dinge, die, sage ich ganz

bewusst, die haben mir auch nicht gefallen. Also in diesem Sinne machen wir etwas, was schon auf Schiene ist und wir werden es auch dem Gemeinderat dann berichten (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Vorweg noch einmal ganz klar, ich habe es im Motivenbericht drinnen, aber ich sage noch einmal ganz klar, uns ist sehr bewusst, wie viele Leute in diesem Haus absolut in Ordnung arbeiten und eine hohe Leistung erbringen im Sinne der BürgerInnen dieser Stadt, das möchte ich noch einmal ganz klar sagen und das habe ich jeder Situation ganz klar vorausgeschickt.

*Zwischenruf GR. Kolar: Wenig.*

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch unverständlich.*

GRin. **Rücker**: Diesen Satz, zu dem komme ich jetzt als nächstes, weil der ist ja auch kritisiert worden. Aber der eine Satz war: Nicht zuletzt auch zum Schutz der Mehrheit der seriös und engagiert arbeitenden Bediensteten, das ist eine klare Aussage in diese Richtung. Dass Korruption folglich schon dort beginnen kann, wo Unrechtsbewusstsein und Sensibilisierung vor allem in den Führungsebenen fehlt, ist hier im Haus leider nur wenigen bewusst. Warum kommt es zu diesem Satz, weil es hat zumindest im Rahmen der Debatte zwei Aussagen gegeben, die mich doch sehr stutzig gemacht haben und nicht nur mich, eine von einem Amtsleiter, der sehr flapsig gesagt hat, was geht mich das an, was meine Leute in der Privatzeit machen, das war meiner Meinung nach eine schwer erkennbare Grenzziehung zu dem, was öffentlicher Auftrag ist und was privates Interesse ist und das Zweite war, dass ein Stadtrat auch gesagt hat, was ist dabei, wenn man nachher miteinander essen geht.

Wir wissen, dass diese Geschichten, wie, unter Anführungszeichen, „anfüttern“ genannt, durchaus die Dinge sind, die in dem Bereich ein Problem darstellen.

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch.: Nicht schon wieder Geschichten. Nenne Fakten.***

GRin. **Rücker:** Die Punkte, die in einem Haus, in dem zum Beispiel Korruption ernst genommen wird und die im Magistrat Graz sich auch in der Debatte, ich habe mit vielen Leuten gesprochen, vielen Leuten, die in diesem Haus beschäftigt sind, in diesem Kontext und wir sind natürlich viel zum Nachdenken gekommen. Es gibt einige Ansätze, die in einem Korruptionspräventionsprogramm anzugehen sind, das ist die Frage der Information, das heißt, das Wissen darüber, was ist in Ordnung und was ist nicht mehr in Ordnung, wo ist die Grenze. Das ist die Frage der Ausbildung, die Personalaufnahme, der heikle Punkt der Nebenbeschäftigungen, der hier sehr wohl ein Thema sein muss und wo wir sehen, dass gerade im Bereich der Nebenbeschäftigungen einige Schwachstellen zu sein scheinen. Und der Punkt der Vorbildwirkung, die Vorbildwirkung fängt dort an, wo die Köpfe daheim sind und da haben wir manchmal ein bisschen ein Problem beim Wahrnehmen dessen, wo die Unterscheidung ist, zwischen öffentlichem Auftrag und privaten Interessen. Der zweite Punkt, der mir noch wichtig ist anzumerken: Eine Untersuchung in Wien hat ergeben, dass immerhin 30 % der befragten AmtsleiterInnen oder DienststellenleiterInnen sagen, sie haben im Alltag Erfahrungen mit ganz konkreten Korruptionen gemacht, das heißt, es ist kein kleiner Teil, der sagt, sie haben damit zu tun und es muss damit aufgegriffen werden, dass es eben ein Thema ist.

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Wie kommt der Magistrat dazu, mit diesen Zahlen konfrontiert zu werden?***

GRin. **Rücker:** Der zweite Punkt ist Motivation. Motivation ist eine Grundlage, die Korruption verhindert, eine hohe Motivation. Wir haben, wenn ich mit Leuten rede, die im Haus arbeiten, haben wir in den letzten Jahren ziemliches Ausmaß an Umbau in der Verwaltung erlebt, sehr viel unter der Vorgabe des Sparens. Sparen heißt enorme Steigerung von Druck, Druck auf Einzelne heißt, dass Verantwortung, viel Verantwortung auf einzelnen Personen lastet, das ist ein Risikofaktor, ich möchte das einfach nur einmal anmerken. So wie momentan öffentliche Verwaltung umgebaut und abgebaut wird, ist es eine Steigerung eines Risikos und deswegen muss auch jetzt besonders dorthin geschaut werden. Der zweite Punkt, der in der öffentlichen Debatte immer wieder auftaucht, ist, wie sich das Selbstbild von öffentlicher Hand dadurch ändert, und wir haben das schon öfters kritisiert (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass die öffentliche Hand sich immer wieder anfängt darzustellen oder die Politik versucht darzustellen, wir sind ein Unternehmen und wir agieren wie ein Unternehmen. Es stimmt, eine Stadt muss ihre Abläufe so effizient und so sinnhaft wie in einem Unternehmen führen. Aber es gibt eine Trennung zwischen dem, was ein Unternehmensinteresse ist und dem, was das Gemeinwohlinteresse ist und wenn versucht wird, dieses Gemeinwohlinteresse auszuhöhlen, dann macht das auch was mit der Identität der Beschäftigten, das sind Rahmenbedingungen, die ein Klima schaffen, das etwas fördernder ist als ein anderes Klima, das muss ich einfach noch einmal ganz klar da sagen. Mir geht es nicht darum, über einzelne Gerüchte hier herumzureden; was Tatsache ist, das hat mein Kollege schon angesprochen, das leider schon zu lange sehr viele Gerüchte im Haus sind, wir wissen auch, das Problem mit der Beweislage, wir wissen aber auch das Problem mit dem Denunziantentum das wird so oder so nicht zu lösen sein, aber das ist immer die Begleiterscheinung, solange es tabuisiert wird, in viel höherem Ausmaß als wenn es am Tisch ist und damit offensiv umgegangen wird und nichts anderes wollen wir mit diesem Antrag und gerade zum jetzigen Zeitpunkt, weil die Debatte eben da ist. Und deswegen ersuche ich um Annahme des Antrages und wünsche mir, dass sich natürlich herausstellt, dass hinter vielen Gerüchten nichts dahinter ist.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## 8) Videoüberwachung und private Sicherheitsstreife in der Mondscheingasse

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Am 29. Jänner dieses Jahres trafen sich auf Einladung des Bezirksrates Jakomini an die zirka fünfzig Anrainer der Mondscheingasse, um eine Lösung der untragbaren Zustände zu finden. Aus zahlreichen Zeitungsberichten ist bekannt, was sich in der Mondscheingasse abspielt, weshalb ich lediglich Beamte des Wachzimmers Finanz zitieren möchte, die sinngemäß Folgendes zur Situation feststellten, Zitat: „Die Straße ist ein klarer Brennpunkt, im Schnitt sind drei Einsätze in den Nachstunden an Freitagen und Samstagen zu verzeichnen.“ Zitat Ende.

Bei besagter Besprechung war mit Stadtrat Werner Miedl auch ein Vertreter des Stadtsenates anwesend, der den Lokalbetreibern in der Mondscheingasse eine Vorverlegung der Sperrstunde androhte, sollte sich in den nächsten drei Monaten nicht eine spürbare Besserung zeigen. Stadtrat Miedl sicherte den Bewohnern auch zu, sich für eine Ausweitung der privaten Sicherheitsstreife aus dem Universitätsviertel einzusetzen. Ich glaube, dass dies der richtige Weg ist, allerdings meine ich nicht, dass man noch drei Monate zuwarten sollte, sondern, dass sofort etwas geschehen muss. Ein weiteres Zuwarten von drei Monaten würde bedeuten, dass bei durchschnittlich drei Einsätzen pro Freitag- und Samstagnacht die Polizei noch weitere 72 Mal in die Mondscheingasse ausrücken müsste.

Zusätzlich sollte meiner Meinung nach die derzeitige von einem Lokalbetreiber privat installierte Videokamera durch eine offizielle Videoüberwachung nach dem Vorbild des Jakominiplatzes ersetzt werden. Sowohl das Projekt der privaten Sicherheitsstreife als auch die Videoüberwachung fand bei den Bewohnern beinahe einstimmige Zustimmung.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass von der Stadt Graz alles unternommen werde, damit eine Videoüberwachung eingerichtet werden kann und dass überlegt wird, ob eine private Sicherheitsstreife nach dem Vorbild des Universitätsviertels eingerichtet werden könnte.

StR. **Miedl** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Herr Gemeinderat Korschelt! Wir waren gemeinsam bei dieser Bürgerversammlung, die aus meiner Sicht eine sehr duldsame Bevölkerung ergeben hat, nämlich ich habe in Wirklichkeit, ich war sehr verwundert, was die Bevölkerung über lange Zeit hinnehmen musste und hingenommen hat und wie geduldig sie auf die Argumente eingegangen sind und ganz einfach eine Lebensqualität dort haben wollen und erreichen wollen. Wie du dir vorstellen kannst, Herr Gemeinderat, das habe ich der Bevölkerung dort versprochen, war ich in der Zwischenzeit nicht untätig. Das heißt, es hat eine Summe von Maßnahmen gegeben, die in der Zwischenzeit eingeleitet wurden. Es wird ein Treffen geben am 28. Februar mit dem Geschäftsführer Maurer und dem Geschäftsführer Tschaudis, das sind beide Geschäftsführer, die beide Lokale führen. Es wird bei diesem Treffen von mir verlangt und erwartet werden, dass sie Türsteher, so wie vereinbart, künftig vor dem Lokal postieren, damit auch mitübersehen werden kann der Platz vor dem Lokal. Wir werden zum Durchbruch bringen diese Situation, dass keine Bierflaschen zum Ausschank kommen, sodass die Gäste, die Bierflaschen nicht auf die Gasse mitnehmen können. Hinsichtlich der Videoüberwachung habe ich mich sehr bemüht, die Polizei da um ein rasches Einvernehmen zu bemühen, allerdings ist jede Videoüberwachung auf Grund einer gesetzlich vorgesehenen Maßnahme nur zu installieren. Das Sicherheitspolizeigesetz erlaubt die Installierung einer Videoanlage nur dann, wenn es sich um einen gefährlichen Angriff im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes handelt, ein gefährlicher Angriff liegt dann vor, wenn es sich um Übertretungen nach dem Verbotsgesetz, um sonstige strafrechtliche Übertretungen oder um Übertretungen nach dem Suchtmittelgesetz zu handeln hat. In dem Fall hat die Polizei dieses Anliegen überprüft, ich habe gerechnet, dass das kommen wird, ich habe die Polizei gebeten, eine Stellungnahme abzugeben. Hier liegen die Voraussetzungen zur Installierung einer solchen Videoanlage nicht vor.

Das heißt, wir dürfen nicht damit rechnen, dass die Polizei, sofern sich die Situation nicht verändert dort, eine Videoanlage installiert. Es wird aber geben, und das ist eine fixe Zusage der Polizei, Schwerpunktaktionen der Polizei dort vor Ort immer wieder. In der Zwischenzeit ist Ruhe eingekehrt, ein Lokal hat in der Zwischenzeit Renovierungsmaßnahmen, die sie durchführen, ich höre auch, dass die Renovierungsmaßnahmen deswegen in Augenschein genommen werden, weil man damit hofft auch ein etwas anderes Publikum durch die Pause zu bekommen. Das andere Lokal verhält sich zur Zeit äußerst ruhig. Wir haben vereinbart, und dabei bleibt es, dass eine Probezeit von drei Monaten festgesetzt wird, wenn sich innerhalb dieser drei Monate nachhaltig Ruhe entwickelt, habe ich vor, diese Kontrolltätigkeiten weiter durchführen und durchführen zu lassen, ansonsten streben wir eine Verkürzung der Sperrstunden an, wobei auch gesagt werden muss, dass der Landeshauptmann hier auch aufgefordert ist, tätig zu werden, weil unsere Maßnahmen alleine nicht reichen. Das heißt, es sind beide Lokale mit einer Öffnungszeit bis 5 Uhr morgens versehen, das sollten wir für den Fall, dass es uns nicht gelingt, hier Ruhe zu schaffen, auf 12.00 Uhr, 24.00 Uhr vorgezogen werden. Das ist für beide Wirte genug Animo, dass sie sich sehr bemühen, dort Ruhe zu erzeugen. Am 28. Februar wird es dieses Treffen geben, ich werde mir erlauben, die Fraktionen des Gemeinderates über das Ergebnis dieses Gesprächs zu informieren und ich, wie wir alle, bin sehr interessiert daran, dass wir dort endlich für die anrainende Bevölkerung auch Ruhe haben können. Aus diesen Gründen, Herr Gemeinderat, sind wir zwar für die Dringlichkeit, weil wir glauben, das ist eine dringliche Geschichte, wir lehnen nur Teile des Inhaltes deines Antrages ab und bitten um Verständnis dafür, weil es sich rechtlich so nicht darstellen lässt, auch wenn man es sich da oder dort anders wünschen würde. In dem Sinne bitte ich Sie, die Stellungnahme unserer Fraktion somit zur Kenntnis zu nehmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ist natürlich auch mein Thema die Mondscheingasse und wir reden ja nicht das erste Mal heute zu diesem Brennpunkt und es ist ja tatsächlich so, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in der Mondscheingasse einiges mitmachen und das nicht erst seit einem Monat, sondern schon seit sehr, sehr vielen Jahren und aus

diesem Grund ist es auch so und da treffen wir auch mit dem Kollegen Miedl, dass auch wir hier die Dringlichkeit dieses Problems sehr wohl erkennen, wobei ich natürlich schon jetzt noch ein Wort zu diesen Ankündigungen des Herrn Stadtrat Miedl sagen muss und vielleicht doch einen Blick zurückwerfen darf, nämlich in den Mai des vorigen Jahres, wo ich auch hier gestanden bin, weil es aktuelle Anlässe gegeben hat in der Mondscheingasse und wo wir damals alle Fraktionen in diesem Haus einen dringlichen Antrag hinsichtlich der Reduzierung der Sperrstunde und der Setzung von Maßnahmen im Zusammenhang mit diesen zwei Lokalen, die eben hier etwas über die Stränge schlagen, um es vorsichtig zu formulieren, hier gefasst haben. Das Problem ist nur eines und da muss ich halt leider feststellen, dass der Herr Stadtrat Miedl sehr gerne ankündigt, sehr gerne anstrebt, sehr gerne androht und diesbezüglich, um jetzt in der Sportsprache der Schiweltmeisterschaft zu bleiben, ein Weltmeister ist im Ankündigen, wenn es dann um die Umsetzung geht von Maßnahmen, zeigt er gewisse Schwächen, um nicht zu sagen, das er leicht schwächelt in dieser Sache, weil es ist seit Mai des Vorjahres null passiert und das ist die Problematik, wo hier Bewohnerinnen und Bewohner einfach hier etwas vorgesetzt bekommen, was dann in Wirklichkeit nicht umgesetzt wird und da darf ich schon wirklich bitten, wenn man hier schon sehr wortgewaltig sagt, ich helfe euch, dann erwarten sich die Leute auch, dass man ihnen tatsächlich hilft und dass es nicht nur bei Ankündigungen bleibt. Zu dir, sehr geehrter Herr Gemeinderat Mag. Korschelt, keine Frage, wir wissen um die Probleme in dieser Straße, wir wissen um die Schwierigkeiten, was die Nachtruhe und überhaupt die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner in der Mondscheingasse betrifft, nur haben wir, und das auch nicht heute zum ersten Mal, einen sehr anderen Zugang, wenn es um die Frage der Einhaltung von Sicherheit, wenn es um die Frage der Kontrolle von Regeln, von Gesetzen geht, hier gehen wir einfach einen anderen Weg in unserer Fraktion, dass wir einfach sagen, dies ist Aufgabe der öffentlichen Sicherheitsorgane und wir wünschen uns dort keine selbst erwählten, selbst erkorenen, schwach ausgebildeten oder sehr schlecht instruierten Privatsheriffs, sondern hier gehören Maßnahmen gesetzt, die wirklich auch zu einem entsprechenden Ergebnis und zu einer Erhöhung der Lebensqualität führen. Wie gesagt, wir fordern nicht heute zum ersten Mal entsprechende Maßnahmen, die da gesetzt werden, der Herr Stadtrat Miedl hat ja einige dieser Punkte, die im Rahmen dieser Besprechung ja zugesagt wurden, die auch in Überlegung genommen wurden, hier bereits angekündigt. Wir

werden ihn diesbezüglich unterstützen und wir werden auch die Umsetzung dieser jetzt wieder angekündigten Maßnahmen und vor allem auch dieses in Aussicht und androhte Verhalten hinsichtlich der Sperrstundenverkürzung sehr wohl im Auge behalten. Distanzieren aber uns von diesen angekündigten und von dir empfohlenen Maßnahmen wie einerseits eben die Installierung, Ausweitung dieses Pilotprojektes der im Uni-Viertel hier für Ruhe, Ordnung auf der Straße oder in den Lokalen oder vor den Lokalen und verwehren uns auch hier hinsichtlich der Installierung von zusätzlichen Kameras. In diesem Sinne ein Ja zur Dringlichkeit, aber ein sehr klares Nein zum Inhalt dieses dringlichen Antrages (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Danke, wenn eh alle der Dringlichkeit zustimmen, die Argumentation von dir, lieber Kollege, ist mir nicht ganz verständlich dann, leider eher die Möglichkeit eines Beschwichtigungshofrates immer wählst hier im Gemeinderat, ist mir eh schon klar. Du wirfst zwar dem Kollegen Miedl, der leider nicht mehr da ist, Untätigkeit vor, aber du bist auch immer derjenige, der, wenn von unserer Fraktion irgendwie Anträge kommen, dass es dir immer nur darum geht, möglichst das zu beschwichtigen und zu sagen, das geht nicht und das geht nicht, aber das ist einmal so, es ist ja nichts Schlechtes, ein Hofrat ist ja nichts Schlechtes und ein Beschwichtigungshofrat schon gar nicht. In dem Sinne danke ich einmal zumindest, dass die Dringlichkeit angenommen wird. Zum Inhalt darf ich dann noch was sagen.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Khull-Kholwald** zum Antrag: Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Antragsteller, geschätzte Damen und Herren! Ich möchte vor allem mich zu diesem Punkt zu der Kamera einmal äußern, weil ich es einfach logisch nicht nachvollziehen kann, was das bringen soll. Diese Kamera ist ein Instrument, mit dem ich bestenfalls ex post eine Täternachverfolgung machen kann und genau deswegen hat der

Stadtrat Miedl, denke ich, zu Recht ausgeführt, gibt es Gesetze, die ganz genau regeln, wann sie zu verwenden sein könnte, ich sage jetzt bewusst „sein könnte“, weil sich das mit meinem persönlichen Standpunkt eher deckt als „sein muss“ und zum anderen führt so eine Kamera ganz eindeutig nur dazu, dass sich das Problem einfach um das Eck weiter verlagert, wo die Kamera nicht ist, Herr Korschelt. Das können Sie mir nicht abstreiten, das ist so. Dann möchte ich noch etwas sagen zu diesem Problem, meine Damen und Herren, wir wissen von dieser Sache schon seit Ewigkeiten in Wahrheit, wir haben jetzt einen Stadtrat, der sich durchaus gerne oder der sich zumindest nicht wehrt, wenn ich ihn jetzt als Hardliner bezeichnen würde in manchen Sachen. Ich verstehe es nicht, wie es möglich ist, dass es nicht gelingt, Folgendes zu sagen: Meine Damen und Herren Lokalbetreiber, schickt eure Türsteher da hinaus und dann ist dort eine Ruhe. Ich habe selbst in diesem Gewerbe zum Teil gearbeitet und es ist dort niemals vorgekommen, dass Autos beschädigt wurden, dass fremdes Eigentum irgendwie in Mitleidenschaft gezogen wurde, dass es zu Ruhestörungen gekommen ist, man kann das machen als Türsteher und hier geht das seit Jahren nicht. Genauso kann ein Türsteher das einfach unterbinden, dass Alkohol aus dem Lokal hinausgetragen wird in irgendwelchen Behältnissen und da ist es mir ganz ehrlich egal, ob das Pappbecher sind oder ob das Glasflaschen sind, das Problem dort ist der übermäßige Alkoholgenuss in Verbindung mit Straftaten und mit Lärmerregung auf einem öffentlichen Platz, das muss man einfach unterbinden. Und einen Satz noch zu diesen Privatsheriffs, wenn ich das auch so nennen darf, da bin ich auch ganz beim Herrn Kollegen Eichberger, das ist Aufgabe der öffentlichen Hand und nicht von privaten Leuten, da auf Streife zu gehen oder was auch immer zu tun, das verstehe ich auch nicht, warum man das fordern kann (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Herr Kollege Miedl, der zwischen Schwächelndem und Hardliner jetzt tituiert worden ist, der Herr Stadtrat muss leider jetzt eine Eröffnung im Stadtmuseum vornehmen, deswegen kann er nicht darauf eingehen. Aber ich glaube, man kann sich selbst ein Bild machen, welche Breite er abdeckt vom Schwächelndem bis zum Hardliner von der Kollegenschaft im Gemeinderat.

GR. Mag **Korschelt**: Es ist nicht mein großes Bestreben, da irgendwelche Privatsheriffs zu installieren, nur ich glaube, es ist einfach die zweitbeste Möglichkeit. Die beste Möglichkeit wäre eindeutig natürlich, wenn dort die Polizei ihren Dienst versehen würde, nur ihr habt eh großartig, ich habe sogar bei euch selber unterschrieben, ihr habt ja großartig, geht ja immer herum und sagt 6000/7000 Unterschriften gesammelt, nur bis jetzt habt ihr keinen einzigen Polizisten mehr nach Graz gebracht und deswegen hat sich ja nichts geändert dann.

*Zwischenruf GR. Kolar: Wir kämpfen.*

Mag. **Korschelt**: Und mir geht es ja nicht darum, dass jetzt irgendwelche Privatsheriffs da, und das wird auch immer so, der Kollege Khull-Kholwald stellt das natürlich immer so hin, als wenn das jetzt da irgendwelche Leute mit rauchenden Colts wären, die durch die Mondscheingasse auf- und abgehen, um das geht es mir gar nicht, sondern mir geht es darum, dass es die Bewohner und die dort waren, wenn man sich wieder einmal das angehört hat bei dieser Bürgerversammlung, dass die sagen, es gibt für sie eine einzig schöne Nacht, das ist nämlich die von Sonntag auf Montag, weil da können sie schlafen. In den anderen können sie nicht mehr schlafen und mir geht es darum und da ist es mir immer noch lieber, es patrouillieren halt dann unter anderem, wie ihr fürchtet und da scheinbar spielt immer noch das 34er-Jahr bei euch im Trauma mit, dass da eben Privatsheriffs dann halt durch die Gegend patrouillieren und die Bewohner können schlafen, als wie ihr sammelt da eure großartigen 6000 Unterschriften und es ist kein einziger Polizist mehr und zur Videokamera. Mir ist schon klar, dass nicht die Videokamera das Allheilmittel ist, aber nur eine Videokamera, und der Jakominiplatz hat es ja gezeigt, dass es sehr wohl gelingt, dann vom Jakominiplatz sehr vieles wegzuhalten und das was der Stadtrat Miedl sagt, da hat er nicht ganz Recht dann, weil es sehr wohl in der Mondscheingasse Delikte gegeben hat, die die Polizei auch angezeigt hat oder die zur Anzeige gekommen sind, die sehr wohl eine Möglichkeit einer Videokamera installieren würde, also das ist nicht ganz richtig dann. Weil die gibt es sehr wohl und

du warst selber dabei bei dieser Versammlung und da muss ich sagen, da war es schon ein bisschen, für einen Vertreter von der Stadt Graz war es schon ein bisschen merkwürdig, wenn die Stadt Graz, ich weiß jetzt nicht die Zahl, aber wenn man sagt, es gibt 18 Anzeigen und die Polizei sagt, ja es gibt vom selben Ort 80 Anzeigen, also da haben wir uns ein bisschen lächerlich gemacht und unter diesen 80 Anzeigen hat es sehr wohl gegeben, weil es war ja dann gerade dieser Vorfall, wo da irgendwelche Banden mehr oder minder mit Brachialgewalt in das Lokal reingingen, also es sind sehr wohl Vorfälle, die es rechtfertigen würden, eine Videokamera zu installieren, also da hat er, er ist jetzt leider nicht da, deswegen kann er sich nicht wehren, aber da hat der Stadtrat Miedl nicht Recht und deswegen würde ich trotzdem bitten, dass man eben, um eben im Sinne der Bewohner zu agieren und es nutzt ja nichts, wenn man jetzt wieder sagt, und das geht ja jetzt schon seit Jahren, jetzt warten wir wieder drei Monate und dann treffen wir uns wieder und dann ist eh der Sommer und dann ist eh wieder der Winter und so wird das Problem weitergespielt. Also ich würde in dem Sinne bitten, dem Antrag zuzustimmen, dass man wirklich im Sinne der Bewohner was macht.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.***